

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

8.1 Schlüsselereignisse der „Ukraine-Krise“ von 2013 bis 2015

8.1.1 Kurze Chronologie der Krise

- Dezember 2013: Viktor Janukowitsch lehnt das EU-Abkommen ab. Folge: Proteste in Kiew („Euromajdan“).
- Februar 2014: Blutvergießen auf dem Majdan-Platz; Janukowitsch wird abgesetzt und neue Übergangsregierung tritt an.
- 23. Februar 2014: Gesetzesvorlage zur Abschaffung des Russischen als Amtssprache in Regionen (nicht unterzeichnet durch Interimspräsident Olexandr Turtschinow).
- 27. Februar 2014: Militärische Übernahme der Halbinsel Krim durch Russland.
- März-April 2014: Unruhen und Proteste im Südosten der Ukraine.
- 11. März 2014: Unabhängigkeitserklärung durch das Parlament der Autonomen Republik Krim.
- 16. März 2014: Referendum auf der Krim.
- 17. März 2014: Inkrafttreten der Unabhängigkeit der Republik Krim und des Anschlussgesuches an Russland infolge des Referendums; Anerkennung der Unabhängigkeit seitens Russlands.
- 18. März 2014: Anschluss der Republik Krim an Russland per Vertrag (ratifiziert durch den Föderationsrat Russlands am 21. März 2014).
- April/Mai 2014: Unruhen in Donezk, Luhansk, Charkiw; Militäreinsatz der ukrainischen Regierung gegen bewaffnete Separatisten („Anti-Terror-Operation“).
- 6. April: Besetzung der Verwaltungsgebäude in vielen Städten des Südostens durch Separatisten.
- 7. April 2014: Proklamierte „Volksrepublik Donezk“.
- Mai 2014: Infolge bewaffneter Kämpfe kommen in Odessa während eines Großbrandes eines Gewerkschaftshauses 48 Menschen ums Leben.¹⁹⁹⁶
- 11. Mai 2014: Referenden in der am 7. April proklamierten „Volksrepublik Donezk“ sowie in dem von Separatisten gehaltenen Teil der Oblast Luhansk.
- 12. Mai 2014: Proklamierte „Volksrepublik Lugansk“.
- 26. Mai 2014: Präsidentschaftswahlen in der Ukraine – Petro Poroschenko gewinnt.

¹⁹⁹⁶ Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“ Die Welt 11.05.2014 <http://www.welt.de/politik/ausland/article127870079/Was-geschah-in-Odessa-Protokoll-einer-Eskalation.html> (Abgerufen am 03.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

- März 2014: EU verhängt erste Sanktionen gegen Russland; weitere Sanktionen folgen. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland kühlen merklich ab.
- Vorläufige Waffenruhe vom 21. Juni bis 1. Juli 2014; Gespräche zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten gescheitert bzw. nicht stattgefunden.
- Juli 2014: Fortsetzung der Kämpfe und eine Offensive der ukrainischen Regierungstruppen.
- 17. Juli 2014: Absturz des Fluges MH017 der Malaysia Airlines über der Oblast Donezk. 289 Menschen an Bord kommen ums Leben; gegenseitige Schuldzuweisungen für den Abschuss seitens der Ukraine, der Separatisten, Russlands, den USA und der NATO.
- 12. bis 22. August 2014: Informationen über einen russischen Hilfskonvoi, der in Richtung der umkämpften Gebiete Donezk und Luhansk humanitäre Hilfe transportieren soll. Nach tagelangen Protesten der ukrainischen Seite ist der Konvoi für einen Tag auf das ukrainische Staatsgebiet vorgefahren. Ein weiterer Konvoi ist Mitte September von Russland vorgeschickt worden. Die Kontrolle der LKW durch den ukrainischen Zoll war nicht durchgehend gewährleistet. Weitere vergleichbare Konvois folgen.
- 26. August 2014: In Minsk treffen sich die Präsidenten Wladimir Putin und Petro Poroschenko, doch es wird keine konkrete Lösung des Konfliktes vereinbart.
- August 2014: Fortdauernder medialer Schlagabtausch zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine unter Beteiligung der USA, der EU, der NATO sowie einzelner europäischer Staatsführer; gegenseitige Schuldzuweisungen über die Eskalation der Lage und Verhärtung der Positionen.
- 5. September 2014: Vereinbarung einer Waffenruhe in Minsk (Minsk I), die aber brüchig bleibt.¹⁹⁹⁷
- 5. September bis Mitte Oktober 2014: Opferzahlen während der Waffenruhe belaufen sich auf 331 Todesopfer. Insgesamt forderte der Konflikt von Anfang April bis Mitte Oktober 2014 mehr als 3 660 Tote und mehr als 8 700 Verletzte.¹⁹⁹⁸
- Parlamentswahl am 26. Oktober 2014. Die Krim sowie die von Aufständischen besetzten Gebiete des Donbass um die Städte Donezk und Luhansk können zum Teil nicht teilnehmen. Schätzungsweise bleiben etwa 5 Millionen der insgesamt 36,5 Millionen Wahlberechtigten ohne Stimme.¹⁹⁹⁹
- November 2014: Wahlen in den selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk.²⁰⁰⁰
- 12. Februar 2015: Das zweite Friedensabkommen von Minsk (Minsk II). Ausgehandelt wurde es unter Mitwirkung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande.²⁰⁰¹

¹⁹⁹⁷ Deutsche Welle: „Regierung und Ukraine-Rebellen vereinbaren Waffenruhe“ 05.09.2014 <http://www.dw.de/regierung-und-ukraine-rebellen-vereinbaren-waffenruhe/a-17904161> (Abgerufen am 04.11.2014).

¹⁹⁹⁸ Spiegel Online: „Ukrainische Armee soll Streubomben eingesetzt haben“ 21.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-human-rights-watch-entdeckt-streubomben-in-donezk-a-998286.html> und „Uno zählt mehr als 3600 Tote im Ukraine-Konflikt“ 08.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-amnesty-international-prangert-hinrichtungen-an-a-998075.html> (Abgerufen am 04.11.2014).

¹⁹⁹⁹ Der Tagesspiegel: „Präsident Poroschenko hofft auf Rückenwind“ vom 26.10.2014.

²⁰⁰⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 27. Oktober bis 2. November 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194651/chronik-27-oktober-2-november-2014> (Abgerufen am 06.11.2014).

8.1.2 Außenpolitische Positionierung der Ukraine als Einflussfaktor der Krise

Wie bereits im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Auftritt der ukrainischen Führungsfiguren erläutert, spielt die außenpolitische Positionierung der Ukraine eine wichtige Rolle in der gesamtpolitischen Performanz des Landes. So ist auch der Einfluss verschiedener außenpolitischer Akteure hinsichtlich der Ereignisse während der Krisenjahre von Bedeutung. Zu unterscheiden sind dabei die im Laufe der Arbeit bereits genannten Akteure Russland, die Europäische Union, NATO und die USA. Ebenfalls spielen die OSZE und deren Hoher Kommissar für Minderheitenfragen eine gewisse Rolle in der internationalen Verflechtung der Ukraine, allerdings in einem wesentlich geringeren Rahmen als es bei den baltischen Staaten der Fall ist.²⁰⁰²

Der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen ist seit 1994 in der Ukraine aktiv und hat in den 1990er Jahren im Wesentlichen zur konfliktfreien Lösung folgender Probleme beigetragen: Politische Auseinandersetzungen um den Status der Krim sowie Gewährung der ukrainischen Staatsbürgerschaft an die zurückkehrenden Krimtataren.²⁰⁰³ In den 2000er Jahren hat sich der Hohe Kommissar zu Fragen der Sprachenpolitik und Minderheitenrechte geäußert, wobei das Hauptaugenmerk auf der Aufrechterhaltung des Zusammenhaltes der ukrainischen Gesellschaft gerichtet war. Hinsichtlich des neuen Gesetzes zur Sprache, welches im Jahr 2012 verabschiedet wurde, hat der Hohe Kommissar zwei aufeinander folgende kritische Empfehlungen abgegeben, die jedoch faktisch nicht berücksichtigt wurden.²⁰⁰⁴ Hauptsächlich hat er dabei die mangelnde Ausgewogenheit des Gesetzes zugunsten der russischen Sprache kritisiert, was seiner Auffassung nach zu einer tieferehenden Spaltung der Ukraine führen würde.²⁰⁰⁵ Weitere besondere Aufmerksamkeit hat der Hohe Kommissars sowohl der krimtatarischen Bevölkerung auf der Krim als auch der rumänischen Minderheit in der Ukraine gewidmet. Aufgrund der Ereignisse in Kiew Anfang des Jahres 2014 hat die OSZE seit dem 21. März 2014 eine Mission in die Ukraine entsandt, die den Friedensprozess überwachen und das Ziel der Konfliktprävention in allen Teilen des Landes und auf allen Ebenen der Institutionen verfolgen sollte.²⁰⁰⁶

²⁰⁰¹ Der Tagesspiegel: „13 Punkte für den Frieden“ 12.02.201. <http://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html> (Abgerufen am 20.02.2015).

²⁰⁰² Vgl. Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Arbeitspapier FG 5, 2013/I.S. 16; Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte von Helsinki 1975; Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE 1990; Charta von Paris für ein Neues Europa, Paris 1990.

²⁰⁰³ Vgl. hierzu: Kulyk, Volodymyr (2002): Revisiting a Success Story: Implementation of the Recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Ukraine, 1994-2001. Core Working Paper 6. Hamburg: Core; sowie Büscher, Klemens (2012): Der HKNM in der Ukraine: Konfliktprävention in einer gespaltenen Gesellschaft. OSZE-Jahrbuch 2012. Hamburg: Core. 327-340.

²⁰⁰⁴ Das ukrainische Parlament war zu dem Zeitpunkt von der Partei der Regionen dominiert, welcher auch der Präsident Wiktor Janukowitsch angehörte und deren Wählerschaft zu großen Teilen aus den russischsprachigen Oblasten des Landes kam. Zur ausführlichen Diskussion über die Parteilandschaft siehe Kapitel „Die Jahrzehnte der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?“

²⁰⁰⁵ Vgl. hierzu: Büscher, Klemens (2012): Der HKNM in der Ukraine: Konfliktprävention in einer gespaltenen Gesellschaft. S. 330-331.

²⁰⁰⁶ Vgl. hierzu: OSCE special monitoring mission (SMM) to Ukraine: The Facts <http://www.osce.org/ukraine-smm/116879?download=true> (Abgerufen am 25.04.2016).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Die EU-Beziehungen zur Ukraine sind seit dem Zerfall der Sowjetunion weitaus weniger geradlinig mit dem Ziel einer vollen Mitgliedschaft verlaufen als im Falle der baltischen Staaten. Zwar wurde im Jahr 1994 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet und ein politischer Dialog begonnen, doch bis zum Ablauf des Abkommens im Jahr 2008 folgten keine tiefgehenden Schritte, welche eine Bewegung der Ukraine in Richtung einer Mitgliedschaft der Europäischen Union erkennen lassen würden. Erst mit der Einrichtung der Östlichen Partnerschaft (Eastern Partnership, EP) als Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im Jahr 2009 wurde eine engere Kooperation veranlasst. In der Zeit von 2008 bis 2011 verhandelte die EU mit der Ukraine über ein Assoziationsabkommen (AA), welches jedoch aufgrund der innerpolitischen Instabilität der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch vorläufig bis 2012 verschoben wurde. Obwohl die Zielsetzung der ukrainischen Führung, vor allem des Präsidenten Wiktor Juschtschenko, nach der Orangen Revolution im Jahr 2004, in Richtung einer EU-Mitgliedschaft ging, war seitens der EU eine volle Mitgliedschaft der Ukraine zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt. Insbesondere hat Juschtschenko dem AA die entsprechende Bedeutung einer Vorstufe zur Mitgliedschaft beigemessen. Laut der EU-Zielsetzung sollte die Ukraine jedoch zunächst näher an die allgemeinen Prinzipien der EU in den Bereichen Rechtsstaat, Demokratie, Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit gebracht werden. Als bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zum AA im Jahr 2012 Kontroversen mit Russland und der geplanten Eurasischen Zollunion entstanden, hat die EU das Abkommen als eine Bedingung für die weitere Zusammenarbeit der Ukraine gestellt, die laut dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso nicht wiederholt verhandelbar war. Letztlich sorgte diese „entweder-oder“-Auslegung für die Ausschreitungen in Kiew im Dezember 2013.²⁰⁰⁷ Folgendes Problem liegt dem Konflikt um die Ukraine zugrunde: Der Westen denkt grundsätzlich mit Blick auf die Ukraine in Kategorien wie Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte und strebt eine Anbindung der Ukraine an den Westen an. „Was das genau heißt, ist umstritten“, schreibt Hans-Georg Ehrhart und hat damit Recht – mit dem am 27. Juni 2014 letztlich doch noch unterzeichneten Assoziationsabkommen hat die EU die Krisen-Ukraine an sich gebunden.²⁰⁰⁸ Dennoch ist eine volle Mitgliedschaft so gut wie ausgeschlossen, was die Ukraine weiterhin in einem unklaren außenpolitischen Status lässt.²⁰⁰⁹

Russlands Interesse an den Staaten der ehemaligen Sowjetunion begründet sich aus dem Zerfall ebendieser – als ehemalige Weltmacht hat das Land seine Stellung mit der Abspaltung der ehemaligen Sowjetrepubliken verloren. Während die baltischen Staaten schon Anfang der 1990er Jahre ihr Interesse an der vollen Mitgliedschaft in der EU bekundeten und die nötigen Schritte dafür getan haben – was im Umkehrschluss eine endgültige außenpolitische Abkehr von Russland bedeutete –, war die Ukraine bis zur Krise im Jahr 2014 außenpolitisch eng mit Russland verbunden. Doch auch das geopolitische Interesse Russlands an der Ukraine ist als höher einzustufen als das vergleichbare

²⁰⁰⁷ Vgl. dazu: Kapitel „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“ und Vogel, Thomas (2014): Überforderung und Desinteresse. Osteuropa 9-10. 51-66, S. 60-64.

²⁰⁰⁸ Zitiert in: Ehrhart, Hans-Georg (2014): Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine: Zum Wandel kollektiver Gewalt. APuZ 47-48. 26-32, S. 30

²⁰⁰⁹ Ebd.

8.1 Schlüsselereignisse der „Ukraine-Krise“ von 2013 bis 2015

Interesse an den baltischen Staaten.²⁰¹⁰ Beispielsweise war die Ukraine bedeutender Partner Russlands innerhalb der GUS und spielte in Russlands Konzept der „Eurasischen Zollunion“ eine zentrale Rolle. Bei der russisch-ukrainischen Interessenkonstellation ist insbesondere die Geschichtspolitik Russlands von Bedeutung, vor allem in der Form, in der sie in der Ära Putin geprägt wurde. Während die 1990er Jahre in erster Linie dadurch gekennzeichnet waren, die Sowjetvergangenheit hinter sich zu lassen, was durch die neue Symbolik (Hymne, Flagge, Adler statt der roten Sterne auf dem Kreml in Moskau) ausgedrückt wurde, hat Wladimir Putin die Ambitionen Russlands als „immernoch-Weltmacht“ sukzessive gesteigert und auf die politische und gesellschaftliche Agenda zurückgebracht. Als „größte geopolitische Katastrophe“ hat er den Zerfall der Sowjetunion am 25. April 2005 in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung bezeichnet – doch entgegen der Vorstellung vieler Beobachter meinte er damit nicht etwa alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die potentiell zurückerobert werden sollten.²⁰¹¹ Eher wurde Russland als verlorene Weltmacht gemeint, zu dessen Eigenbild laut Putin auch eine entsprechende Geschichte gehört.²⁰¹² Damit sind wiederum nicht die Geschichte der Sowjetunion seit 1917 und auch nicht die Geschichte der Russischen Föderation seit 1991 gemeint. Vielmehr ist von der Geschichte der russischen Nation, die sich auf 1000 Jahre Historie stützen kann und nicht allein durch die Staatlichkeit Russlands definiert ist, die Rede. Diese Geschichte ist durch die Existenz einer „russischen Idee“ für alle diejenigen gekennzeichnet, die sich aufgrund ihrer Sprache oder Kultur mit dieser identifizieren können.²⁰¹³ An diese Auffassung der russischen Geschichte knüpft das Interesse Russlands hinsichtlich der Ukraine an, welche als integraler Bestandteil dieser „russischen Idee“ betrachtet wird. In diese Interpretation passen alle Attribute, die Russland der Ukraine beimisst – angefangen mit der Sichtweise, wonach Russen und Ukrainer „eigentlich ein Volk“²⁰¹⁴ seien, bis hin zur Wahrnehmung, dass Russland und die Ukraine beide zum „heiligen Russland“ der Vorfahren seit der Kiewer Rus' gehören.²⁰¹⁵ Aus diesem Grund, obwohl Russland zweifelsohne auch geopolitische Interessen in der Ukraine verfolgt, ist die Ukraine aus der geschichtspolitisch-emotionalen Perspektive für Russland wichtiger als das Baltikum.

Russland ist durch eine Reihe von Abkommen kooperativ mit der EU verbunden: Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1994 (seit 1997 in Kraft), Vier Gemeinsame Räume (als Ersatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik) im Jahr 2003, EU-Russland Menschenrechtskonsultationen (zweimal jährlich seit 2005) sowie Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für Modernisierung (seit 2010).²⁰¹⁶ Immer wieder wurden von Seite Russlands die entsprechenden Treffen mit der EU dafür genutzt, um gezielte Kritik an der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in den

²⁰¹⁰ Preißler, Franz (2014): Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum: 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). Berlin; Münster: LIT. S. 346-347.

²⁰¹¹ Vgl. Scherrer, Jutta (2014): Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. APuZ 47-48. 17-26, S. 23.

²⁰¹² Vgl. zum Beispiel Ebd.

²⁰¹³ Vgl. Ebd. S. 21; 25.

²⁰¹⁴ Vgl. Portnov, Adrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eurorevolution“ in der Ukraine. S. 7.

²⁰¹⁵ Vgl. Scherrer, Jutta: Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. S. 24.

²⁰¹⁶ Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. S. 23-24.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

baltischen EU-Mitgliedstaaten geschickt zu platzieren und zu üben.²⁰¹⁷ Gleichzeitig haben Vertreter der EU im Zuge der Ukraine-Krise deutlich Stellung zu Russland bezogen, was auch die Kooperation beeinträchtigt hat (die entsprechenden Schritte werden später näher erläutert). An dieser Stelle hat Russlands Führung auf Kritik jedoch stets empfindlich reagiert und darauf gepocht, die EU-Russland-Zusammenarbeit sollte von den Ukraine-Ereignissen nicht betroffen werden. In der Ukraine verfolgt Russland andere Ziele als im Baltikum – um jeden Preis die Integration in die NATO verhindern und die Kontrolle über die Ukraine behalten. Die Kooperation der Ukraine mit der EU wurde seitens Russlands so lange geduldet, wie diese die EU-Russland-Beziehungen nicht gestört hat. Letzteres wurde seitens Russlands mit der „Eurasischen Zollunion“ angestrebt, was die Ukraine wiederum in einen Interessenkonflikt mit der EU gebracht hat.²⁰¹⁸ In der heutigen Situation wird Russland versuchen, wenigstens die Kontrolle über den abtrünnigen Osten des Landes zu behalten, was zweifelsohne argumentativ auf Grundlage der Selbstbestimmung der dort lebenden russischsprachigen Bevölkerung basieren wird. Solange diese Argumentation nicht entkräftet werden kann, wird sie von Russland als Legitimationsgrundlage verwendet.

8.2 Theoretischer Rahmen – Krim, Donezk, Luhansk und die Sezessionsgefahr

Im Mittelpunkt der Krise 2013-2014 in der Ukraine stehen die Ereignisse um die drei Oblaste der Ukraine – Donezk, Luhansk und die Halbinsel Krim. Wenn man sich Wahlergebnisse der gesamten Zeit der demokratischen Transformation bzw. der Konsolidierung anschaut, stehen genau diese drei Gebietskörperschaften durch ihre relativ großen Abweichungen von den Wahlergebnissen anderer – auch ostukrainischer – Oblaste hervor. Dass genau diese drei Oblaste nun im Kern des Konfliktes stehen, und ganz nebenbei die größten Anteile der russischen bzw. russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine beheimaten, mag daher nicht wirklich verwundern. Allerdings war weder Beobachtern in der Ukraine, noch in den benachbarten Staaten bewusst, wie weit die Ereignisse des Jahres 2014 reichen können.

Theoretisch interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, weshalb eine derartig schwerwiegende Sezessionsbewegung der drei genannten Gebiete erst 23 Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine stattgefunden hat. Wäre es nicht einfacher gewesen, gleich mit der ukrainischen Unabhängigkeit auch die eigene Unabhängigkeit auszurufen? Dabei haben sowohl der Donbass als auch die Gebiete des historischen „Noworossija“, das so häufig in Bezug auf die ukrainische Krise in der medialen Berichterstattung auftaucht, Anfang der 1990er Jahre Sezessionsbestrebungen gezeigt. Historisch gesehen sind somit nicht nur Donezk und Luhansk, sondern auch die heutigen Gebiete um Odes-

²⁰¹⁷ Preißler, Franz (2014): Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum: 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). S. 349-374

²⁰¹⁸ Vgl. Ehrhart, Hans-Georg (2014): Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine: Zum Wandel kollektiver Gewalt. S. 30.

8.2 Theoretischer Rahmen – Krim, Donezk, Luhansk und die Sezessionsgefahr

sa, Mykolajiw, Cherson, Dnipropetrowsk und Saporischija neben der Krim als „bedroht“ einzustufen, wenn es um Sezession in der Ukraine geht. In Bezug auf die Krim, Donezk und Luhansk und die Ereignisse des Jahres 2014 lauten die zentralen Fragen: Weshalb haben diese Gebiete erst 2014 ihre Sezession vorangetrieben? Was hat sich verändert im Laufe der Zeit, in der die Sezession noch keine ernst zu nehmende Option war? Wie und warum hat sich die Identifikation der Bevölkerung in diesen Gebieten verändert? Welche Faktoren spielen die zentrale Rolle bei den Ereignissen des Jahres 2014?

In einem Artikel von September 2014 (in dem es um die Region Serbische Krajina in Kroatien während der Jahre 1991-1995 ging) haben Pål Kolstø und Davor Daukovic eine Reihe Kriterien aufgestellt, die für eine Region, die sich verselbstständigen will, vorhanden sein müssen, wobei als Resultat auch ein *de facto* Staat, also ein quasi-Staat ohne Anerkennung stehen kann.²⁰¹⁹ Die Kriterien für einen *de facto* Staat, die die Autoren in ihrem Artikel nennen, sind folgende:²⁰²⁰

- Der *de facto* Staat muss eine institutionelle Grundlage aufweisen, die für eine erfolgreiche Staatsführung notwendig ist.
- Es muss eine Nation in dem *de facto* Staat geben, bzw. es müssen nationsbildende Maßnahmen vorhanden sein, die Erfolg versprechen. Insbesondere von Bedeutung ist eine gemeinsame Identität der Bevölkerung des Gebietes, die diese an den *de facto* Staat bindet. Ohne eine solche kann eine Staatsbildung nicht funktionieren.²⁰²¹
- Der *de facto* Staat muss eine gewisse militärische Präsenz aufweisen, die es ihm erlaubt, sich von einem anderen Staat zu lösen.
- Es muss einen Patron-Staat geben, der den *de facto* Staat politisch, finanziell, militärisch (u.a.) unterstützt.
- Der *de facto* Staat muss die Kontrolle über das Territorium haben, das er für sich beansprucht.

Weitere zwei Kriterien betreffen die internationale Gemeinschaft, die einen Sezessionskonflikt beobachtet. Je nach Bedeutung des Konfliktes, ob geopolitisch, völker- oder menschenrechtlich bzw. wirtschaftlich kann oder wird die internationale Gemeinschaft eingreifen, so Kolstø/Daukovic. Falls der Konflikt peripher ist, kann ein *de facto* Staat über längere Zeit in einem unklaren Status schweben. Die folgenden zwei Kriterien beschreiben die wichtigsten Faktoren des internationalen Einflusses:²⁰²²

- Der *de facto* Staat hat seine Unabhängigkeit von einem anderen Staat proklamiert. Letzterer erhält aber nach wie vor den Anspruch auf das Territorium des *de facto* Staates aufrecht. Der ehemalige Besitzerstaat ist jedoch institutionell, politisch oder militärisch zu schwach – zumindest in der gegebenen Zeit –, um die Kontrolle über das Gebiet des *de facto* Staates wiederzuerlangen.
- Die proklamierte Unabhängigkeit ist von der internationalen Gemeinschaft, im Sinne der Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten nicht anerkannt worden.

²⁰¹⁹ Kolstø, Pål/Paukovic, Davor (2014): The Short and Brutish Life of Republika Srpska Krajina: Failure of a De Facto State. *Ethnopolitics* 13/4. 309-327.

²⁰²⁰ Ebd. S. 309-312. (aus dem Englischen Üb. d. A.).

²⁰²¹ Ebd. S. 309.

²⁰²² Ebd. S. 310.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Was nach Meinung der Autorin dieser Arbeit noch fehlt, ist der Faktor der Ökonomie. Dieser beinhaltet zwei Aspekte: die eigenständige wirtschaftliche Struktur des abtrünnigen Gebietes und die ökonomische Stärke des Zentralstaates. Eine starke Wirtschaftsstruktur des *de facto* Staates, beispielsweise durch eine starke Konzentration der Industrie bzw. durch regionalen Reichtum an Bodenschätzen, kann bedeuten, dass ein *de facto* Staat eine eigene Wirtschaftsstruktur aufbauen kann, was ihn somit weniger abhängig von dem Zentralstaat macht. Andererseits bietet ein ökonomisch starker Zentralstaat mehr Anreiz für einen Verbleib eines abtrünnigen Gebietes, falls der Austritt durch Sezession mit hohen Kosten bzw. einem wirtschaftlichen Kollaps verbunden ist. Im theoretischen Fall einer Sezession wird die Bevölkerung den politischen und gesellschaftlichen Nutzen mit den wirtschaftlichen Kosten vergleichen müssen. Natürlich spielt hierbei auch eine Rolle, ob das Gebiet vollständig unabhängig oder in das Territorium und somit die Wirtschaftsstruktur eines anderen Staates integriert werden soll.

Wie können diese Kriterien nun auf die abtrünnigen Konfliktgebiete der Ukraine übertragen werden? Die Gegebenheit vieler, wenn nicht aller, der genannten Faktoren bezüglich der Krim ist nicht zu übersehen. Doch wie steht es um die ostukrainischen Gebiete? Im Folgenden soll ein Exkurs auf Grundlage der genannten Kriterien geboten werden, um die Fähigkeit der Abtrünnigen Gebiete als *de facto* Staaten zu prüfen.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

8.3.1 Historische Gegebenheiten einer Staatlichkeit auf der Krim und im Donbass

8.3.1.1 Die Krim

Entgegen der durch die Ukraine-Krise 2013-2014 vermittelten Meinung, die Besetzung und Annexion der Krim durch Russland sei ein „unerwartetes“ Ereignis, findet man in der Geschichte der Krim wiederholte Bestrebungen zur Unabhängigkeit. Dabei sind mehrere historische Stationen von Bedeutung, von der ursprünglichen Annexion durch das Russische Reich im 18. Jahrhundert bis hin zur Deportation der Krimtataren, neben anderen nationalen Gruppen, im Zuge der Stalin-Repressionen, der Besiedlung der Halbinsel mit Russen, der „Schenkung“ an die Ukrainische SSR im Jahr 1954 sowie der ambivalenten Rolle der Gegend innerhalb der unabhängigen Ukraine. Insofern ist es an dieser Stelle wichtig, die unterschiedlichen regionalen Formen zu erwähnen, die die Krim im Laufe der Zeit angenommen hat. Eine gewisse Sonderrolle dieser Halbinsel in der Region soll so besser verständlich gemacht werden.²⁰²³

Die erste eigene Staatlichkeit der Halbinsel war das Khanat der Krim, gegründet im Jahr 1430, als der spätere erste Khan Haci Cirai die Unabhängigkeit der Krim von der

²⁰²³ Im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine“ wurde bereits eine kurze Historie der Halbinsel Krim vorgestellt.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Goldenen Horde proklamierte.²⁰²⁴ Diese währte allerdings nur von 1441 bis 1478, ehe das Gebiet als Vasall unter die Herrschaft des Osmanischen Reiches fiel. Im Gegensatz zu anderen Vasallen behielt das Khanat dennoch einen hohen Grad an Autonomie, sowohl politisch als auch ökonomisch. Am Ende des Russisch-Türkischen Kriegs in den Jahren 1770 bis 1774 wurde die Herrschaft der Osmanen durch den Friedensvertrag von Küçük-Kaynarca im Jahr 1774 aufgehoben und die Gegend fiel unter das Protektorat Russlands.²⁰²⁵ Letztlich kam die Krim im Jahr 1873 unter russische Herrschaft und blieb bis zum Ausbruch des Russischen Bürgerkriegs im Jahr 1917 innerhalb des Russischen Imperiums. In dieser Zeit wurde die Stadt Sewastopol mit der Schwarzmeerflotte gegründet. Diese wurde zum Hauptschauplatz des Krimkriegs 1853-1856 und wurde zeitweise von Truppen Großbritanniens, Frankreichs, des Osmanischen Reiches und des Königreichs Sardinien besetzt. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs und bis hin zur Gründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim im Jahr 1921 war die Krim zeitweise unter der Herrschaft der Bolschewiken, der Imperium-treuen Weißen Garde sowie der Kosaken. Als Autonome SSR blieb die Halbinsel verwaltungstechnisch vom ukrainischen Festland getrennt und gehörte zum Bestand der RSFSR.²⁰²⁶ Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Territorium zeitweise durch deutsche Truppen besetzt, bis die Rote Armee die Halbinsel zurückeroberte und die Zugehörigkeit zur Sowjetunion 1944 wiederherstellte. Bis Zum Jahr 1946 blieb die Autonomie der Krim bestehen, ehe Stalin diese auflöste und die Region zu einer Oblast innerhalb Russlands verwandelte.²⁰²⁷ Mit der „Schenkungs“ der Krim durch Chruschtschow im Jahr 1954 wechselte die Krim ihre administrative Zugehörigkeit von Russischer SFSR zur Ukrainischer SSR, blieb aber als Oblast bestehen. Die Autonomie der Halbinsel wurde erst im Zuge der Perestroika und Glasnost Ende der 1980er Jahre in die politische Diskussion aufgenommen.²⁰²⁸ Gleichzeitig wurde die Deportation der Krimtataren für gesetzeswidrig und verbrecherisch erklärt.

Am 20. Januar 1991 hat auf der Krim ein Referendum über die Wiederherstellung der Autonomie stattgefunden.²⁰²⁹ An diesem nahmen 81,37% der Bevölkerung der Krim teil und 93,26% haben der Wiederherstellung zugestimmt.²⁰³⁰ Der Oberste Sowjet der Ukrai-

²⁰²⁴ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 179.

²⁰²⁵ Ebd.

²⁰²⁶ Крымские татары: Происхождение этноса. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: http://cssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/crim_tat/index.htm (Abgerufen am 23.11.2014).

²⁰²⁷ ЗАКОН Об упразднении Чечено-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область. Заседания Верховного Совета РСФСР (седьмая сессия), 20–25 июня 1946 г.: Стеногр. отчет, 1946.–С. 361.

²⁰²⁸ ЗАЯВЛЕНИЕ Третьей Сессии Крымского областного Совета народных депутатов «О необходимости отмены Указа Президиума Верховного Совета СССР от 30 июня 1945 года «О преобразовании Крымской АССР в Крымскую область в составе РСФСР» и Закона Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 25 июня 1946 г. «Об упразднении Чеченок-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область». Типография издательства «Таврида», г.Симферополь, ул.Генерала рала Васильева, 44, Зак.3274. Тираж 5000, 21.12. 90 г. (Abgerufen am 23.11.2014).

²⁰²⁹ RIA-Novosti: „Первый советский плебисцит - всекрымский референдум 1991 года. Справка“ vom 20.01.2011. <http://ria.ru/spravka/20110120/323139824.html> (Abgerufen am 23.11.2014).

²⁰³⁰ Ebd.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

nischen SSR hat die Autonomie formal am 12. Februar 1991 bestätigt.²⁰³¹ Damit wurde die Autonomie der Sozialistischen Sowjetrepublik Krim innerhalb der Ukrainischen SSR wiederhergestellt. Am 1. Dezember 1991 hat auch die Krim an dem Referendum zur Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion teilgenommen. Die Zustimmung war hier die niedrigste – 54% haben sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen.²⁰³² Die Krim-Russen wohnten mehrheitlich in Städten der Küstenregionen und in der Hauptstadt Simferopol, während sowohl Ukrainer als auch Krimtataren auf dem Land siedelten.²⁰³³ Im Jahr 2008 gaben etwa 55% der Bevölkerung der Krim an sich mit der russischen Kultur zu identifizieren. Weitere 15% fühlten sich der sowjetischen Kultur verbunden und jeweils 8% der krimtatarischen bzw. der ukrainischen Kultur.²⁰³⁴ Mehr als 90% der Befragten gaben im Jahr 2008 an Russisch im Alltag zu verwenden. Ukrainisch im Alltag haben dagegen nur etwa 26% der Befragten und Krimtatarisch lediglich 9% der Befragten verwendet.²⁰³⁵

Bereits im Jahr 1992 fingen Probleme mit dem Status sowie der Unabhängigkeit der ASSR Krim an. Am 26. Februar 1992 erklärte das Oberste Sowjet der ASSR Krim den offiziellen Namen des Gebietes zur „Republik Krim“.²⁰³⁶ Die Hauptinitiatoren waren die Mitglieder der „Republikanischen Bewegung der Krim“ (RDK), die mit öffentlichen Aktionen zunehmend anti-ukrainisch auftraten.²⁰³⁷ Mitte Mai wurde die Unabhängigkeit der Republik Krim ausgerufen und eine Verfassung verabschiedet, wonach die ausgerufene Republik zwar Teil der Ukraine bleiben sollte, die aber einen eigenen Staatsapparat und einen Präsidenten vorsah.²⁰³⁸ Langwierige Verhandlungen der ukrainischen Staatsführung mit dem damaligen Parlamentschef der Krim Nikolaj Bagrow führten zu einer zeitweiligen Beruhigung des Konfliktes und der Rücknahme der Entscheidungen über die Unabhängigkeit sowie die Verabschiedung der Verfassung.²⁰³⁹ Dennoch blieb die Verfassung der Krim bis zur Entscheidung des Präsidenten Kuchma am 17. März 1995 *de*

²⁰³¹ ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Председатель Верховного Совета Украинской ССР Л.Кравчук г. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля 1991. с. 217.

²⁰³² Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. Ukraine-Analysen 12. 2-5, S. 2.

²⁰³³ Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраинская перепись населения (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004, Городское и сельское население.

²⁰³⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 1: Mit welcher kulturellen Tradition assoziieren Sie sich? (in %). <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).

²⁰³⁵ Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 3: Wie gut beherrschen Sie die genannten Sprachen? (in %). <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).

²⁰³⁶ Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 20-1.

²⁰³⁷ Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.

²⁰³⁸ КОНСТИТУЦИЯ Республики Крым Принята седьмой сессией Верховного Совета Крыма 6 мая 1992 года.

²⁰³⁹ Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

jure bestehen, obwohl sie im Widerspruch zur damaligen ukrainischen Verfassung stand.²⁰⁴⁰ Am 14. Oktober 1993 verabschiedete der Oberste Sowjet der Krim das Gesetz über die Einführung des Präsidentenpostens, der ebenfalls am 17. März 1995 abgesetzt wurde.²⁰⁴¹ Deswegen konnte im Jahr 1994 der radikal-separatistisch gestimmte Jurij Meschkow zum Präsidenten der Krim gewählt werden, wodurch sich der Konflikt um den Status der Krim erneut zuspitzte.²⁰⁴² Die Zustimmung für Meschkow von über 72% kam nicht nur von den auf der Krim lebenden Russen, sondern auch den russischsprachigen Ukrainern.²⁰⁴³ Gleichzeitig traf das Parlament der Krim die Entscheidung, die Verfassung von 1992 offiziell wieder einzuführen. Gerettet hat die Situation die Wahl von Leonid Kuchma zum Präsidenten der Ukraine im Juli 1994, dessen Russlandfreundliche Politik die separatistischen Bewegungen auf der Krim dämpfte. Durch das gezielte Eingehen auf die Krim-Problematik und Angebote ökonomischer Lösungen nahm Kuchma dem radikalen Meschkow die Legitimationsgrundlage. Nämlich beinhaltete die separatistische Kampagne von Meschkow neben der Konzentration auf russische Nation und Sprache keinerlei Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme der Halbinsel.²⁰⁴⁴ Zusätzlich geholfen hat die Tatsache, dass Russland zu der Zeit keine eindeutige Position zum Thema Krim bezog – ganz anders als im Jahr 2014. Mit der Verabschiedung der Verfassung der Ukraine im Jahr 1996, welche die Autonomie der Krim festschrieb, sowie mit der Verabschiedung der neuen Krim-Verfassung im Oktober 1998 beruhigte sich die Situation um die Krim vorerst.²⁰⁴⁵ Die Wahlergebnisse seit der Unabhängigkeit der Ukraine zeigen aber, dass hier kommunistische bzw. Russland-nahe Kandidaten deutlich die Oberhand behielten.

Die Stadt Sewastopol im Südwesten der Krim spielt eine besondere Rolle in der politischen Stellung der Halbinsel. Um die administrative Zugehörigkeit und den rechtlichen Status der Stadt streiten sich Experten bis heute. Die Stadt bekam nach dem Krieg im Jahr 1948 den Status eines eigenständigen wirtschaftlich-administrativen Zentrums zugeordnet, was diese aus der Oblast Krim ausgelagert und sie der Russischen SFSR untergliederte.²⁰⁴⁶ Damit wurde Sewastopol zu einer republikanischen Stadt mit einem eigenständigen Budget.²⁰⁴⁷ Ab 1954, als die Krim an die Ukrainische SSR übergang, beinhaltete die entsprechende Dokumentation keine Klausel, die sich auf Sewastopol bezog, so dass die Stadt *de jure* unter RSFSR blieb.²⁰⁴⁸ Tatsächlich wurde die Administration der

²⁰⁴⁰ ЗАКОН УКРАИНЫ Об отмене Конституции и некоторых законов Автономной Республики Крым. Президент Украины Л.КУЧМА, №92/95-ВР, 17.03.1995.

²⁰⁴¹ ЗАКОН РЕСПУБЛИКИ КРЫМ О Президенте Республики Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г. Симферополь, 14 октября 1993 г. N 428-1.

²⁰⁴² ЗАКОН УКРАИНЫ Об отмене Конституции и некоторых законов Автономной Республики Крым. Президент Украины Л.КУЧМА, №92/95-ВР, 17.03.1995 Закон отменен на основании Закона Украины N 92/95-ВР от 17.03.1995

²⁰⁴³ Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.

²⁰⁴⁴ Ebd. S. 3-4.

²⁰⁴⁵ Ebd.

²⁰⁴⁶ УКАЗ ПРЕЗИДИУМА ВС РСФСР ОТ 29.10.1948 N 761/2 О ВЫДЕЛЕНИИ ГОРОДА СЕВАСТОПОЛЯ В САМОСТОЯТЕЛЬНЫЙ АДМИНИСТРАТИВНО-ХОЗЯЙСТВЕННЫЙ ЦЕНТР.

²⁰⁴⁷ Кремьянская Елена (2014): Какое правовой статус Севастополя? 7.03.2014 Источник: Портал МГИМО <http://www.mgimo.ru/news/experts/document249319.phtml> (Abgerufen am 17.03.2014).

²⁰⁴⁸ Romanenko, Vladimir (2009): „Севастополь – город России“ Обозреватель – OBSERVER 2 (229). 44-50, S. 47.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Stadt bis zum Jahr 1968 sowohl aus dem ukrainischen als auch aus dem russischen Budget finanziert. Am 25. April 1968 hat der Rat der Minister der RSFSR (Sowjet Ministrow) einige Rechtsakte der vergangenen Jahre revidiert, darunter die Finanzierung von Sewastopol aus dem Budget der RSFSR.²⁰⁴⁹ Diese Gesetzgebung diente den Befürwortern der Ukraine-Zugehörigkeit von Sewastopol als Beleg dafür, dass Russland seine Ansprüche auf die Stadt aufgegeben hat. Ebenfalls beinhaltete die Verfassung der Ukrainischen SSR aus dem Jahr 1978 den Verweis auf Sewastopol als „Stadt mit einem speziellen Status“.²⁰⁵⁰ Dagegen hatten die Verfassungen der RSFSR aus dem Jahr 1937 und aus dem Jahr 1978 keine Verweise auf Sewastopol.²⁰⁵¹ Die Befürworter der fortwährenden Zugehörigkeit von Sewastopol zu Russland monieren allerdings, dass die Aufnahme der Stadt als Teil der Ukraine in deren Verfassung aus dem Jahr 1978 gesetzwidrig war, da diese Aufnahme nicht mit RSFSR abgesprochen wurde.²⁰⁵²

Die Diskussionen um den rechtlichen Status der Stadt Sewastopol beruhigten sich selbstverständlich auch nicht, als die Ukraine 1991 unabhängig wurde. Im Mai 1992 meldete sich der Oberste Sowjet der Russischen Föderation mit einer Entscheidung zu Wort, die besagte, dass der Rechtsakt aus dem Jahr 1948, womit Sewastopol als Teil von Russland festgeschrieben wurde, nie außer Kraft getreten ist und Sewastopol damit nicht Teil der Schenkung aus dem Jahr 1954 sein konnte.²⁰⁵³ Um diese Entscheidung zu untermauern und gleichzeitig die Ansprüche der Ukraine zu dämpfen, wurde seitens des Obersten Sowjets am 9. Juli 1993 der föderale russische Status von Sewastopol beschlossen, rückdatiert auf Dezember 1991.²⁰⁵⁴ Damit hätte das ukrainische Referendum über die Unabhängigkeit für Sewastopol keinerlei Bedeutung gehabt, da die Stadt ja *de jure* russisch war. Öl ins Feuer goss auch der Stadtrat von Sewastopol selbst, indem er am 23. August 1993 den rechtlichen Status der Stadt als „russisch“ einstufte.²⁰⁵⁵ Die Ukraine hat darauf reagiert, indem die Werhowna Rada im Laufe der Jahre 1993 und 1994 beide Entscheidungen für nichtig erklärte.²⁰⁵⁶ Kurz zusammengefasst, die russische und ukrainische Seite waren sich in der Frage, ob Sewastopol als eigenständige Region zusammen mit der Oblast Krim im Jahr 1954 an die Ukrainische SSR übergeben werden kann-

²⁰⁴⁹ Постановление Совета Министров - Правительства РСФСР от 25 апреля 1968 г. N 264 "О признании утратившими силу некоторых решений Правительства РСФСР по вопросам государственного планирования".

²⁰⁵⁰ Конституція (Основний Закон) Української Радянської Соціалістичної Республіки Прийнята на позачерговій сьомій сесії Верховної Ради Української РСР дев'ятого скликання 20 квітня 1978 року.

²⁰⁵¹ Конституция (Основной Закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики (утверждена постановлением Чрезвычайного XVII Всероссийского Съезда Советов от 21 января 1937 г.) (в редакции от 11 декабря 1975 г.); Конституция (Основной закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 12 апреля 1978 г.

²⁰⁵² Кремьянская Елена (2014): Каков правовой статус Севастополя?

²⁰⁵³ ПОСТАНОВЛЕНИЕ Верховного Совета Российской Федерации О правовой оценке решений высших органов государственной власти РСФСР по изменению статуса Крыма, принятых в 1954 году. Москва, Дом Советов России 21 мая 1992 года №2809-1

²⁰⁵⁴ ПОСТАНОВЛЕНИЕ ВЕРХОВНОГО СОВЕТА РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ О статусе города Севастополя. Москва, Дом Советов России 9 июля 1993 года № 5359-1

²⁰⁵⁵ Севастопольский городской Совет народных депутатов РЕШЕНИЕ О статусе города Севастополя. 23 августа 1994 года, №41

²⁰⁵⁶ ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про постанову Верховної Ради Російської Федерації "Про статус міста Севастополя"(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 36, ст.364); ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про рішення Севастопольської міської Ради народних депутатів "Про статус міста Севастополя" від 23 серпня 1994 року(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1994, N 39, ст.358)

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

te, bis zur Krise 2014 formal uneinig. Den rechtlichen Argumenten beider Seiten liegen zahlreiche Rechtsakte von den Anfängen bis hin zum Zerfall der Sowjetunion zugrunde, welche die Seiten jedoch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen können.²⁰⁵⁷

8.3.1.2 Der Donbass

Die Separatisten im Donbass nannten ihr besetztes Gebiet im Sommer 2014 „Konföderation Neurussland“, was als ein loses Gebilde zwischen den Hochburgen Donezk und Luhansk gelten sollte.²⁰⁵⁸ Entgegen des im Zuge der Krise 2014 vermittelten Bildes sind föderalistische und Sezessionsbestrebungen auch in diesem Teil der Ukraine durchaus nicht neu.²⁰⁵⁹ Bereits im Zuge des Russischen Bürgerkrieges im Jahr 1918 wurde für knappe zwei Monate (März bis Mai) die Donezk-Krivoj Rog Sowjetrepublik (Донецко-Криворожская Советская Республика) ausgerufen, die eine von der Ukrainischen Volksrepublik abtrünnige Staatlichkeit innerhalb des Russischen Imperiums darstellte.²⁰⁶⁰ Donbass war in den Anfängen der kommunistischen Herrschaft generell die Hochburg der Bolschewiken.²⁰⁶¹ Diese regionale Konzentration war auch der Grund dafür, dass die aus Kiew verjagten Bolschewiken im Dezember 1917 in Charkiw eine eigene Regierung einsetzten, die als Gegengewicht zum Kiewer Rätekongress fungieren sollte.²⁰⁶² Letztlich blieb das Donbass-Gebiet mit der Ost- und Südukraine Stützpunkt der bolschewistischen Herrschaft, bis zur vollständigen Etablierung der Sowjetmacht im Jahr 1919.²⁰⁶³

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine wurde die Föderalisierung in diesem Teil des Landes einige Male thematisiert. Doch die neue ukrainische Führung bevorzugte stets einen Zentralstaat.²⁰⁶⁴ Tatsächlich war die Heterogenität der ukrainischen Regionen einer der Gründe dafür, weshalb die Eliten sich für einen Einheitsstaat stark gemacht haben. Beide Kontrahenten der Präsidentschaftswahlen 1994, Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma, haben sich gegen Föderalisierung ausgesprochen.²⁰⁶⁵ Dahinter stand die Idee einer durch Zentralisierung verstärkten nationalen Einheit.

Im Vorfeld der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994 kam es im Donbass zu Protesten der Bergleute. Im Juni 1993 versammelten sich die Arbeiter der Donbasser Bergbetriebe, was im Nachhinein als der bis dahin größte Streik

²⁰⁵⁷ Федоров А.Б (1999): Правовой статус Крыма. Правовой статус Севастополя. Изд.МГУ, 1999

²⁰⁵⁸ Benjamin Bidder (2014): „Das ist Putins Neurussland“.

²⁰⁵⁹ Eine kurze Geschichte des Donbass wurde im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine“ vorgestellt.

²⁰⁶⁰ BBC News: „Ukraine crisis: What do the flags mean?“ 06.03.2014 unter: <http://www.bbc.com/news/blogs-magazine-monitor-26465465> (Abgerufen am 24.11.2014) (Üb. d. A.).

²⁰⁶¹ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

²⁰⁶² Praxenthaler, Benedikt (2001): Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen. in: Jordan, Peter (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main; Berlin [u.a.]: Lang, 293-318, S. 294-296.

²⁰⁶³ Mark, Rudolf A. (1993): Die gescheiterten Staatsversuche. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 172-201, S. 179-188.

²⁰⁶⁴ Siehe hierzu das Kapitel: „Die Heterogenität der Ukrainischen Regionen“.

²⁰⁶⁵ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 72.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Bergarbeiter und Vertreter anderer Branchen in die Geschichte einging. Die Forderungen betrafen neben ökonomischen Maßnahmen (drastische Preiserhöhungen auf Lebensmittel ohne Lohnausgleich) auch politische Entscheidungen. So forderten die Arbeiter des Donbass regionale Eigenständigkeit der Region und entsprechende Referenden über das Vertrauen des Volkes gegenüber den Sowjets („Räte“ bzw. Volksvertretungen) und dem Präsidenten. Ebenso forderten die Streikenden die Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland.²⁰⁶⁶ Damit setzten die Arbeiter des Donbass ein Zeichen gegen die *policy* der schnellstmöglichen Loslösung von Moskau, welche ihrer Meinung nach von der Kiewer Führung seit der Unabhängigkeit forciert wurde. Hauptsächlich wurde hierbei die Rhetorik des Präsidenten Krawchuk und seiner Administration kritisiert. Die Verantwortlichkeit für die Organisation der Proteste konnte seitens der Kiewer Führung keinem konkret zugeordnet werden, teilweise bestand Verdacht auf Machtspiele zwischen Donbass und Dnipropetrowsk bezüglich der Privatisierung. Doch von Bedeutung war, dass die Streiks zur Einlenkung führten: Auf September 1993 wurden die geforderten Referenden angesetzt, es wurden Neuwahlen der Werhowna Rada verkündet, die Löhne wurden erhöht und zum Teil ausbezahlt.²⁰⁶⁷

Letztendlich fand im Donbass parallel zu den Parlamentswahlen im März 1994 ein Referendum statt, welches allerdings als „konsultative Umfrage“ (совещательный опрос) bezeichnet wurde und keinen offiziellen Charakter trug. Damit erfüllte die Kiewer Führung formal die Forderungen der Donbasser Bevölkerung, doch politische Folgen hatte die Umfrage keine. Dabei beinhalteten die vier Fragen, die der Donbasser Bevölkerung am 27. März 1994 gestellt wurden, unmissverständliche Forderungen:²⁰⁶⁸

1. Eine konstitutionelle Föderalisierung der Ukraine
2. Verfassungsmäßige Stellung der russischen Sprache als Amtssprache
3. Territoriale Verwendung des Russischen als Amtssprache in Donezk und Luhansk
4. Teilnahme der Ukraine an GUS bzw. Weiterführung der engen Beziehung zu Russland

Die Ergebnisse in Donezk und Luhansk zeigten Beteiligungen von über 70% sowie eine Zustimmung von über 80% bei fast allen gestellten Forderungen. Diese Ergebnisse wurden im Zuge der Krise 2014 seitens der russischsprachigen Presse als Beleg für den langjährigen Föderalisierungswunsch der Region Donbass genannt. Dass diese Willensäußerung „vergessen“ wurde, begründete die Presse im Zuge der Ereignisse im Jahr 2014 dadurch, dass die radikalisierten Stimmen durch die neue Kiewer Führung unter Kuchma und der etwas verbesserten Wirtschaftslage besänftigt wurden.

²⁰⁶⁶ Энциклопедия „Електронная библиотека Украины“: 7. июня 1993: Началась самая крупная забастовка шахтеров Донбасса за всю историю Украины. 11.11.2014 <http://uateka.com/ru/article/years/1993/1006> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁶⁷ Сегодня.ua: „1993 год для Украины: бунты шахтеров, конец света и финансовые пирамиды“ 05.04.2011 unter: <http://www.segodnya.ua/newsarchive/1993-hod-dlja-ukrainy-bunty-shakhterov-konets-cveta-i-financovye-piramidy.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

²⁰⁶⁸ Der Wortlaut der Fragen sowie die prozentuale Teilnahme sowie Ergebnisse dieser Abstimmung finden sich in der Ausgabe der Regionalzeitung „Донбасс“ vom 1. April 1994. Diese Quelle wird von einer Reihe russischsprachiger Berichte zitiert. Beispielsweise: The Kiev Times: „Донбасс: забытый референдум-1994“ 12.05.2014 <http://thekievtimes.ua/society/372400-donbass-zabytyj-referendum-1994.html> oder РИА Новости Украина: „История украинских референдумов“ vom 15.03.2014 unter: <http://rian.com.ua/analytics/20140315/341118157.html> (jeweils Abgerufen am 24.11.2014).

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Die Gefahr des Separatismus von Seite des russischsprachigen Ostens kam während der nachfolgenden (nach 1994) zehn Jahre der unabhängigen Ukraine nicht auf, was einige Beobachter dazu veranlasste, diese für überwunden zu erklären.²⁰⁶⁹ Doch eine andere Begründung könnte plausibel sein: Proteste und Sezessions-Stimmung kamen immer dann auf, wenn eine westlich gestimmte, oder zumindest weniger auf Russland fixierte Regierung in Kiew an die Macht kam. Erstmals meldeten sich die Donbass-Oblaste wieder 2004 zu Wort, im Zuge der Machtübernahme durch die Orangen Kräfte. In Luhansk wurden im November 2004 infolge der Protestaktionen in Kiew bezüglich der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Rechtsakte verabschiedet, die die Weisungsbefugnisse der zentralen Regierung in Kiew quasi aufhoben.²⁰⁷⁰ Einige Aktivisten organisierten Protestaktionen gegen die Kiewer Führung und forderten einen Sonderstatus für die ostukrainischen Gebiete. Als territoriale Vorlage diente die kurzlebige Staatlichkeit des Jahres 1918.²⁰⁷¹ Damals wurde von der Slawischen Partei der Ukraine auch ein Vorschlag für ein Referendum verbreitet, das allerdings nicht stattgefunden hat.²⁰⁷² Die Meinung der Bevölkerung war geteilt – einige sahen die Separation als einzige Möglichkeit, sich die Stimme zu bewahren, wenn Wiktor Juschtschenko „vom Westen“ zum Präsidenten „gemacht“ wurde. Andere plädierten für die Einigkeit des ukrainischen Volkes, ungeachtet der nationalen Herkunft.²⁰⁷³ Die Protestaktion in Donbass blieb auch diesmal ohne Folgen, denn die für die Proteste verantwortliche Organisation „Donezker Republik“ wurde verboten und gegen ihre Führung wurde ermittelt.²⁰⁷⁴ Während die Westintegration der Ukraine unter dem Präsidenten Juschtschenko blühte, bezeichnete die russischsprachige Presse die Stimmen der Ostukraine für Janukowitsch als „gestohlen“ und die Jahre der Regierung von Juschtschenko als „eine Schlappe“ in Hinblick auf die Beziehungen zu Moskau.²⁰⁷⁵

²⁰⁶⁹ Kuzio nennt im Jahr 1998 die Gefahr als „misplaced“ und gibt an, dass die Russen im Osten der Ukraine keine pro-Russland Parteien wählen, daher auch keine Separatisten sind. Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 71-72; 79-80.

²⁰⁷⁰ Об укреплении организационной структуры местной власти в Луганской области. ЛУГАНСКИЙ ОБЛАСТНОЙ СОВЕТ ЧЕТВЕРТОГО СОЗЫВА, шестнадцатая сессия. РЕШЕНИЕ, 26 ноября 2004 г. № 16/1 г. Луганск

²⁰⁷¹ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

²⁰⁷² Vlasti.net: „Распад Украины. Юго-Восточная республика.“ 22.12.2012 unter: <http://vlasti.net/news/156479> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁷³ Kommentare der Leser zum Thema auf der Seite news.lugansk.info vom 26.11.2004 bis 30.12.2004 (Abgerufen am 24.11.2014).

²⁰⁷⁴ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁷⁵ RIA-Novosti: „Украина празднует годовщину независимости парадом в условиях войны.“ 24.08.2014 unter: <http://ria.ru/world/20140824/1021189917.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

8.3.2 Die Krise im Jahr 2014 im Südosten der Ukraine – Echter Separatismus im letzten Anlauf?

8.3.2.1 Die Krim – Annexion oder Volkswille? – Ereignisse im Februar und März 2014

Die Ereignisse auf der Krim überschlugen sich im März 2014 schneller, als es die Welt begreifen konnte. Die Halbinsel wurde buchstäblich über Nacht *de facto* von einem territorialen Teil der Ukraine zu einem vergleichbaren Teil der Russischen Föderation. Wie konnte eine derart drastische und schnelle Abspaltung erfolgen? Welche Rolle spielte dabei die eigentliche Meinung der Bevölkerung auf der Krim? Wie schaffte es Russland, seinen Willen derart deutlich geltend zu machen?

Die Unruhen auf der Krim fingen Ende Februar 2014 an, unmittelbar nach der Übernahme der Macht in Kiew durch die Opposition mit Unterstützung der Majdan-Demonstrationen. Die Krim-Führung unter dem Parlaments-Präsidenten Dmitrij Konstantinow setzte für den 26. Februar 2014 eine Parlamentssitzung an, in welcher über die Unabhängigkeit der Krim entschieden werden sollte. Die Sitzung wurde von Demonstrationen der Befürworter und Gegner begleitet, die sich relativ deutlich in ihrer nationaler Zugehörigkeit unterschieden: Die Befürworter waren überwiegend Russen und die Gegner Krimtataren.²⁰⁷⁶ Die tatsächlichen Absichten bezüglich der Abspaltung ließ das Krim-Parlament nicht veröffentlichen, bis sich am 27. Februar 2014 plötzlich Militärangehörige ohne Hoheitszeichen auf dem Territorium der Krim befanden.²⁰⁷⁷ Diese besetzten das Parlamentsgebäude in Simferopol.²⁰⁷⁸ Die russische Flagge wurde auf dem Gebäude gehisst, ein Teil der Demonstranten forderte eine Abstimmung über die Zugehörigkeit der Krim.²⁰⁷⁹ Die Rufe nach der „Rückkehr nach Russland“ wurden innerhalb der Krim-Führung bereits im Vorfeld laut.²⁰⁸⁰ Umso deutlicher wurden die Signale über eine womöglich durchgeplante politische Aktion nach Reisen der Krim-Führung nach Moskau kurz vor den Ereignissen am 27. Februar.²⁰⁸¹ Unter fraglichen Umständen, bei denen das Gebäude des Parlaments von Bewaffneten überwacht wurde, keine Presse anwesend war und ebenso nicht genügend Abgeordnete, wurden zwei Entscheidungen gefällt.²⁰⁸² Die erste ernannte Sergej Aksjonow zum Premierminister der Halbinsel (bei gleichzeiti-

²⁰⁷⁶ Ann Dorit Boy: „Gewalt zwischen Russen und Tataren auf der Krim“ FAZ 26.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-gewalt-zwischen-russen-und-tataren-auf-der-krim-12821834.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁷⁷ FAZ: „Kiew warnt Russland vor Truppenbewegungen“ 27.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/umbruch-in-der-ukraine-kiew-warnt-russland-vor-truppenbewegungen-12823099.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁷⁸ RIA-Novosti DE: „Krim: Parlaments- und Regierungsgebäude von ‚Selbstverteidigungskräften‘ besetzt“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267931282.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁷⁹ RIA-Novosti DE: „Krim: Demonstranten fordern Unabhängigkeitsreferendum“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267935393.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁸⁰ Friedrich Schmidt: „Ruf nach dem großen Bruder“ 20.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-krim-und-die-ukrainische-krise-ruf-nach-dem-grossen-bruder-12812691.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁸¹ Boy, Ann Dorit: „Gewalt zwischen Russen und Tataren auf der Krim“.

²⁰⁸² Reuters: „RPT-INSIGHT-How the separatists delivered Crimea to Moscow“ 13.03.2014 <http://in.reuters.com/article/2014/03/13/ukraine-crisis-russia-aksyonov-idINL6N0M93AH20140313> (Abgerufen am 25.11.2014).

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

ger Absetzung des amtierenden Premier Anatolij Mohilow), und es wurde die Abhaltung eines Referendums beschlossen, der den territorialen Status der Krim festlegen sollte.²⁰⁸³

Die Machtübernahme hatte zur Folge, dass am 11. März 2014 die Krim von Seite des Parlaments der Krim für unabhängig erklärt wurde.²⁰⁸⁴ Ein Referendum über den Status wurde für den 16. März 2014 festgelegt.²⁰⁸⁵ Das Referendum hat am festgelegten Tag stattgefunden. Die gestellten Fragen lauteten: „Sind Sie für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland?“ und „Sind Sie für die Wiederherstellung der Verfassung von 1992 und den Status der Krim als Teil der Ukraine?“²⁰⁸⁶ Faktisch gab es also keine Option den *status quo* der Region als Autonome Republik innerhalb der Ukraine zu erhalten. Auch ein „Ja“ auf die zweite Frage hätte die Krim-Verfassung von 1992 wiederhergestellt, was bedeutet hätte, dass die Republik selbst über ihren Status hätte entscheiden können.²⁰⁸⁷ Dies hatte das Parlament mit der Unabhängigkeitserklärung sowie der Absicht, sich Russland anzuschließen, allerdings faktisch bereits getan. So hatten die Bewohner im Grunde keine Wahl und konnten lediglich die Entscheidung des Parlaments formal bestätigen.

Die offiziellen Ergebnisse des Referendums zeigten eine Beteiligung von 83% und eine Zustimmung für die Abspaltung (erste Option) von 97%.²⁰⁸⁸ Alternative Quellen berichten dagegen von Wahlfälschungen und einer tatsächlichen Zustimmung von höchstens 60% bei einer 30- bis 50-prozentigen Wahlbeteiligung.²⁰⁸⁹ Gestützt durch das offizielle Ergebnis, wandte sich das Parlament der Krim am 17. März an die Russische Föderation mit der Anfrage auf die Aufnahme der Krim als Föderationssubjekt in die Russische Föderation. Die russische Staatsduma beschloss daraufhin am 18. März die Aufnahme der Krim, nach einer Rede des Präsidenten Wladimir Putin und der Anerkennung der Unabhängigkeit der Krim.²⁰⁹⁰

Der Status der Krim änderte sich somit *de facto*: Bis zur ausgerufenen Unabhängigkeit am 11. März blieb die Autonome Republik Krim innerhalb des ukrainischen Staates, woraufhin sich das Gebilde bis zum Referendum, bzw. bis zu dem Gesuch, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden, in einem unklaren Status einer nicht-anerkannten (bzw. von Russland anerkannten) Republik befand. Ab dem 21. März, als der Föderationsrat der Russischen Föderation den Beitritt endgültig ratifizierte, ist die Krim *de facto* eine einseitig anerkannte territoriale Einheit innerhalb der Russischen Föderation. Die Stadt Sewastopol trägt dabei *de facto* die Bezeichnung „Stadt mit föderalem Status“ innerhalb der Russischen Föderation. Allerdings wurden weder der Status

²⁰⁸³ Simon Shuster: „Putin’s Man in Crimea Is Ukraine’s Worst Nightmare“ Time 10.03.2014 <http://time.com/19097/putin-crimea-russia-ukraine-aksyonov/>; n-tv: „Der kuriose Aufstieg Aksjonows. Putins Handlanger auf der Krim“ 06.03.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Putins-Handlanger-auf-der-Krim-article12407016.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁸⁴ Верховная Рада Крима: „Декларация о независимости Автономной Республики Крым и г.Севастополя“ 11.03.2014 http://www.rada.crimea.ua/news/11_03_2014_1 (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁸⁵ NZZ: „Krim-Parlament für Anschluss an Russland“.

²⁰⁸⁶ Zitiert aus: Tagesschau.de: „Daten und Fakten zum Referendum auf der Krim“.

²⁰⁸⁷ Ebd.

²⁰⁸⁸ RIA-Novosti DE: „Krim-Referendum: 96,77 Prozent stimmen für Wiedervereinigung mit Russland - Endergebnis“.

²⁰⁸⁹ Die Zeit: „Putins Menschenrechtsrat bestätigt Wahlfälschung auf der Krim“ 05.05.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-putin-wahlfalschung> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁹⁰ Bundeszentrale für politische Bildung; Chronik: 13. bis 27. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/181713/chronik-13-bis-27-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Krim noch der Status der Stadt Sewastopol seitens der Ukraine oder seitens der Gemeinschaft westlicher Staaten offiziell anerkannt. Deswegen verbleibt die Krim völkerrechtlich *de jure* als Autonome Republik (AR) Krim innerhalb der Ukraine.²⁰⁹¹

Diese Aktionen rund um die Loslösung und Angliederung der Krim, begleitet von einer militärischen Intervention von Russland, löste letztlich eine Kette weiterer Ereignisse aus, welche die Krise vertieften und deren vorläufige Höhepunkte mit der Kriegstätigkeit im Osten der Ukraine sowie der Separatismusbewegung in Donezk und Luhansk markiert sind.

8.3.2.2 Der Donbass und der Südosten – Ereignisse im Frühling 2014

Der wichtigste Unterschied der Krise 2014 gegenüber den vorangegangenen Krisen im Donbass und in den Oblasten des Südostens war die gleichzeitig stattgefundenene Krim-Krise sowie die mutmaßliche - wenngleich offensichtliche - militärische Einnischung durch Russland. Bei den Ereignissen und Protesten der Jahre 1994 und 2004 hatte sich Russland militärisch nicht beteiligt, obwohl seine Rhetorik über die „sootechestvenniki“ („Landsleute“) im Ausland durchgehend präsent war. Die ukrainische Presse sprach im Frühling 2014 von einer „Handvoll“ Separatisten, die die Region des Donbass terrorisierten und von Russland unterstützt wurden.²⁰⁹² Doch konnte das mutmaßliche 1% der Bevölkerung tatsächlich die ganze Region in seiner Gewalt halten? Ferner, wie hat diese Minderheit es geschafft, Referenden abzuhalten, die angeblich „klare“ Mehrheiten für die Sezession zeigten?

Die ersten Protestbewegungen in den südöstlichen Regionen der Ukraine fanden unmittelbar als Reaktion auf die „Euromajdan“-Proteste in Kiew statt. Erste Aufrufe zur Föderalisierung der Ukraine kamen hier bereits im Januar-Februar 2014 auf, als die Unruhen in Kiew einen Machtwechsel immer wahrscheinlicher machten. Zumal zwischen Januar und Februar 2014 die Gegner des Janukowitsch-Regimes hauptsächlich in den westlichen Oblasten der Ukraine Protestaktionen mit Sturmrohungen gestartet hatten. Zeitweise waren die lokalen Administrationen der westlichen Oblaste unter der Gewalt der „pro-Majdan“ Demonstranten.²⁰⁹³ Doch auch im Südosten, beispielsweise in Odessa und Dnipropetrowsk, fanden Demonstrationen für die Forderungen des „Euromajdan“ statt.²⁰⁹⁴ Spätestens nachdem es zur Absetzung des Präsidenten Janukowitsch

²⁰⁹¹ Die Diskussion darüber, wie die Sezession der Krim völkerrechtlich zu bewerten ist, wird später unter „Internationale Gemeinschaft“ näher erläutert.

²⁰⁹² iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“ 11.03.2014 unter: http://ipress.ua/ru/mainmedia/donetskyu_separatyzm_vse_ochen_neprosto_53471.html (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁹³ tsn.ua: „Карта захоплень ОДА в Україні: вісім регіонів опинилися під контролем демонстрантів“ 24.01.2014 <http://tsn.ua/politika/karta-zahoplen-oda-v-ukrayini-visim-regioniv-opinilisya-pid-kontrolem-demonstrantiv-331198.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²⁰⁹⁴ tsn.ua: „Близько тисячі протестувальників Євромайдану в Одесі пішли до ОДА.“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/blizko-tisyachi-protestuvalnikiv-yevromaydanu-v-odesi-pishli-do-oda-331348.html> (Abgerufen am 26.11.2014); tsn.ua: „У Дніпропетровську міліція поливає протестувальників водою при 10-градусному морозі“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/u-dnipropetrovsku-miliciya-polivayeprotestuvalnikiv-vodoyu-pri-10-gradusnomu-morozi-331349.html> (Abgerufen am 26.11.2014); Andrej Nesterko: „Unruhe in Janukowitschs Heimat“ die tageszeitung 07.02.2014 <http://www.taz.de/!132440/> (Alle abgerufen am 26.11.2014).

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

und dem Machtwechsel in Kiew gekommen ist, wurden Ende Februar 2014 in den südöstlichen Oblasten Demonstrationen gegen den „Euromajdan“ gestartet. Dabei galt die starke Position der nationalistischen Parteien in den neuen Kiewer Machtstrukturen als Hauptproblem der Oberhäupter der Oblasten Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk, Charkiw und Odessa sowie der Krim. Diese wurde seitens der Abgeordneten der „Partei der Regionen“ sowie der Leiter der südöstlichen Lokaladministrationen als Hauptargument für die Forderung nach einer Föderalisierung genannt, wobei stets die Missachtung der neuen Kiewer Führung gegenüber den russischsprachigen Teilen des Landes befürchtet wurde. Zu den problematischen Sachfragen gehörten der Status der russischen Sprache, die Beziehungen zu Russland sowie die Machtstellung der rechten Kräfte in Kiew. Diese gaben wiederum relativ genau die Forderungen der Odessa-Demonstrationen aus dem Jahr 1994 wieder.²⁰⁹⁵

Aus der Krise im Frühling 2014 sind eigene Begrifflichkeiten entstanden, die bis heute verwendet werden. Aufgrund der offensichtlichen und auch offen genannten Gegenposition zu der „Majdan“-Bewegung im Westen des Landes und in Kiew, wurden die Demonstranten in den südöstlichen Oblasten in der ukrainischen Presse häufig als „anti-Majdan“-Aktivisten bzw. -Demonstranten bezeichnet. Beispielsweise kam dies im Zuge des Brandes in Odessa am 2. Mai 2014 in der russischsprachigen Presse zum Vorschein, als die „Majdadowcy“ („Majdan-Anhänger“) gegen die „Antimajdanowcy“ („Anti-Majdan-Anhänger“) vorgingen.²⁰⁹⁶ Ebenfalls im Umlauf waren unter anderem solche Bezeichnungen wie „Anti-Ukrainer“ bzw. „Pro-Ukrainer“, „Separatisten“, „Föderalisten“, „pro-russische Aktivisten“ oder auch „pro-russische Separatisten“, was sich in der westlichen Presse bis heute großer Beliebtheit erfreut.²⁰⁹⁷ Inoffiziell im Volksmund wurden weniger neutrale und schmeichelhafte Bezeichnungen verwendet, solche wie „Banderovcy“ (Anhänger von Stepan Bandera) für die westukrainischen Demonstranten oder „Koloradskij Zhuk“ („Kartoffelkäfer“) nach dem schwarz-orangenem Sankt-Georgs-Band, welches in Gedenken an den Großen Vaterländischen Krieg von vielen Aktivisten des Südostens als Zeichen des Protestes getragen wurde, für die Demonstranten des Südostens.²⁰⁹⁸

Im Februar und März 2014 fanden in allen großen Städten des Südostens der Ukraine Protestaktionen statt. Im Februar 2014 wurde Charkiw zum Hauptschauplatz der Föderalismusbewegung des ukrainischen Südostens. Am 12. Februar hat der Gouverneur von Charkiw Michailo Dobkin öffentlich zur Föderalisierung der Ukraine aufgerufen. Dabei sollte die „krisengesteuerte“ Werhowna Rada in Kiew umgangen werden, da diese keine Legitimität im Land genieße bzw. keine Kontrolle über das gesamte Territorium mehr hätte.²⁰⁹⁹ Bei einem Treffen Ende Februar 2014 haben sich die Gouverneure von Charkiw,

²⁰⁹⁵ Timer-odessa: „Русский язык, аэропорт, федерализация и склоны: одесситы сформировали список требований к властям“ 01.03.2014 http://timer.od.ua/news/russkiy_yazik_a_roport_federalizatsiya_i_skloni_odessiti_sformirovali_spisok_trebovaniy_k_vlastyam_951.html (Abgerufen am 27.11.2014).

²⁰⁹⁶ Vesti Ukraina: „Одесская Хатынь: как это было на самом деле“ 05.05.2014 <http://vesti-ukr.com/odessa/50433-odesskaja-hatyn-kak-jeto-bylo-na-samom-dele> (Abgerufen am 27.11.2014).

²⁰⁹⁷ Ebd. sowie beispielweise: Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“.

²⁰⁹⁸ Christian Weisflog: „Wer hat Angst vor dem Georgs-Band?“ NZZ 22.05.2014. <http://www.nzz.ch/wer-hat-angst-vor-dem-georgs-band-1.18307333> (Abgerufen am 25.11.2014).

²⁰⁹⁹ Украинская правда: „Добкин призвал к федерализации Украины в обход Верховной Рады.“ 12.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/12/7013658/> (Abgerufen am 27.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Donezk und Luhansk sowie Vertreter aus Dnipropetrowsk und Krim zwar prinzipiell für die territoriale Integrität der Ukraine ausgesprochen, haben aber auch konstatiert, dass die Ereignisse in Kiew ihrer Meinung nach nicht mehr auf eine einheitliche Ukraine deuten würden.²¹⁰⁰ Deswegen läge es an den lokalen Gebietskörperschaften und deren administrativer Leitung, die Sicherheit der ostukrainischen Regionen zu garantieren, womit sie quasi sich selbst für eigenständige Aktionen bevollmächtigen.²¹⁰¹

Zu einem der Hauptargumente für die Legitimität der ostukrainischen Verselbstständigung ohne Kiew wurde die Entscheidung der Werhowna Rada vom 23. Februar 2014 über die Aufhebung des Gesetzes zu den regionalen Sprachen.²¹⁰² Diese Entscheidung, obwohl aufgrund des Vetos von Olexandr Turtschinow nicht in Kraft getreten, wurde von den Föderalismus-Befürwortern der südöstlichen Oblaste als Grundlage für ihre Befürchtung genommen, die russischsprachigen Oblaste würden unter der neuen Kiewer Führung ihrer grundlegenden Bürgerrechte und Freiheiten beraubt.²¹⁰³ Sicherlich war die genannte Entscheidung seitens der neu formierten Werhowna Rada, in der sich die Fraktionsverhältnisse durch den Wechsel vieler Abgeordneter der „Partei der Regionen“ auf die Seite der Opposition vermischt hatten, taktisch ein reichlich unüberlegter Schritt. Damit wurde der Status der russischen Sprache seitens der Gegner des „Euromajdan“ zum wichtigsten Beleg für die „nationalistische“ Politik Kiews gegenüber dem russischsprachigen Osten. Es würden Diskriminierungen auf politischer Ebene folgen, so die Argumentation, indem Ukrainisch als einzige Amtssprache den Weg für Russischsprachige in repräsentative Organe versperren würde und ethnische Ukrainer über ethnische Russen stellen würde. Die Situation der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum diene vielen als Beispiel eines solchen Szenarios. Die Ereignisse kulminierten schließlich am 1. März 2014, als in den großen Städten des Südostens Charkiw, Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk, Odessa (u.a.) Protestbewegungen gegen die neue Kiewer Führung und teilweise auch für die Föderalisierung stattgefunden haben. Die Protestbewegungen dauerten bis Ende März bzw. teilweise noch bis Ende April bzw. Anfang Mai 2014.

Im Laufe des Monats März 2014 wurden in Donezk und Luhansk mehrere Kundgebungen und Demonstrationen zunächst der „Anti-Majdan“-Anhänger und später des „Pro-Sezession“ bzw. „Pro-Russland“ Lagers abgehalten. Tatsächlich ist eine solche Unterscheidung nicht unbedeutend: In einem Interview im August 2014 mit der russischen Tageszeitung „МК“ hat ein Vertreter der „Volksrepublik Donezk“ Andrei Rodkin angegeben, dass sich die Ziele und die Forderungen der Donbasser Gebiete Donezk und Luhansk im Zuge des Konfliktes geändert hätten. Wenn anfangs „nur“ der Status der russischen Sprache sowie die Föderalisierung als Forderungen auf der Tagesordnung der „Anti-Majdan“ Proteste standen, hat sich erst mit dem Beginn der „Anti-Terror-Operation“ der Kiewer Regie-

²¹⁰⁰ Interfax: „Представители съезда депутатов в Харькове выступают за мир и единство Украины.“ 22.02.2014 <http://interfax.com.ua/news/political/191901.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²¹⁰¹ Interfax: „Юго-восточные области Украины берут на себя обеспечение конституционного порядка на своих территориях.“ 22.02.2014 <http://interfax.com.ua/news/general/191913.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

²¹⁰² Korrespondent.net: „Закон об официальном двуязычии в регионах отменен.“ 23.02.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3310062-zakon-ob-ofytsyalnom-dvuiazychyu-v-rehyonakh-otmenen> (Abgerufen am 26.11.2014 und am 02.12.2014).

²¹⁰³ Korrespondent.net: „Турчинов отказался подписать решение Рады об отмене закона о языках.“ 03.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3314338-turchynov-otkazalsia-podpysat-reshenye-rady-ob-otmene-zakona-o-yazykakh> (Abgerufen am 27.11.2014).

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Am 7. April 2014 eine komplette Abspaltung der Oblaste von der Ukraine als Endziel durchgesetzt.²¹⁰⁴ Die Anführer der „Anti-Majdan“-Demonstrationen haben die Legitimation ihrer Handlungen somit klar auf die Aktionen der neuen Kiewer Führung geschoben. Als Grundlage diente die Überzeugung, sie würden lediglich im Sinne der Donezker bzw. Luhansker Bevölkerung handeln. Die Ängste der „Anti-Majdan“-Bewegung in diesen Regionen wurden durch die bereits von der Krim bekannten Parolen geschürt: In Kiew hätten durchweg radikal-nationalistische Kräfte die Macht an sich gerissen und die östlichen Oblaste würden gnadenlos dem Diktat der Ukrainisierung unterworfen. Diese Angst führte zur Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ sowie letztendlich zu immer lauter werdenden Stimmen für eine Sezession.²¹⁰⁵ Die Tatsache, dass gleichzeitig in Donezk und anderen Städten Demonstrationen für den Erhalt der Ukraine stattgefunden haben, untergrub allerdings den Mythos der Geschlossenheit der Region hinter den Separatistenführern.²¹⁰⁶ Am 7. April 2014 ging der Konflikt in die nächste Phase, als in der Stadt Donezk die „Volksrepublik Donezk“ ausgerufen wurde.²¹⁰⁷ Daraufhin beschloss der stellvertretende Präsident Turtschinow die Einrichtung eines Krisenstabs und den Beginn einer „Anti-Terror-Operation“, um die separatistischen Gebiete zurückzuerobern.²¹⁰⁸ Zu der Zeit wurde aus der Protestbewegung des Südostens ein bewaffneter Konflikt, der offiziell bis zur Waffenruhe am 5. September 2014 (Minsk I) bzw. bis zum 12. Februar 2015 (Minsk II) dauerte.

In der Krisenregion wurden auch massive Gegenproteste zum Separatismus veranstaltet, so wie in Donezk am 4. und 5. März 2014, als zehntausende Menschen für die Einheit der Ukraine demonstrierten.²¹⁰⁹ In Charkiw, das nur 40 Kilometer von der Grenze zu Russland entfernt ist, gab es sowohl „Pro-Separatismus“ als auch „Pro-Euromajdan“ Demonstrationen.²¹¹⁰ Unter anderem ging es hier um eine Lenin-Statue, die abgerissen werden sollte.²¹¹¹ Am 7. April wurde von den „Anti-Majdan“ Demonstranten die „Volksrepublik Charkiw“ proklamiert, die Lage beruhigte sich allerdings bis Ende April, so dass es zu

²¹⁰⁴ МК.ру: „План ополченцев Донбасса: „Только отделяться. При помощи американского оружия““ 28.08.2014 <http://www.mk.ru/politics/2014/08/28/plan-opolchencev-donbassa-tolko-otdelyatsya-pri-pomoshhi-amerikanskogo-oruzhiya.html> (Abgerufen am 25.11.2014)

²¹⁰⁵ Ebd.

²¹⁰⁶ iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“.

²¹⁰⁷ Austin, Greg: „Updates and Analysis on Ukraine Crisis - April 7, 2014“ <http://www.ewi.info/idea/updates-and-analysis-ukraine-crisis-april-7-2014#sthash.CXRibRXp.dpuf> (Abgerufen am 27.11.2014).

²¹⁰⁸ 112 Украина: „В Славянске началась антитеррористическая операция – Аваков“ 13.04.2014 <http://112.ua/politika/v-slavyanske-nachalas-antiterroristicheskaya-operaciya-avakov-48571.html>; tsn.ua: „С начала недели на Восток отправили спецназ, однако некоторые города и до сих пор под контролем боевиков“ 20.04.2014 <http://ru.tsn.ua/ukrayina/za-nedelyu-antiterroristicheskoy-operacii-slavyansk-stal-samuy-opasnym-gorodom-ukrainy-361780.html> (Jeweils abgerufen am 25.11.2014).

²¹⁰⁹ iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“.

²¹¹⁰ Unian.net: „В Харькове сторонники РФ забросали Кличко яйцами и петардами.“ 10.03.2014. Подробности читайте на УНИАН: <http://www.unian.net/politics/894819-v-harkove-storonniki-rf-zabrosali-klichko-uaytsami-i-petardami.html>; Iskra-news: „Около 7 тыс. человек выступили за предоставление Харьковской области полномочий автономии“ 08.03.2014 http://iskra-news.info/news/okolo_7_tys_chelovek_vystupili_za_predostavlenie_kharkovskoj_oblasti_polnomochij_a_vtonomii/2014-03-09-9164 (Jeweils angerufen am 27.11.2014).

²¹¹¹ Interfax: „Защитники памятника Ленину в Харькове вышли на пикет.“ 26.02.2014 <http://www.interfax.ru/world/361197>; Vesti Ukraina: „Хронология кровавого противостояния в Харькове“ 15.03.2014 <http://vesti-ukr.com/harkov/42586-strelba-v-harkove-kak-razvivalis-sobytiya> (Abgerufen am 27.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

keiner Sezession kam.²¹¹² Direkt nach der Angliederung der Krim an Russland befürworteten nur 15% der Bewohner Charkivs eine vergleichbare Prozedur für ihre Oblast.²¹¹³ Die Eskalation des Konfliktes in Charkiw kulminierte in den lebensgefährlichen Schussverletzungen des Bürgermeisters Hennadij Kernes am 28. April 2014 sowie dem Sturz des besagten Lenin-Denkmal am 29. September 2014.²¹¹⁴ In Odessa fanden bis Ende April 2014 noch Protestbewegungen statt, die durch den tragischen Brand im Gewerkschaftshaus am 2. Mai 2014 überschattet wurden.²¹¹⁵ In Dnipropetrowsk, Cherson und Zaporischija, neben anderen kleineren Städten des Südostens, fanden größere und kleinere Demonstrationen statt, die sowohl von den Gegnern als auch von den Anhängern des „Euromajdan“ veranstaltet wurden.²¹¹⁶ In diesen Städten verliefen die Bewegungen allerdings vergleichsweise ruhig, so dass im April 2014 hier ein Militäreinsatz der ukrainischen Regierung als nicht notwendig erachtet wurde. Im Gegensatz zu Donezk, Luhansk und Charkiw wurden in den restlichen Oblasten des Südostens keine Volksrepubliken ausgerufen bzw. keine Referenden zum Separatismus abgehalten. Anfang April fanden allerdings beinahe in allen großen Städten des Südostens seitens der „Anti-Majdan“-Bewegung aktive Versuche statt, die Gebäude der lokalen Administration zu stürmen und die Macht zu übernehmen. Ab diesem Zeitpunkt spaltete sich das Gebiet des Südostens gewissermaßen: In einigen Städten bzw. Oblasten kamen pro-russische Demonstranten an die Macht, während in anderen Oblasten bzw. Städten die pro-ukrainischen Kräfte die Herrschaft an sich reißen bzw. behalten konnten. So haben die „Anti-Majdan“-Demonstranten in Charkiw und Odessa kurzfristig die lokale Administration übernommen, während es in der Stadt Mykolajiw zu einem missglückten Sturmversuch kam.²¹¹⁷ In Cherson, Dnipropetrowsk und Zaporischija kam es wiederum zu massiven Demonstrationen, jedoch zu keiner Machtübernahme durch die Gegner des „Euromajdan“.

²¹¹² Obozrevatel: „Сепаратисты объявили о создании Харьковской народной республики“ 07.04.2014 <http://obozrevatel.com/politics/35079-separatystyi-obyavili-o-sozdanii-harkovskoj-narodnoj-respubliki.htm> (Abgerufen am 26.11.2014).

²¹¹³ Lucian Kim: „Das östliche Pulverfass“ Die Zeit 22.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/charkow-ukraine-unabhaengigkeit> (Abgerufen am 02.12.2014).

²¹¹⁴ Spiegel Online: „Ukraine-Krise: Bürgermeister von Charkiw niedergeschossen“ 28.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-buergermeister-von-charkiw-hennadij-kernes-niedergeschossen-a-966522.html>; DWN: „Ukraine lässt Lenin-Denkmal in Charkow stürzen“ 29.09.2014 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/29/ukraine-laesst-lenin-denkmal-in-charkow-stuerzen/> (Abgerufen am 02.12.2014).

²¹¹⁵ Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“.

²¹¹⁶ Korrespondent.net: „В Днепропетровске прошел антифашистский марш“ 09.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3316961-v-dnepropetrovske-proshel-antyfashystskiy-marsh>;

Iskra-news: „Запорожцы призвали Путина защитить их от произвола“ 10.03.2014 <http://iskra-news.info/news/zaporozhcy-prizvali-putina-zashhitit-ikh-ot-proizvola/2014-03-10-9224>; РепортерUA: „Митинг в Запорожье: Мы не признаем хунту, захватившую власть вооруженным путем“ 02.03.2014 <http://reporter-ua.com/2014/03/02/miting-v-zaporozhe-my-ne-priznaem-huntu-zahvativshuyu-vlast-vooruzhennym-pute>-foto; Ukrinform: „Участники двух митингов в Херсоне выясняли отношения через кордон милиции“ 01.03.2014 http://www.ukrinform.ua/rus/news/uchastniki_dvuh_mitingov_v_hersone_viyasnyali_otnosheniya_cherez_kordon_militsii_1608465 (Alle abgerufen am 27.11.2014).

²¹¹⁷ Известия в Украине (Политические Известия): „Восстание Юго-Востока - с чего все началось“ 07.04.2014 <http://izvestia.kiev.ua/article/64224>; BBC News: „As it happened: East Ukraine crisis“ 13.04.2014 <http://www.bbc.com/news/world-europe-27008054?print=true>; Nina Jeglinski/ Claudia von Salzen: „Kiew droht den Separatisten“ Der Tagesspiegel 13.04.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/unruhen-in-der-ostukraine-kiew-droht-den-separatisten/9756236.html> (Alle abgerufen am 27.11.2014).

8.3.3 Sezessionen auf der Krim, in „DNR“ und „LNR“ – Legitimationsgrundlage?

8.3.3.1 Die Krim

Die Tatsache, dass die ganze Aktion auf der Krim dermaßen „sauber und schnell“ ablief, zeugt entweder davon, dass die Übernahme der Krim keinerlei Proteste auslöste und damit sowohl innerstaatlich als auch außenpolitisch unbedenklich war – was bekanntlich nicht der Fall ist –, oder davon, dass die Handlungen Russlands durch genügend Einschüchterung begleitet wurden und strategisch derart geschickt vorbereitet waren, dass es zu keinem Blutvergießen auf der Krim kam. In der Tat vergingen vom 27. Februar, als die „Operation“ anfang, bis zum 18. März, als die Entscheidung von Russland über die Angliederung fiel, gerade mal neunzehn Tage.²¹¹⁸ Zum Beleg für den angeblichen Willen der Krim-Bevölkerung zur Abspaltung bzw. zum Anschluss an Russland legte die pro-russische Regierung der Krim sowie Russland selbst erstens die geringe Anzahl der Opfer (vier Personen wurden im Zuge der Krim-Übernahme getötet) und zweitens die Ergebnisse des Referendums am 16. März vor.²¹¹⁹ Demgegenüber bestehen folgende problematische Aspekte: Die Echtheit des Krim-Referendums und die Glaubwürdigkeit des Ergebnisses konnten nicht nachgewiesen werden. Ebenso stellte die Präsenz der bewaffneten Kräfte ohne Hoheitszeichen sowie die Umstände, unter denen die neuen Entscheidungsträger der Krim-Führung am 27. Februar an die Macht gekommen sind, die Legitimation der Sezession weiter in Frage. Ebenso wurde Russland international der militärischen Intervention und der Annexion der Halbinsel beschuldigt.²¹²⁰

8.3.3.2 Donezk und Luhansk

Donezk war die erste Stadt des Donbass, die am 7. April 2014 eine „Volksrepublik“ ausgerufen hat. Im Vorfeld der Proklamation wurden am 6. April 2014 die Gebäude des Donezker Lokalparlaments sowie der Verwaltung von Demonstranten und Aktivisten der „Anti-Majdan-Bewegung“ gestürmt und besetzt. Es wurden „Volkssowjets“ (Народный Совет) einberufen, welche die Vertretung des Volkes der gesamten Oblast Donezk für sich beanspruchten.²¹²¹ Ähnliche Vertretungen wurden in vielen Städten der südöstlichen Krisenregion aus der Masse der „Anti-Majdan“-Demonstranten gewählt, spiegelten dennoch keinesfalls die volle Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit wieder. Im Laufe der Zeit und im Zuge der immer neuen Meldungen zu den Ereignissen im Donbass Anfang April 2014 war es stets relativ unklar, wer nun die Mitglieder der Donezker „Volksvertre-

²¹¹⁸ Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 13. bis 27. März 2014.

²¹¹⁹ Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“ Novaya Gazeta 18.04.2014 <http://www.novayagazeta.ru/inquests/63246.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

²¹²⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 24. Februar bis 9. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/180667/chronik-24-februarbis-9-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).

²¹²¹ Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“ 07.04.2014 <http://www.svoboda.org/content/article/25324238.html> (Abgerufen am 27.11.2014) (Üb. d. A.).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

tung“ waren. Nach dem Sturm des Parlamentsgebäudes am 6. April wurde der Donezker Gouverneur Sergej Taruta „in den Ruhestand geschickt“. ²¹²² Am 7. April wurde von dem selbst ernannten „Volksowjet“ die Unabhängigkeit der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) ausgerufen und die entsprechende Deklaration verlesen. ²¹²³ Einige russischsprachige Infokanäle, darunter die Agentur ITAR-TASS, bezeichneten das entscheidungfindende Gremium daraufhin als Oblast-Sowjet (wie das Lokalparlament innerhalb der territorialen Struktur der Ukraine hieß) und die Mitglieder als Abgeordnete. ²¹²⁴ Westliche Medien nannten die Mitglieder des Gremiums meist „Aufständische“, „Befürworter der Föderalisierung“ bzw. „Demonstranten“ oder einfach „Terroristen“. ²¹²⁵ Durch russischsprachige Medien kursierten zudem Berichte darüber, dass die Donezker Aktivisten den Aufstand als „letzte Chance“ auf Eigenständigkeit bezeichnet hatten. ²¹²⁶

Seitens des selbsternannten „Volksowjets“ in Donezk wurden anschließend Forderungen an die Kiewer Regierung formuliert, die sich wenig von den Forderungen anderer Städte unterschieden – ein Referendum bezüglich der Föderalisierung, der Rücktritt der neuen Kiewer Führung und die Freilassung von „Anti-Majdan“-Aktivisten. ²¹²⁷ Der Donezker Stadtrat, der durch die Besetzung der Gebäude durch die Aktivisten an seiner Tätigkeit gehindert wurde, erklärte daraufhin, dass das selbsternannte Gremium nicht legitim bzw. rechtmäßig sei. ²¹²⁸

Bis zum 12. April 2014 meldeten Aufständische in anderen Städten in der Oblast Donezk, dass Verwaltungsgebäude unter ihrer Kontrolle standen. ²¹²⁹ Der „Volksowjet“ in Donezk verkündete daraufhin, dass am 11. Mai 2014 ein Referendum über die Unabhängigkeit der Oblast Donezk stattfinden würde. ²¹³⁰ Die Ereignisse der zweiten proklamierten „Volksrepublik“ auf dem Ukrainischen Territorium – der „Volksrepublik Lugansk“ (LNR) – verliefen nach einem ähnlichen Muster wie im benachbarten Donezk. Die Unabhängigkeit der LNR wurde allerdings erst am Tag nach dem Referendum, am

²¹²² Взгляд: „Протестующие в Донецке установили контроль над зданием обл администрации“.

²¹²³ „DNR“ als Akronym der „Donezskaja Narodnaja Respublika“ (Донецкая Народная Республика) (Rus.); Донецька народна республіка, Ukr.). Vesti.ru: „В Донецке провозглашена народная республика“ 07.04.2014 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=1454156> (Abgerufen am 25.11.2014); PVB: „В Донецке объявили о создании Донецкой народной республики“ 07.04.2014 <http://www.rbc.ru/rbcfreenews/20140407141123.shtml> (Abgerufen am 27.11.2014),

²¹²⁴ Itar-Tass: „Депутаты Донецкого областного совета объявили о независимости.“ Донецкой народной республики 07.04.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1102559> (Abgerufen am 25.11.2014).

²¹²⁵ PVB: „В Донецке объявили о создании Донецкой народной республики“; Tagesschau.de: „Krim-Szenario im Osten der Ukraine?“ 07.04.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/volksrepublik-donezk100.html>; Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“; Russia Today: „В Донецке митингующие провозгласили Донецкую народную республику.“ 07.04.2014. <http://russian.rt.com/article/26748#ixzz3JjNeN5j4> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹²⁶ МК.ru: „Донбасс восстал против Украины. Бурлит весь Юго-Восток.“ 07.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/article/2014/04/06/1009681-donbass-vosstal-protiv-ukrainyi-burlit-ves-yugovostok.html> (Abgerufen am 28.11.2014),

²¹²⁷ Lenta.ru: „Донецкая республика“ назвала условия освобождения зданий.“ 18.04.2014 <http://lenta.ru/news/2014/04/18/donetsk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹²⁸ Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“.

²¹²⁹ МК.ru: „Славянск взят: Госучреждения захвачены в Красном Лимане, Красноармейске и Краматорске“ 12.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/sng/article/2014/04/12/1013156-slavyansk-vzyat-gosuchrezhdeniya-zahvachenyi-v-krasnom-limane-krasnoarmeyske-i-kramatorske-onlayntranslyatsiya.html> (Abgerufen am 28.11.2014),

²¹³⁰ Itar-Tass: „Депутаты Донецкого областного совета объявили о независимости Донецкой народной республики“.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

11. Mai 2014, ausgerufen.²¹³¹ Bereits Ende April sind Meldungen zu der ausgerufenen Republik durch russisch- und ukrainischsprachige Medien kursiert, doch „offiziell“ haben die Anführer der Separatismusbewegung noch bis 12. Mai gewartet.²¹³² Wie in Donezk haben auch hier Demonstranten im Laufe des Monats April die Gebäude des Lokalparlaments sowie der Verwaltung und des Sicherheitsdienstes besetzt.²¹³³ Den „Anti-Majdan“-Demonstranten gelang es somit, trotz der geringen öffentlichen Unterstützung, auch in den besetzten Gebieten der Oblast Luhansk eine abtrünnige Gebietskörperschaft mit quasi-rechtmäßigen Institutionen nach dem Muster von Donezk einzurichten.

Das Donbasser Referendum fand am angekündigten Tag (11. Mai 2014) sowohl in der besetzten Oblast Donezk als auch im von Separatistenführern gehaltenen Teil der Oblast Luhansk statt. Am darauffolgenden Tag – 12. Mai 2014 – wurde seitens des „Volksowjets“ von Donezk die Souveränität der „Volksrepublik Donezk“ ausgerufen. Am gleichen Tag wurde in Luhansk auch die „Volksrepublik Lugansk“ proklamiert. Die selbsternannten Machträger legitimierten ihre eigene Position mit den abgehaltenen Referenden, bei denen sie sich entsprechend den eigenen Angaben auf den Willen des Volkes beriefen. In dem verlesenen „Ausruf der DNR“ legten die Machträger dabei Regierungsorgane fest: Die legislative Gewalt sollte von einem gewählten Obersten Sowjet ausgeübt werden, der eine Regierung und einen Sicherheitsrat zu formieren hatte.²¹³⁴ Zugleich haben die Machträger der „DNR“ ihre Intention erklärt, nach dem Muster der Krim in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. Dies wurde zusammen mit der Souveränitätserklärung verkündet.²¹³⁵ Damit dienten die Ereignisse auf der Krim direkt als Vorbild für den Donbasser Separatismus.

Am 24. Mai beschlossen beide Donbasser „Volksrepubliken“ den Zusammenschluss zu der „Konföderation“ bzw. zum „Einheitsstaat Neurussland“ (Государство Новороссия, Üb. d. A.) zu gründen. Zu dieser Konföderation sollten entsprechend der Erklärung der DNR und LNR künftig auch die restlichen Oblaste des Südostens gehören, nämlich die bereits bekannten Charkiw, Dnipropetrowsk, Odessa, Mykolajiw, Cherson und Zaporischija. Den Anschluss an die Konföderation könnten die genannten Oblaste anstreben, so die Erklärung, sobald sie entsprechende Referenden über die Abspaltung – genannt Unabhängigkeit – abgehalten hätten. Die Anführer der LNR und DNR erklärten ferner, dass sie die Präsidentschaftswahlen der Ukraine am 25. Mai anerkennen würden, wenn im Gegenzug Kiew die Unabhängigkeit der DNR und LNR anerkennt. Diese Mel-

²¹³¹ „LNR“ als Akronym der „Luganskaja Narodnaja Respublika“ (Луганская Народная Республика) (Rus.); Луганська народна республіка, Ukr.); Süddeutsche Zeitung: „Volksrepublik Lugansk erklärt sich offiziell für unabhängig“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-volksrepublik-lugansk-erklaert-sich-offiziell-fuer-unabhaengig-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140512-99-07803> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹³² Radio Svoboda: „У Луганську проголосили „Луганську народну республіку““ 27.04.2014 <http://www.radiosvoboda.org/media/video/25364473.html#relatedInfoContainer>; Lenta.ru: „В Луганске объявлена народная республика“ 28.04.2014 <http://lenta.ru/news/2014/04/28/lugansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹³³ Euronews: «Украина: сторонники федерализации заняли здание облминистрации в Луганске» 29.04.2014 <http://ru.euronews.com/2014/04/29/ukraine-government-buildings-seized-in-luhansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹³⁴ RIA-Novosti: «ДНР провозгласила себя суверенным государством» 12.05.2014 <http://ria.ru/world/20140512/1007507367.html> (Abgerufen am 27.11.2014).

²¹³⁵ Ebd.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

dung hat am 24. Mai der „Volks-gouverneur“ von Donezk, Pavel Gubarew, auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht.²¹³⁶ Der Bildung der Konföderation entbehrte zwar jegliche rechtliche Grundlage, brachte die Region des Südostens aber faktisch unter ein Dach. Gubarew bezog damit alle Gebiete der historischen „Noworossija“ in die *policy* der Abtrennung von der „restlichen“ Ukraine mit ein. Die Begründung eines solchen Vorgehens lag in der Vorstellung begründet, die Gebiete seien „anders“ als die restliche Ukraine – nämlich historisch russisch und aktuell russischsprachig. Damit wurde die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zur Trägerin des Donbasser, bzw. des ostukrainischen Separatismus.

Die Machtbasis der Separatisten im Donbass wurde von ihnen selbst somit durch ein sprachlich und kulturell wie auch historisch lose zusammenhängendes Gebilde des „Noworossija“ sowie die Ergebnisse des Referendums vom 11. Mai 2014 begründet.

Die Referenden, die in Donezk und Luhansk am 11. Mai 2014 abgehalten wurden, zeigten vergleichbare Ergebnisse zur Krim und warfen ebensolche Fragen nach der Legitimität auf. Die Fragen, welche den Bewohnern der betroffenen Gebiete in Donezk und Luhansk gestellt wurden, betrafen zunächst den Status der Unabhängigkeit.²¹³⁷ Ein möglicher Anschluss an Russland sollte, entsprechend den Angaben der Machträger, erst nach einer „Bestätigung der Unabhängigkeit durch das Volk“ stattfinden.²¹³⁸ Darüber sollte dann in einem separaten Referendum abgestimmt werden, welches für den 18. Mai 2014 angesetzt wurde. Die beiden „Volksrepubliken“ kündigten außerdem an, die für den 25. Mai 2014 vorgesehene Präsidentschaftswahl der Ukraine zu boykottieren. Ein Referendum über die Unabhängigkeit war außer in Donezk und Luhansk zunächst auch in Charkiw geplant, wurde letztlich aber abgesagt.²¹³⁹

Die Zustimmung für die Unabhängigkeit lag laut Angaben der Organisatoren bei 89% in Donezk und bei 96% in Luhansk. Die Wahlbeteiligung lag bei 75% in Donezk und bei 81% in Luhansk.²¹⁴⁰ Die Orte, in denen die Separatisten das Referendum haben abhalten können, repräsentierten allerdings weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten die gesamte Bevölkerung der beiden Oblaste.²¹⁴¹ Von insgesamt 53 Verwaltungsbezirken wurden lediglich in 17 Städten Abstimmungen vorgenommen.²¹⁴² Die Durchführung der Referen-

²¹³⁶ Itar-Tass: „Провозглашенные Донецкая и Луганская народные республики объединились в Новороссию“ 24.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1213304> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹³⁷ Die Welt: „Osten der Ukraine stimmt über Abspaltung von Kiew ab“ 11.05.2014 <http://www.welt.de/newsticker/news1/article127868630/Osten-der-Ukraine-stimmt-ueber-Abspaltung-von-Kiew-ab.html>; Süddeutsche Zeitung: „Selbst im Osten wollen 70 Prozent eine einheitliche Ukraine“ 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658-2>; Pleines, Heiko (2014): Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk. Bundeszentrale für politische Bildung 16.05.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/184520/analyse-die-referenden-in-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 27.11.2014).

²¹³⁸ Zitiert in: Florian Hassel: „Die seltsamen Methoden der Separatisten“ Süddeutsche Zeitung 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658>; Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

²¹³⁹ Ebd.

²¹⁴⁰ Süddeutsche Zeitung: „Separatisten in Donezk bitten Russland um Aufnahme.“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-separatisten-in-donezk-bitten-russland-um-aufnahme-1.1958921> (Abgerufen am 27.11.2014).

²¹⁴¹ Die Welt: „Osten der Ukraine stimmt über Abspaltung von Kiew ab“.

²¹⁴² Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

den war nicht zuletzt angesichts der militärisch angespannten Lage fragwürdig. Aufgrund des bewaffneten Konfliktes konnte vermutlich nur ein Teil der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnehmen. In einigen Städten konnte wegen der Gefechte zwischen den Separatisten-Kämpfer und der Ukrainischen Streitkräfte keine Abstimmung stattfinden. Ebenfalls gibt es Berichte über die zu geringe Anzahl an Wahllokalen, was angesichts der Zugänglichkeit zur Abstimmung als problematisch gelten kann. Dennoch wurden „lange Schlangen“ vor den Wahllokalen von den Separatisten als Beleg für die hohen Wahlbeteiligungen betrachtet.²¹⁴³ Viele Wahllokale wurden von Bewaffneten überwacht, was eher von Mängeln der freien Meinungsäußerung als vom Fehlen einfacher Wahlmanipulationen zeugt. Vielerorts wurden mehrfache Stimmabgaben beobachtet, unter anderem weil keine internationalen Wahlbeobachter im Einsatz waren. Die Ergebnisse wurden allein von den lokalen Wahlkommissionen überprüft, was angesichts der Lage aber keineswegs die Legitimität der Abstimmung garantieren kann.²¹⁴⁴

Die „Volksgouverneure“ der beiden „Volksrepubliken“, Pawel Gubarew und Waleri Bolotow, ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um die Durchführung der Abstimmungen abzusichern. Dazu gehörte der Einsatz der „Armee des Südostens“ für die Sicherheit, die Werbung über die besetzten Fernsehtürme sowie Printmedien und letztlich die „Bestimmung“ der Gesamtheit der Wahlberechtigten über „offizielle“ Wählerlisten.²¹⁴⁵ Obwohl einigen Berichten zufolge die Informationskampagne nur etwa 2 Wochen gedauert hätte, war die Durchführung eines Referendums tatsächlich bereits Anfang April bekannt gegeben worden.²¹⁴⁶ Es wurde allerdings keine öffentliche Debatte zugelassen, Übertragungen vom gegnerischen Lager wurden abgeschaltet. Demonstrationen und Kundgebungen gegen eine Abspaltung wurden unterbunden.²¹⁴⁷ Der Bevölkerung wurde als Werbung für die Zustimmung ein Spot vorgespielt, in dem für das Leben „...Gemeinschaft von Russland, Weißrussland und Kasachstan... in einem friedlichen, multinationalen Staat... ohne faschistische Grundsätze“ geworben wurde.²¹⁴⁸

Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahl zeigten, dass eine Unterstützung der Abspaltung im Osten der Ukraine bei höchstens 30% lag, weil sich 70% der Bevölkerung für eine einheitliche Ukraine ausgesprochen hatten.²¹⁴⁹ Sowohl die fehlende Statistik als auch die Kriegstätigkeit hinderten Schätzungen über die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung. Wenn man dem Ukrainischen Innenministerium Glauben schenken darf, hatten lediglich 32% der Wahlberechtigten in Donezk und 24% der Wahlberechtigten in Luhansk an dem jeweiligen Referendum teilgenommen.²¹⁵⁰ Doch neben Zweifeln an den offiziellen Ergebnissen der DNR und LNR bestehen weitere Kritikpunkte an den Referenden als Legitimationsgrundlage: die fehlende völkerrechtliche Anerkennung, die kurzen Fristen und die schlechte bzw. einseitige Informiertheit der Bevölkerung, die gleichzeitig stattfindende

²¹⁴³ Ebd.

²¹⁴⁴ Ebd.

²¹⁴⁵ Ebd.

²¹⁴⁶ Gazeta.ru: „Донецкая народная республика“ начала формировать ЦИК для референдума“ 10.04.2014 http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/04/10/n_6074869.shtml (Abgerufen am 27.11.2014).

²¹⁴⁷ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

²¹⁴⁸ Zitiert aus: Ebd.

²¹⁴⁹ Süddeutsche Zeitung: „Selbst im Osten wollen 70 Prozent eine einheitliche Ukraine“

²¹⁵⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Kriegstätigkeit und der Verdacht auf massive Wahlmanipulationen. Angesichts dessen kann resümiert werden, dass die Lokalreferenden keine echte Legitimationsgrundlage der DNR und LNR liefern konnten.

Am 2. November 2014 wurden in DNR und LNR Wahlen abgehalten, bei denen jeweils eine Volksvertretung (Parlament) und ein Staatsoberhaupt (Präsident) gewählt wurden.²¹⁵¹ Die Presse in Russland meldete den Sieg für die Separatisten und für die jeweiligen Premierminister Aleksandr Zachartschenko in Donezk und Igor Plotnizkij in Luhansk.²¹⁵² Die offiziellen Ergebnisse lauteten 75% Zustimmung für Zachartchenko und 63% Zustimmung für Plotnizki. In Donezk hatten etwa 1 Million Personen und in Luhansk etwa 600 000 Personen ihre Stimme abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 85% in Donezk und 68% in Luhansk entsprechen würde.²¹⁵³ Gleichzeitig kamen die von ihnen geführten Parteien in beiden Parlamenten auf über zwei Drittel der Stimmen.²¹⁵⁴ Damit sahen die Separatistenführer der DNR und LNR ihren Machtanspruch formal durch das Volk bestätigt.²¹⁵⁵ Jedoch gab es auch bei diesen Wahlen eine Reihe von Kritikpunkten, sowohl was die Legitimität als deren Durchführung anbelangte. Formal war allein die Ausrufung einer „Volksrepublik“ mit der ukrainischen Verfassung nicht vereinbar, da die territoriale Struktur nur vom nationalen Parlament – also der Werhowna Rada in Kiew – verändert werden kann.²¹⁵⁶ Damit konnten auch die Wahlen vom 2. November nicht als legal gelten. Wie bereits bei den Referenden im Mai 2014, gab es den Verdacht auf mehrmalige Stimmabgabe. Durch die fortdauernde Kriegstätigkeit war es zudem unmöglich, die tatsächliche Gesamtheit der Stimmberechtigten zu erfassen. Schätzungsweise hatten zwischen 15% und 30% der Bevölkerung die umkämpften Gebiete verlassen. Für die Teilnahme an der Wahl reichte eine Registrierung als Bewohner der jeweiligen „Volksrepublik“, was mutmaßlich von russischen Staatsbürgern genutzt wurde, um an den Wahlen teilzunehmen. Diese Möglichkeiten der falsifizierten Wählerschaft wurden durch fehlende oder unvollständige Wählerverzeichnisse weiter erweitert.²¹⁵⁷ Im Vorfeld der Wahlen bestand zudem keinerlei politischer Wettkampf. Meldungen zufolge wurden keine pro-ukrainischen politischen Kräfte zur Wahl zugelassen.²¹⁵⁸ Die (einzigen) Kandidaten repräsentierten ausschließlich die Separatisten.²¹⁵⁹ Die Ukraine erkannte die Wahl und deren Ergebnisse nicht an, ebenso wenig wie die westlichen Staaten. Russland gab an das „Ergebnis zu respektieren“, ohne es jedoch formal anzuerkennen.²¹⁶⁰

²¹⁵¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten 05.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194647/analyse-wahlen-in-den-separatistengebieten> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹⁵² RIA-Novosti: „Итоги выборов в ДНР и ЛНР“ 03.11.2014 <http://ria.ru/infografika/20141103/1031547731.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹⁵³ Ebd.; Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

²¹⁵⁴ Ebd.

²¹⁵⁵ Spiegel Online: „Umstrittene Abstimmung in Ostukraine: ‚Republikchefs‘ inszenieren ihre Legitimation“ 02.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ost-ukraine-separatisten-lassen-republikchefs-waehlen-a-1000592.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹⁵⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

²¹⁵⁷ Ebd.

²¹⁵⁸ Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“ 03.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-alexander-sachartschenko-gewinnt-umstrittene-wahl-a-1000654.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

²¹⁵⁹ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

²¹⁶⁰ Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“.

8.3.4 Der institutionelle Aufbau der abtrünnigen Gebiete – Chance aufs Überleben?

8.3.4.1 Die Krim – Teil des Größeren

Der institutionelle Aufbau der Krim als Autonome Republik erlaubte prinzipiell zu jeder Zeit der Existenz eine eigenständige Verwaltung des Gebietes auf der Halbinsel. Die ersten Verwaltungsorgane wurden bereits im Jahr 1938 situiert, als die Krim noch unter der Jurisdiktion des RSFSR stand. Dabei hielt das gesetzgebende Organ – der Oberste Sowjet der Krim –, ASSR, seine erste Sitzung am 21. Juli 1938.²¹⁶¹ Zuvor erfolgte die Verwaltung der ASSR durch das Zentrale Exekutivkomitee der KPdSU.²¹⁶² Während der Zeit als Oblast innerhalb des RSFSR und später der Ukrainischen SSR wurde die sozialistische Repräsentation der Bevölkerung vom Krimer Oblast-Sowjet der Volksdeputaten (Крымский областной Совет народных депутатов), bis 1977 noch Krimer Oblast-Sowjet der Deputaten der Arbeiter (Крымский областной Совет депутатов трудящихся), wahrgenommen.²¹⁶³ Als Autonome Republik Krim innerhalb der unabhängigen Ukraine ab dem Jahr 1991 beruhte der institutionelle Aufbau auf der Verfassung der Ukraine sowie der Verfassung der AR Krim aus den Jahren 1996 und 1998.²¹⁶⁴ Entsprechend wurde das gesetzgebende Organ (früher der Oblast-Sowjet) in den Obersten Sowjet der ASSR Krim umgewandelt, später in den Obersten Sowjet der AR Krim umbenannt.²¹⁶⁵

Das gesetzgebende Organ bestand ab 1991 aus 100 Sitzen und wurde mittels einer direkten, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahl für 5 Jahre gewählt. Insgesamt sind während der Zeit 1991 bis 2014 sechs Zusammensetzungen in den Obersten Sowjet in Simferopol eingezogen. Die Arbeit des Sowjets wurde durch das Präsidium koordiniert, dessen Vorsitz vom Sprecher des Obersten Sowjets eingenommen wurde. Die Arbeit des Gremiums wurde mittels permanenter Ausschüsse gewährleistet. Die Zusammensetzung der Fraktionen im Gremium zeigte über die Jahre zwar ein gemischtes, aber angesichts der Repräsentationsverhältnisse der alten und neuen Eliten bzw. der Russen und anderer Nationalitäten dennoch ein relativ einheitliches Bild: Während der ersten Legislaturperiode 1991 bis 1994 hielten die Kommunistische Partei sowie die „Parteiloosen“ (bzw. die „Unabhängigen“) die Mehrheit, in der zweiten Zusammensetzung hatte

²¹⁶¹ Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. Справочник по истории Коммунистической партии и Советского Союза 1898-1991. unter: http://www.knowbysight.info/1_RSFSR/04035.asp (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁶² Ebd.

²¹⁶³ Закон СССР от 7 октября 1977 г. N 6367-IX "О порядке введения в действие Конституции (Основного Закона) СССР" (с изменениями и дополнениями). Москва, Кремль, 7 октября 1977 г. N 6367-IX.

²¹⁶⁴ ЗАКОН УКРАЇНИ Про прийняття Конституції України і введення її в дію (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, N 30, ст.142); КОНСТИТУЦІЯ АВТОНОМНОЇ РЕСПУБЛІКИ КРИМ Принята Верховним Советом Крима 1 ноября 1995 года.

²¹⁶⁵ ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля, 1991. с. 216.; Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 19-1; Закон Украины от 21.09.1994 № 171/94-ВР.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

die Medschlis der Krimtataren – eine Exekutivkörperschaft des krimtatarischen Volkes – als drittgrößte Fraktion 16 Sitze.²¹⁶⁶ Die Mehrheit behielt diesmal der Block „Rossija“ unter dem Vorsitz des radikal gestimmten ehemaligen Präsidenten der Krim, Jurij Meschkow.²¹⁶⁷ Während der nachfolgenden zwei Legislaturperioden bis 2006 erhielten stets die „Parteilosen“ zusammen mit der Kommunistischen Partei die Mehrheit der Sitze.²¹⁶⁸ Damit war die Volksvertretung der AR Krim bis 2006 deutlich pro-russisch bzw. für die alte Ordnung gestimmt. Ein etwas höherer Grad an Pluralismus kam erst nach den Wahlen 2006 auf, als neben der „Partei der Regionen“ als neue „Partei der Macht“ mit 45 Sitzen auch BJuT und Ruch mit zusammen 18 Sitzen in den Rat kamen. Dieser Hauch einer Opposition wurde allerdings von den restlichen pro-russischen bzw. pro-Janukowitsch Kräften, solchen wie den Kommunisten oder der Partei „Sojuz“, weit überstimmt. Bei der letzten Wahl vor der Krise im Jahr 2010 siegte überdeutlich die „Partei der Regionen“ mit ganzen 83 Sitzen.²¹⁶⁹ Die Tätigkeit der sechsten Zusammensetzung des Obersten Sowjets der AR Krim wurde am 15. März 2014 von der Werhowna Rada der Ukraine, nach der am 11. März 2014 ausgerufenen Unabhängigkeit der Krim, für beendet erklärt.²¹⁷⁰

Trotz der formalen Beendigung des Mandates hat die letzte Zusammensetzung des Obersten Sowjets der AR Krim ihre Arbeit bis zu den Wahlen am 14. September 2014 fortgesetzt.²¹⁷¹ Die Bezeichnung des Gremiums wurde am 17. März 2014 mit der Begründung der ausgerufenen Unabhängigkeit und damit der Änderung des rechtlichen Status erneuert. Entsprechend sollte die gesetzgebende Versammlung fortan als Staatsrat der Republik Krim (Государственный Совет Республики Крым) bezeichnet werden.²¹⁷² Am 18. März 2014 wurde die Republik Krim als Subjekt in die Russische Föderation aufgenommen (das Prozedere wurde bereits beschrieben, s.o.), worüber ein bilaterales Abkommen zwischen Russland und Krim abgeschlossen wurde.²¹⁷³ Nachdem am 11. April 2014 die Verfassung der Krim verabschiedet wurde, greifen auch neue Bestimmungen für den Staatsrat: 75 Abgeordnete sollten auf 5 Jahre gewählt werden.²¹⁷⁴ Bei den ersten Wahlen am 14. September 2014 siegte eindeutig die Partei „Einiges Russ-

²¹⁶⁶ СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым I созыва (1990–1994); СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым II созыва (1994–1998)

²¹⁶⁷ ПРОГРАММА РЕСПУБЛИКАНСКОЙ ПАРТИИ КРЫМА (Партии РДК). ПРИНЯТА НА СЪЕЗДЕ РПК/РДК 27 НОЯБРЯ 1993 ГОДА.

²¹⁶⁸ СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым III созыва (1998–2002); СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым IV созыва (2002–2006).

²¹⁶⁹ СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым V созыва (2006–2010); Депутатский корпус Верховной Рады Автономной Республики Крым 2010–2015.

²¹⁷⁰ Верховная Рада Украины приняла Постановление «О досрочном прекращении полномочий Верховной Рады Автономной Республики Крым». Соответствующий проект постановления зарегистрирован под №4461, 15 марта 2014.

²¹⁷¹ Избирком Крыма утвердил итоги выборов в Госсовет. время публикации: 16 сентября 2014 г., последнее обновление: 16 сентября 2014 г.

²¹⁷² Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. Верховный Совет АРК переименован в Государственный Совет Республики Крым. Пресс-служба Государственного Совета Республики Крым. 17.03.2014.

²¹⁷³ Федеральный конституционный закон Российской Федерации от 21 марта 2014 года № 6-ФКЗ «О принятии в Российскую Федерацию Республики Крым и образовании в составе Российской Федерации новых субъектов – Республики Крым и города федерального значения Севастополя». Дата создания: 21 марта 2014 года.

²¹⁷⁴ КОНСТИТУЦИЯ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ. Принята Государственным Советом Республики Крым. 11 апреля 2014 года.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

land“ mit 70 Sitzen, die Partei LDPR bekam die restlichen 5 Sitze.²¹⁷⁵ Damit blieb die repräsentative pro-russische Linie der Krimischen Volksvertretung erhalten. Die Ergebnisse wurden weder von der Ukraine noch von der westlichen Ländergemeinschaft (die EU und die USA) anerkannt. Formal behandelte die Ukraine das Territorium der Krim nach dem 11. März 2014 als „temporär okkupiert“.²¹⁷⁶

Die Exekutive auf der Krim war während der Zeit als Autonome Republik innerhalb der Ukraine durch den Rat der Minister – Совет министров – vertreten.²¹⁷⁷ Dieser wurde vom Obersten Sowjet der AR Krim für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. Der Vorsitzende des Rates war gleichzeitig der Regierungschef und wurde vom Obersten Sowjet der AR Krim in Absprache mit dem Präsidenten der Ukraine ernannt. Diese Absprache wurde aber erst im Jahr 1996 eingefügt, davor oblag die Entscheidung über die Ernennung allein dem Obersten Sowjet der Krim bzw. dessen Vorsitzendem in Absprache mit dem Obersten Sowjet. Der Rat der Minister der AR Krim wurde erstmals im März 1991 formiert, infolge der Umbenennung des Exekutivkomitees der Oblast Krim (als Exekutivorgan während der Sowjetzeit).²¹⁷⁸ Während der Ereignisse des Jahres 2014 wurde die Exekutive der Republik Krim durch den Rat der Minister wahrgenommen. Die Ernennung des Kabinetts erfolgte auf Vorschlag des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, was vom Staatsrat der Republik bestätigt werden musste. Der Vorsitzende des Rates der Minister wurde vom Oberhaupt der Republik vorgeschlagen und vom Parlament der Krim bestätigt. Die Geschäftsführung der Exekutive wurde demnach vom Vorsitzenden des Rates der Minister übernommen, dessen Person auch gleichzeitig als Oberhaupt der Republik fungieren konnte.²¹⁷⁹ Seit 27. Februar 2014 hatte Sergej Aksjonow dieses Amt inne.²¹⁸⁰ Dessen Wahl wurde national und international massiv kritisiert, da sie unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist.²¹⁸¹ Die Wahl wurde von der ukrainischen Zentralregierung nicht anerkannt.²¹⁸² Die Tätigkeit der Exekutiven wurde seitens der ukrainischen Regierung mit der Beendigung der Tätigkeit des Obersten Sowjets der AR

²¹⁷⁵ Избирком Крыма утвердил итоги выборов в Госсовет. время публикации: 16 сентября 2014 г., последнее обновление: 16 сентября 2014 г.

²¹⁷⁶ Верховная Рада Украины приняла Закон «Об обеспечении прав и свобод граждан и правовом режиме на временно оккупированной территории Украины» Информационное управление. 15 апреля 2014.

²¹⁷⁷ Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. КОНСТИТУЦИЯ АВТОНОМНОЙ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ Принята Верховным Советом Крыма 1 ноября 1995 года; КОНСТИТУЦИЯ УКРАИНЫ (Ведомости Верховной Рады Украины (ВВР Украины), 1996, № 30, ст. 141.

²¹⁷⁸ ЗАКОН КРЫМСКОЙ АВТОНОМНОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ Об органах государственной власти Крымской Автономной Советской Социалистической Республики (ВВСК, 1991-1992 гг., N 2, ст. 85).

²¹⁷⁹ КОНСТИТУЦИЯ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ. Принята Государственным Советом Республики Крым. 11 апреля 2014 года.

²¹⁸⁰ RIA-Novosti: „Сергей Аксенов вступил в должность главы Республики Крым“ 09.10.2014 http://ria.ru/crimea_today/20141009/1027556017.html (Abgerufen am 25.11.2014).

²¹⁸¹ Raniah Salloum: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“ Spiegel Online 05.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-aksjonow-er-soll-es-fuer-putin-auf-der-krim-richten-a-956669.html> (Abgerufen am 26.11.2014 und 01.12.2014).

²¹⁸² Obozrevatel: „Турчинов издал указ о незаконности избрания нового премьера Крыма“ 01.03.2014 <http://obozrevatel.com/politics/08249-turchinov-izdal-ukaz-o-nezakonnosti-izbraniya-novogo-premera-kryima.htm> (Abgerufen am 27.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Krim am 15. März 2014 ohnehin formell beendet.²¹⁸³ Als „Republik Krim“ unter Russland existierte die Exekutive allerdings weiter.

Die formale Vollständigkeit der Gewaltenteilung auf der Krim war schließlich durch das Vorhandensein der Judikative gegeben. Diese unterlag während der Zeit als Autonome Republik Krim der ukrainischen Jurisdiktion und war in mehrere Instanzen unterteilt – administrative Ebene, Ebene der Schiedsgerichte sowie die Ebene des Apellationsgerichtes der AR Krim.²¹⁸⁴ Diese Instanzen unterlagen ihrerseits den obersten Gerichten der Ukraine.²¹⁸⁵ Nach den Ereignissen des Jahres 2014 unterlag die Judikative nun formal – wiederholt ohne Zustimmung der Ukraine – der Jurisdiktion der Russischen Föderation. Die Struktur ist in etwa gleich geblieben, hinzugekommen sind neue Posten der Weltrichter.²¹⁸⁶ Dabei hat sich der gesamte Übergang von einem Rechtssystem in ein anderes insgesamt als problematisch erwiesen. Schwierigkeiten entstanden bei Kleinigkeiten, wie der Höhe der Gebühren, und endeten auch nicht bei der Staatsangehörigkeit und der juristischen Ausbildung der Richter und des juristischen Personals.²¹⁸⁷ Die Übergangszeit hatte die Führung Russlands bis zum 1. Januar 2015 festgesetzt.²¹⁸⁸

Die Ereignisse auf dem Majdan in Kiew im Winter 2014 offenbarten die Schwäche des institutionellen Gefüges der Krim, die gepaart mit der prekären ethnisch-nationalen Situation zu einem Zusammenbruch führte. Mit dem Sturz Wiktor Janukowitschs übernahm die Partei „Russische Einheit“ (Русское единство) quasi die Führungsrolle auf der Krim. Deren Vorsitzender Sergei Aksjonow, der am 27. Februar 2014 unter äußerst umstrittenen Umständen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, leitete als erste politische Aktion prompt die Annäherung an Moskau ein.²¹⁸⁹ Dass ein zuvor relativ unbedeutender Politiker aus dem russischen Lager dermaßen schnell an die Spitze der Krim-Regierung kommen konnte, zeigt, dass das institutionelle Gefüge dem Druck von außen (seitens Russlands) nicht standhalten konnte. Zusätzlich wurde durch Demonstrationen in Simferopol der angebliche Willen der gesamten Bevölkerung der Krim repräsentiert, obwohl nur ein Teil für die Änderung der Herrschaftsverhältnisse auftrat. Am 26. Februar hatten „Selbstverteidigungskräfte“ die Gebäude des Krim-Parlaments besetzt. Ebenfalls wurden am 26. Februar 2014 im Zuge der Zusammenstöße zwischen den russischen und krimtatarischen Demonstranten zwei Menschen getötet und weitere 30 verletzt. Dabei demonstrierten die Krimtataren gegen die pro-russische Stimmung und die Pläne des Separatismus, während russische Demonstranten die politische Richtung (Russland) der neuen Führung unterstützten.²¹⁹⁰ Am 27. Februar 2014 votierte der be-

²¹⁸³ Верховная Рада Украины приняла Постановление «О досрочном прекращении полномочий Верховной Рады Автономной Республики Крым». Соответствующий проект постановления зарегистрирован под №4461, 15 марта 2014.

²¹⁸⁴ Nedicom.ru: Суды Крыма. http://nedicom.ru/sudi_krima (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁸⁵ Органы судебной власти. http://www.kmu.gov.ua/control/ru/publish/officialcategory?cat_id=33689 am 21.10.2014 (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁸⁶ Nedicom.ru: Суды Крыма.

²¹⁸⁷ Харитонов, Алексей: „Судебный коллапс в Республике Крым: проблемы и перспективы“ ИНИУРПОЛИС http://www.ilf-ua.com/ru/publications/articles/sudebnyi_kollaps/ am 21.10.2014 (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁸⁸ Ebd.

²¹⁸⁹ Salloum, Raniah: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“.

²¹⁹⁰ Snob.ru: «В Симферополе во время митингов погибли двое» 27.02.2014 <http://snob.ru/selected/entry/72653> (Abgerufen am 29.11.2014).

setzte Oberste Sowjet für die Absetzung des pro-ukrainischen Ministerpräsidenten Anatonij Mohylew und für die Besetzung des Postens durch Sergej Aksjonow.²¹⁹¹ Das Abstimmungsergebnis lautete offiziell 53 von 100 „Für“-Stimmen, was aufgrund der Besetzung des Gebäudes nicht offiziell bestätigt werden konnte.²¹⁹² Begleitet wurde die Wahl von der militärischen Besetzung der Krim durch Militärkräfte ohne Hoheitszeichen, die sich später bekanntlich als Russlands Militärangehörige zu erkennen gegeben haben.²¹⁹³ Mit Aksjonows Machtübernahme konnte der Russland-Kurs der Krim ohne nennenswerte Widersetzung durchgesetzt werden und markierte die bis heute endgültige Hoheit Russlands über dieses Gebiet. Da die Krim nach der Eingliederung *de facto* zu Russland gehörte und die Institutionalisierung bereits quasi-abgeschlossen ist, stehen die „Überlebenschancen“ außerhalb der Ukraine gut.

8.3.4.2 Donezk, Luhansk und der Donbass – Volksrepubliken ohne Volk und ohne Republik?

Wie in anderen Oblasten, die nicht wie die Krim autonome Rechte genossen, wurde die Leitung der Oblaste Donezk und Luhansk verfassungsgemäß von einem vom Präsidenten der Ukraine ernannten Gouverneur übernommen. Die Kompetenzen des Gouverneurs waren klar begrenzt und definiert, ebenso wie die regionale Teilung der Ukraine klar den Prinzipien eines zentralstaatlichen Aufbaus unterlag. So hatte der Präsident der Ukraine das Recht, die Beschlüsse der Gouverneure zu annullieren, falls diese dem ukrainischen Recht widersprachen.²¹⁹⁴ Die lokale Vertretung der lokalen Gebietskörperschaften übernahm der Rat der Oblast (Областной совет), und die exekutive Gewalt wurde durch die vom Gouverneur ernannte Administration übernommen. Diese Gewaltenteilung blieb während der Krise 2014 bestehen, auch wenn Teile der Oblaste, die nun als DNR und LNR einseitig abtrünnig waren, eigene Organe aufgebaut haben. Die Hauptstädte der Oblaste konnten seit April 2014 nicht mehr aus den Städten Donezk bzw. Luhansk regiert werden und wurden deswegen nach Kramatorsk (Oblast Donezk) bzw. Sewerodonezk (Oblast Luhansk) verlegt.²¹⁹⁵ Wie die Ergebnisse der Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen bis 2012 gezeigt haben, waren die zwei Oblaste stets von der KPU bzw. den Sozialisten oder später der „Partei der Regionen“ dominiert. Zuletzt

²¹⁹¹ Vgorode.ua: „Что сейчас происходит в Крыму: хроника событий 20-27 февраля“ 27.02.2014 <http://crimea.vgorode.ua/news/sobytyia/212534-chto-seichas-proyskhodyt-v-krymu-khronyka-sobytyi-20-27-fevralia> (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁹² Michael König: „Putins böser ‚Kobold‘“ Süddeutsche Zeitung 17.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-premier-sergej-aksjonow-putins-boeser-kobold-1.1914679> (Abgerufen am 26.11.2014).

²¹⁹³ Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

²¹⁹⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

²¹⁹⁵ МК.ру: „Столица Донецкой области переезжает в Краматорск“; Vesti Ukraina: „Москаль решил перенести столицу Луганской области в Северодонецк“ 19.09.2014 <http://vesti-ukr.com/donbass/70127-moskal-reshil-perenesti-stolicu-luganskoj-oblasti-v-severodoneck> (Abgerufen am 28.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

hatte die „Partei der Regionen“ bei den lokalen Wahlen 2010 in Donezk und Luhansk überwältigende Mehrheiten von über 80% der Sitze erzielt.²¹⁹⁶

Aus den ehemaligen Vertretungen der staatlichen Gewalt in den Zentren Donezk und Luhansk haben die Separatistenführer neue Organe der staatlichen Gewalt formiert. Die selbstproklamierten Gremien haben Verfassungen verabschiedet, die in Donezk am 14. Mai und in Luhansk am 18. Mai 2014 in Kraft gekommen sind.²¹⁹⁷ Die Bestimmungen waren einander sehr ähnlich: Die legislative Macht der selbsternannten Volksrepubliken wurde demnach zwischen dem Oberhaupt und dem Obersten Sowjet bzw. der Republikanischen Versammlung (in den Medien wurden beide Bezeichnungen verwendet) geteilt. Das Donezker Gremium sollte dabei 100 und das Luhansker Gremium 50 Abgeordnete zählen. Zudem sollte aus der Gesamtheit der Delegierten der gesetzgebenden Obersten Sowjets ein Ministerkabinettt geformt werden, desse Vorsitzende quasi-parallel mit dem Oberhaupt die Exekutivgewalt leiten sollte.²¹⁹⁸ Damit konnten die selbsternannten Volksrepubliken formal als semi-präsidentielle Systeme gelten. Zusätzlich beinhaltete die Verfassung der DNR die Klausel, wonach die „Volksrepublik“ als Teil eines anderen föderalen Staates existieren konnte.²¹⁹⁹ Damit wäre ein Weg in die Russische Föderation, aber auch der Verbleib in einer föderalisierten Ukraine möglich gewesen.

Im September 2014 hat die Werhowna Rada der Ukraine unter der Anführung des Präsidenten Petro Poroschenko zwei Gesetze verabschiedet, mit denen auf die Forderungen des Ostens der Ukraine eingegangen wurde. Die Herausarbeitung der Gesetze wurde am 5. September 2014 im Laufe der Minsker Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern der Ukraine, Russlands und der Separatistenführer von DNR und LNR beschlossen. In dem entsprechenden Protokoll haben sich die Parteien darauf geeinigt, dass das ukrainische Parlament Gesetze erlassen sollte, welche die „Gewährleistung der Durchführung vorgezogener Lokalwahlen in Übereinstimmung mit dem ukrainischen Gesetz „Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk“ (Gesetz über den besonderen Status)“ regeln.²²⁰⁰ Damit wurde die Werhowna Rada aufgefordert, entsprechende Normen zu verabschieden, welche eine Föderalisierung des Landes bedeutet hätten. Der Forderung kam das ukrainische Parlament am 16. September 2014 nach.²²⁰¹ Als Erstes wurde eine Amnestie beschlossen, die den Beteiligten an den Protesten und sonstigen Ereignissen in

²¹⁹⁶ Денисов, Денис Олегович: „Результаты региональных выборов на Украине: укрепление вертикали власти или тенденции федерализации страны“ Институт стран СНГ/Materik.ru: <http://www.materik.ru/problem/detail.php?ID=11544&print=Y> (Abgerufen am 20.11.2014).

²¹⁹⁷ Itar-Tass: „Главой провозглашенной Луганской народной республики избран Валерий Болотов“ 18.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1195149> ; Korrespondent.net: „Самопровозглашенная ДНР приняла Конституцию“ 16.05.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3363989-samoprovozghlashednnaia-dnr-pryniala-konstytutsiyu> (Abgerufen am 29.11.2014).

²¹⁹⁸ RIA-Novosti: «Премьер Захарченко выиграл выборы главы ДНР».

²¹⁹⁹ Korrespondent.net: „Самопровозглашенная ДНР приняла Конституцию“.

²²⁰⁰ Zitiert aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten; Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014 17.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014> (Abgerufen am 28.11.2014).

²²⁰¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Donezk und Luhansk eine Strafverfolgung erließ.²²⁰² Zweitens wurde der „Sonderstatus“ der Regionen Donezk und Luhansk beschlossen, wonach nicht nur die Nutzung der russischen Sprache erlaubt wurde, sondern auch breitere Rechte in den Bereichen der Ökonomie und des Sozialwesens, aber auch in Bezug auf die Beziehungen zu Russland zugestanden wurden.²²⁰³ Für den 7. Dezember 2014 wurden im Gesetz Wahlen angesetzt, bei denen die lokalen Parlamente sowie die Bürgermeister in den besetzten Gebieten gewählt werden sollten. Diese gewählten Vertreter sollten anschließend die Ausgestaltung des Status der Regionen mit den zentralen Machträgern in Kiew verhandeln.²²⁰⁴ Die Entscheidung wurde weder von der „Vaterland“-Partei des Premiers Arsenij Jazenjuk noch von „Swoboda“ unterstützt. Die Anführer der DNR und LNR nannten die Gesetze zunächst „einen Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung“ des Konfliktes.²²⁰⁵ Dennoch widersetzten sich die Separatistenführer den Gesetzen, indem am 2. November 2014 die „Volksrepubliken“ ihre eigenen Wahlen veranstalteten.²²⁰⁶ Da die beiden „Volksrepubliken“ bis dahin international nicht anerkannt waren, gehörten die beiden Oblaste nach wie vor dem ukrainischen Staatsgebiet an und unterlagen damit der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine, womit die Wahlen am 2. November 2014 illegal waren.²²⁰⁷

Reaktionen der russischen bzw. der ukrainischen Führung auf die Wahlen vom 2. November waren gegensätzlich. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bezeichnete die Wahlen als „Farce“ und prangerte ihre Durchführung unter Einsatz von militärischer Bedrohung an. Ebenfalls betonte er die Illegitimität der Wahlen.²²⁰⁸ Russland hat seinerseits die Kriegstätigkeit der ukrainischen Armee „gegen das eigene Volk“ kritisiert und angegeben, die Ergebnisse der Wahlen zu respektieren, jedoch ohne Absicht auf Annexion à la Krim.²²⁰⁹ Die Separatisten, bekräftigt von der offiziellen Position der Russischen Föderation, beriefen sich auf die Nicht-einhaltung der Fristen seitens der Kiewer Regierung, die in den Vereinbarungen von Minsk festgelegt worden seien. Ebenfalls seien in den von Kiew verabschiedeten Gesetzen nicht explizit die Territorien genannt, auf die sich die Gesetze vom 16. September bezogen. Schließlich würde die Ukrainische Armee nach wie vor die Gebiete des Donbass beschießen, was einen Vertragsbruch darstellen würde, so die Führung der „Volksrepubliken“.²²¹⁰

²²⁰² RIA-Novosti: „Трудности статуса: парламент Украины принял законы о Донбассе“ 16.09.2014 <http://ria.ru/world/20140916/1024369226.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²⁰³ Bundeszentrale für politische Bildung; Dokumentation: Gesetz über Sonderstatus einzelner Bezirke von Donezk und Luhansk 16.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191801/dokumentation-gesetz-ueber-sonderstatus-einzelner-bezirke-von-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²⁰⁴ Ebd.

²²⁰⁵ Ebd.

²²⁰⁶ Spiegel Online: „Umstrittene Abstimmung in Ostukraine: ‚Republikchefs‘ inszenieren ihre Legitimation“.

²²⁰⁷ Bundeszentrale für politische Bildung; Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

²²⁰⁸ Bundeszentrale für politische Bildung; Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien 05.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194648/dokumentation-stellungnahmen-zu-separatisten-wahlen-der-beiden-minsker-friedensverhandlungen-vertretenen-parteien> (Abgerufen am 01.12.2014).

²²⁰⁹ Sputnik news: „Kreml zur Wahl im Donbass: ‚Respektieren‘ bedeutet nicht ‚anerkennen‘“ 07.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141107/269955310.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²¹⁰ Bundeszentrale für politische Bildung; Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Tatsächlich beinhaltet die schriftliche Form der Friedensvereinbarung keinen konkreten Zeitrahmen für die Durchführung der Wahlen.²²¹¹ Die Punkte 3 und 6 der Vereinbarung, bezüglich der Dezentralisierung sowie der Verfolgung der Protestbewegungen, hat die Kiewer Regierung mit den Gesetzen vom 16. September 2014 erfüllt, obwohl im Wortlaut des Gesetzes tatsächlich nur von „bestimmten Bezirken“ (ohne konkrete Benennung) in den Oblasten Donezk und Luhansk die Rede ist.²²¹² Dies kann aber höchstens als Ungenauigkeit und weitaus weniger als Vertragsbruch aufgefasst werden.

Dass DNR und LNR nach wie vor in einem „unklaren“ völkerrechtlichen Status schweben, ist nicht zuletzt auf die Politik Russlands zu schieben. Einerseits hat Russland den beiden Gebieten keine Zusage für eine Angliederung nach Vorbild der Krim gemacht. Somit konnten die Gebiete der DNR und LNR ab einem gewissen Zeitpunkt von ihrem *status quo* als abtrünnige Gebiete nicht abrücken. Andererseits hat die Führung Russlands stets die Unterstützung der „sootchestvenniki“ bekräftigt.²²¹³ Es kann allerdings nicht als sicher gelten, dass die Bevölkerung, also die besagten „sootchestvenniki“ in DNR bzw. LNR, hinter der Führung der beiden „Volksrepubliken“ standen. Definitiv lässt sich nur sagen, dass nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die politische Führung der DNR und LNR unterstützt, die Unterstützung allerdings über „wenige Kollaborateure“ hinaus geht.²²¹⁴ Im Zuge des bewaffneten Konfliktes ist die allgemeine Verurteilung der ukrainischen Zentralführung gestiegen, da der Armeeinsatz als Affront gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete betrachtet wird. Welche Teile der Bevölkerung zu welchem Zeitpunkt für einen Anschluss an Russland bzw. für den Verbleib in der Ukraine votiert hätten, lässt sich nicht verlässlich rekonstruieren. In jedem Fall eint sich die Bevölkerung immer mehr in Richtung Frieden, egal unter welcher politischen Führung.

8.4 Militärische Präsenz und der Patron-Staat

Die zwei Kriterien – militärische Präsenz und der „Patron-Staat“ – hängen in den Konflikten auf der Krim sowie in Donezk und Luhansk unmissverständlich zusammen. Denn eine militärische Präsenz wurde in beiden Fällen seitens des Patron-Staats Russland unterstützt bzw. offen gewährleistet. Allein die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bestätigte schon den doppelten Tatbestand des Patron-Staates

²²¹¹ OSZE: Das Protokoll der Friedensvereinbarung in russischer Sprache unter: <http://www.osce.org/ru/home/123258?download=true> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²¹² Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Gesetz über Sonderstatus einzelner Bezirke von Donezk und Luhansk; Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Amnestiegesetz für Teilnehmer der Ereignisse in den Regionen Donezk und Luhansk 16.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191802/dokumentation-amnestiegesetz-fuer-teilnehmer-der-ereignisse-in-den-regionen-donezk-und-luhansk> (Originaltext auf Ukrainisch: Верховна Рада України ухвалила Закон „Про особливий порядок місцевого самоврядування в окремих районах Донецької та Луганської областей“ 16.09.2014 <http://rada.gov.ua/news/Novyny/Povidomlennya/97810.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²¹³ Vgl. hierzu: Jahn, Egbert (2015): Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Osteuropa 3. S. 29-30.

²²¹⁴ Jahn, Egbert (2015): Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Osteuropa 3. 25-45, S. 29.

sowie dessen militärische Präsenz. Am 27. Februar 2014 hat Russland erstmals Fakten geschaffen, indem seine Truppen auf die Krim vorgedrungen sind, obgleich ohne Hoheitszeichen und deswegen im Alltagsdiskurs und in der Presse anfangs als „grüne Männchen“ (зелёные человечки) oder „höfliche Menschen“ (вежливые люди) bezeichnet.²²¹⁵ Die Militärkräfte gehörten zu Russland wie später vom russischen Präsidenten Wladimir Putin bestätigt wurde.²²¹⁶ Systematisch und innerhalb von knappen drei Wochen (s.o.) baute Russland seine militärische Basis auf der Krim aus und übernahm schließlich alle sich dort befindenden militärischen Stützpunkte.²²¹⁷ Die Legitimationsgrundlage für dieses Vorgehen hat Russland aus zwei Aspekten gezogen: Erstens berief sich die russische Seite darauf, dass reguläre Truppen per Vertrag die Erlaubnis hätten auf der Krim stationiert zu sein.²²¹⁸ Zweitens schaffte die politische Führung in Moskau kurz nach dem Einmarsch der „grünen Männchen“ auf der Krim eine rechtliche Grundlage: Der Föderationsrat der Russischen Föderation (bzw. die zweite Kammer des Parlaments) erteilte dem Präsidenten Putin auf sein Gesuch hin die Erlaubnis militärisch gegen die Ukraine vorzugehen „...bis die gesellschaftliche und politische Situation sich normalisiert hat.“²²¹⁹ In erster Linie waren damit die Truppenbewegungen auf der Krim erlaubt worden, mit der Begründung die dortigen „sootchestvenniki“, also Landleute und Mitbürger der Russischen Föderation „...vor der extraordinären Situation in der Ukraine“ zu beschützen.²²²⁰ Dies war die erste – und bis dato wichtigste – offene militärische Invasion Russlands in der Ukraine. Es folgte der bewaffnete Konflikt an der östlichen Grenze, wobei die Beteiligung Russlands an den dortigen Kriegshandlungen nie offiziell bestätigt wurde.

Im Laufe der Krim-Übernahme hielt der russische Präsident Putin zwei öffentliche Auftritte ab, bei denen er sein Vorgehen zu erklären und zu rechtfertigen suchte. Am 4. März 2014 fand eine Pressekonferenz in seiner Residenz im russischen Nowo-Ogarewo statt, bei der Putin die Aktion auf der Krim kommentierte. Hier verwendete er bezüglich der neuen Kiewer Führung Begriffe wie „verfassungswidrige Machtübernahme“ sowie „Teilung des Landes“ und „fehlende Legitimation der neuen Entscheidungsträger, außer des Parlamentes, das eine gewisse Legitimation besitzt“.²²²¹ Die Nutzung militärischer Gewalt gegen die Ukraine lehnte Putin „zunächst“ ab, obwohl er eine solche Möglichkeit einräumte.²²²² Als Begründung nannte er die Freizügigkeit von „Neonazis, Nationalisten und Antisemiten“ in Teilen des Landes, darunter in Kiew, welche die „Mitbürger und Landsleute“ in der Ukraine bedrohen könnten. Falls dabei die russischsprachige Bevölkerung, so Putin, „verfolgt, vernichtet oder missbraucht“ werden sollte, würde Russland

²²¹⁵ Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

²²¹⁶ Süddeutsche Zeitung: „Chronologie der Krim-Krise“ 27.02.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-krim-krise-umstrittene-halbinsel-1.1902662-3> (Abgerufen am 23.11.2014).

²²¹⁷ Süddeutsche Zeitung: „Nato-Oberbefehlshaber warnt vor Russlands ‚riesiger Streitmacht‘ an Grenze“ 23.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-angriff-auf-einen-der-letzten-ukrainischen-stuetzpunkte-1.1919456> (Abgerufen am 28.11.2014).

²²¹⁸ Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

²²¹⁹ Interfax: „Совет Федерации разрешил Путину ввести войска на Украину.“ 01.03.2014 <http://www.interfax.ru/russia/362043> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²²⁰ Ebd.

²²²¹ Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“ 04.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140304/998082399.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

²²²² FAZ: „Putin will ‚vorerst‘ keine Truppen in die Ukraine verlegen“ 04.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/putin-werden-vorerst-keine-truppen-verlegen-12830926.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

„nicht tatenlos zusehen“.²²²³ Die Ereignisse auf der Krim nannte er legitim und berief sich darauf, dass der dortige Machtwechsel den Vorschriften entsprach. Die militärischen Kräfte auf der Krim wurden von Putin als „verstärkte Selbstverteidigungskräfte“ bezeichnet, die nicht in Russland ausgebildet wurden. Ein Anschluss der Krim war demnach seitens Russlands zum damaligen Zeitpunkt nicht geplant.²²²⁴ Zwei Wochen später, am 18. März 2014, hielt Wladimir Putin eine Rede vor der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation, die anschließend über die Aufnahme der Krim als Föderationssubjekt entscheiden sollte. An erster Stelle nannte Putin die Ergebnisse des Krim-Referendums vom 16. März und bezeichnete die Zustimmung von 96% einen mehr als überzeugenden Ausdruck des Volkswillens.²²²⁵ Zur Begründung, weshalb die Krim zu Russland gehören sollte, erwähnte Putin die Übergabe des Jahres 1954, infolge derer „die Russen das größte geteilte Volk der Welt“ geworden sind. Der Zerfall der Sowjetunion führte dieses Schicksal fort, indem „Millionen Russen zu nationalen Minderheiten geworden sind.“²²²⁶ In diesem Zusammenhang sprach Putin auch von der Machtübernahme in Kiew, und zwar wiederholte er seine Argumentation vom 4. März, wonach in Kiew „Nationalisten, Antisemiten“ und diesmal auch „Russophoben“ mittels Staatscoup an die Macht gelangt seien.²²²⁷ Die Verabschiedung des Gesetzes zu regionalen Sprachen sei ein Beweis für diese Tendenzen, so Putin. Infolge der fehlenden Legitimation der Machtträger und aus Sorge um ihre Rechte und ihr Leben hätten sich die Bewohner der Krim und der Stadt Sewastopol an Russland gewandt. Diese Bitte könne nicht ignoriert werden, vor allem wenn es um ein Territorium ginge, das faktisch nur Russland angehören könnte – damit schloss Putin seine Argumentation ab.²²²⁸

Die militärische Intervention Russlands auf der Krim war durch erschwerte Bedingungen für die ukrainische Seite geprägt. Erstens erfolgte die Aktion am 27. Februar 2014 unerwartet und in den frühen Morgenstunden. Wenn Medienberichten Glauben geschenkt werden darf, so waren nicht einmal westliche Geheimdienste informiert, was wiederum von einer gründlichen Vorbereitung auf der Seite Russlands zeugt.²²²⁹ Zweitens war die russische Seite vermutlich über alle Einzelheiten der Ausrüstung und Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte bestens informiert, nicht nur was die Stationen auf der Krim betrifft. Eine Abschätzung der Verteidigungskapazität der Ukraine durfte für Russland nicht zuletzt aus dem Grund wenig problematisch gewesen sein, weil die Militäranlagen der Ukrainer allesamt aus dem sowjetischen Kontingent stammten.²²³⁰ Am 27. Februar leisteten die ukrainischen Streitkräfte auf der Krim wenig bis keinen Widerstand – Erklärungen reichen von der offensichtlichen Aussichtslosigkeit der Lage bis hin zum Schutz der eigenen Kräfte und Vermeidung von Blutvergießen.²²³¹ Die Vermutung liegt nahe, dass die Operation seitens Russlands genau auf die Spekulation

²²²³ Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“.

²²²⁴ Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

²²²⁵ Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti „Подписан договор о принятии Крыма и Севастополя в состав России“ 18.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140318/999999538.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

²²²⁶ Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

²²²⁷ Zitiert aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“.

²²²⁸ Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

²²²⁹ Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

²²³⁰ Ebd.

²²³¹ Ebd.

ausgelegt war, dass die militärischen Kräfte der Ukraine wenig Gegenwehr leisten würden. Dafür ist auch die geographische Lage der Krim „günstig“ – die Halbinsel kann vom Festland rasch quasi-abgeschnitten werden. Doch selbst im Falle eines militärischen Widerstandes wäre die russische Streitkraft zahlenmäßig und strategisch überwältigend gewesen. Welche die strategischen Überlegungen im Vorfeld auch gewesen sein mögen, der Plan der Übernahme wurde ohne größere Probleme umgesetzt: Die ganze Operation auf der Krim dauerte genau einen Monat – vom 27. Februar 2014, als um 4 Uhr morgens bewaffnete Männer ohne Hoheitszeichen die Verwaltungsgebäude in Simferopol besetzten, bis zum 28. März 2014, als Oleksandr Turtschinow eine Anordnung über den Abzug der verbliebenen ukrainischen Streitkräfte von der Krim unterschrieb.²²³² Die militärische Unterstützung des Patron-Staates Russland war auf der Krim demnach erfolgreich abgeschlossen.

Am 7. April 2014, nach der Erklärung der Oblast Donezk über die Eigenständigkeit als „Volksrepublik Donezk“, hat der stellvertretende Präsident Turtschinow einen Krisenstab einberufen und kurz darauf eine militärische Rückeroberung der Gebiete im Südosten der Ukraine gestartet.²²³³ Bis Ende April war es so weit, dass die Zentralregierung in Kiew angeben musste, die Situation in den Gebieten Donezk und Luhansk nicht mehr kontrollieren zu können.²²³⁴ Gleichzeitig mehrten sich in der ukrainischen und der westlichen Presse Meldungen darüber, dass die Separatisten des Südostens militärische Unterstützung aus der Russischen Föderation erhalten.²²³⁵ Russland wies die Vorwürfe über ein militärisches Eingreifen in der Ukraine vehement zurück und auch die Vertreter der Aufständischen meldeten wiederholt, dass Russland keine Partei in dem Konflikt sei.²²³⁶ Spätestens nach den Besetzungen der administrativen Gebäude in den Städten der südwestlichen Oblaste hat die ukrainische Zentralregierung endgültig die administrative Gewalt über diese Gebiete verloren. Durch die mutmaßliche militärische und personelle Ausrüstung aus Russland – die Aufständischen wurden häufig „terroristische Diversionsgruppen“ aus der Russischen Föderation genannt – wurde die ukrainische Regierung vor die Wahl gestellt: entweder die Sezession im Südosten unter Mitwirken Russlands zu akzeptieren, nachdem die Krim wenige Wochen zuvor bereits *de facto* annektiert wurde, oder die militärische Aktion im Südosten fortzuführen.²²³⁷ Die Wahl

²²³² Ebd.

²²³³ Interfax: „Турчинов ответит антитеррористической операцией на волнения востока Украины“ 07.04.2014 <http://www.interfax.ru/world/369971>; Vesti Ukraina: „Турчинов объявил о начале антитеррористической операции на юго-востоке Украины“ 07.04.2014 <http://vesti-ukr.com/strana/46250-turchinov-objavil-o-nachale-antiterroristicheskoy-operacii-na-yugo-vostoke-ukrainy> (Jeweils abgerufen am 29.11.2014).

²²³⁴ Unian.net: „Турчинов заявляет, что власть не контролирует ситуацию в Донецке“ 30.04.2014 УНИАН: <http://www.unian.net/politics/913278-turchinov-zayavlyayet-cto-vlast-ne-kontroliruet-situatsiyu-v-donetske.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²³⁵ Ulrich Krökel: „Russlands Aggression ist belegbar“ Die Zeit 15.04.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/russland-ukraine-osten-beteiligung-hinweise-beweise/komplettansicht> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²³⁶ Die Zeit: „Putin weist Vorwürfe der USA zurück“ 14.04.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/telefon-obama-putin>; kp.ru: „Командующий самообороной Славянска Игорь Стрелков: Задержанные наблюдатели – кадровые разведчики“ 26.04.2014 <http://www.kp.ru/daily/26225.7/3107725/>; Die Zeit: „Russlands OSZE-Botschafter weist Vorwurf der Ukraine-Invasion zurück.“ 28.08.2014 <http://www.zeit.de/news/2014-08/28/konflikte-russlands-osze-botschafter-weist-vorwurf-der-ukraine-invasion-zurueck-28143211> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

²²³⁷ Unian.net: „Турчинов заявляет, что власть не контролирует ситуацию в Донецке“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

fiel auf die zweite Variante, obwohl klar war, dass die Ukraine gegen die militärische Stärke Russlands nicht ankommen konnte.

Nikolay Mitrokhin fasst in seiner Analyse im Herbst 2014 den bewaffneten Konflikt im Südosten in drei Phasen zusammen, in denen die militärische Unterstützung der Separatisten im Osten durch Russland nach und nach offensichtlicher wird.²²³⁸ Die militärischen Einzelheiten sollen an dieser Stelle nicht ausführlicher dargelegt werden, wohl aber die mögliche Begründung der militärischen Aktion sowie die tatsächliche Teilnahme der lokalen Bevölkerung an dem bewaffneten Konflikt. In seiner Krim-Rede vom 18. März 2014 erklärte Wladimir Putin, dass Russland kein Interesse daran habe, eine Teilung der Ukraine herbeizuführen, und dass die territoriale Integrität des Landes respektiert werden würde. Der Krim würden demnach keine weiteren Territorien folgen, so Putin. Allerdings, so die Begründung des russischen Präsidenten, bräuchte die Krim eine „stabile Souveränität“, was die Ukraine nicht bieten könne.²²³⁹ Ob die Gebiete des Donbass diese nicht bräuchten, wurde dabei nicht erwähnt. Mit dieser Rede hat Putin den russischsprachigen Oblasten der Ukraine zwar eine Art Solidarität zugesprochen, doch kamen weder eine militärische Intervention noch ein Anschluss nach dem Muster der Krim in Frage. Da Russland demnach keinen „offenen“ militärischen Konflikt mit der Ukraine wollte, aber der russischsprachigen Bevölkerung seine Unterstützung zugesprochen hatte, wurde aus der Sezession in der Ostukraine ein „verdeckter“ militärischer Konflikt mit Russlands Beteiligung. Westliche Beobachter meldeten in jeder Phase des Konfliktes Bewegungen russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und schöpften Verdacht auf Militärtransporte, unter anderem aufgrund der Unübersichtlichkeit der russisch-ukrainischen Grenze in Donezk und Luhansk.²²⁴⁰ Russland wiederum dementierte und gab an, westliche Beobachter hätten nie brauchbare Beweise über einen militärischen Einsatz vorlegen können.²²⁴¹ Dies würde sowohl Waffenlieferungen als auch den Einsatz von Truppen betreffen.²²⁴² Kurzum: Russland hat die militärische Unterstützung der „Volksrepubliken“ in Donbass nie offiziell bestätigt, doch wurden die „pro-russischen Separatisten“ in der Öffentlichkeit überall als solche wahrgenommen.²²⁴³

²²³⁸ Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. Osteuropa 8. 3-16.

²²³⁹ Eigene Übersetzung aus: RIA-Novosti „Подписан договор о принятии Крыма и Севастополя в состав России“.

²²⁴⁰ Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 3-16.

²²⁴¹ RIA-Novosti DE: „OSZE-Beobachter: Keine Waffen aus Russland in die Ukraine tiert.“ 19.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140819/269334063.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁴² Ebd.; RIA-Novosti DE: „Lawrow: OSZE-Beobachter fixieren keine Truppenbewegungen an russisch-ukrainischer Grenze“ 18.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140818/269320306.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁴³ Die Wortwahl „pro-russische“ bzw. „prorussische Separatisten“ wurde von den deutschsprachigen (ebenso in englischsprachigen Medien als „pro-Russian“) Medien für die Aufständischen im Südosten der Ukraine verwendet. Damit sollte der Charakter der Sezession betont werden, welche nicht nur auf eine Abspaltung von der Ukraine abzielte, sondern explizit mit Russland in Verbindung gebracht werden sollte. In der russischen bzw. russischsprachigen Presse werden dieselben als „Aufständische“ (повстанцы) bezeichnet. Siehe zum Beispiel: Spiegel Online: „Prorussischer Aufstand: Ukraine bietet Separatisten Straffreiheit an“ 10.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-kiew-lockt-prorussische-separatisten-a-963626.html> (Abgerufen am 20.05.2014); Die Zeit: „Separatisten bestätigen prorussische Wahlsieger“ 03.11.2014 <http://www.zeit.de/politik/2014-11/ukraine-wahl-separatisten> (Abgerufen am 29.11.2014); Süddeutsche Zeitung: „Prorussische Separatisten wollen 100 000 zusätzliche Kämpfer mobili-

Doch wer waren nun diese „pro-russischen Separatisten“ im Donbass, die sich gegen die ukrainische Regierung gewandt hatten und die „verdeckte“ Protektion Russlands genossen? An erster Stelle standen bei der Machtergreifung im Donbass Gruppierungen der „niederen Chargen der kriminellen und halbkriminellen Welt“ (so Nikolay Mitrokhin) des Donbass, die sich erst einmal der Oligarchen entledigen wollten.²²⁴⁴ Die Oligarchen wiederum, rund um den Milliardär Rinat Achmetov, konnten sich mit dem Gedanken einer Abspaltung nicht anfreunden, weil das im Zweifelsfall eine neue Umverteilung des Vermögens bedeutet hätte. Wie Nikolay Mitrokhin anbringt, wurden entsprechend „drittrangige Beamte und kleine kriminelle Paten“, wie der neuer Premierminister der Krim Sergei Aksjonow, an die Macht befördert.²²⁴⁵ Sie wurden meistens von Funktionären unterstützt, die militärische Erfahrung aus Russland mitbrachten (zum Beispiel Offiziere der Geheimdienste FSB oder GRU.²²⁴⁶ Durch Verbindungen zur „Partei der Regionen“ und dem Präsidenten Wiktor Janukowitsch hätte das russische Militär bereits seit längerer Zeit Einfluss auf die Entwicklungen in der Ukraine gehabt, so die Meinung der Beobachter. Dadurch konnten die Aktionen auf der Krim und im Südosten gesteuert werden, wofür mutmaßlich auch Zivilisten aus Russland „...mit einem lang gehegten Hass auf die Ukraine“ eingesetzt wurden.²²⁴⁷ Wenn man diesen Ausführungen Glauben schenken darf, wäre die Bevölkerung im Donbass quasi wenig bis gar nicht an der Sezession beteiligt gewesen. Damit wäre Russland mit dem „verdeckten“ militärischen Eingreifen die alleinige Verantwortung für die Eskalation zuzuschreiben. Obwohl diese Darstellung sehr einseitig erscheint und auf Spekulationen beruht, kann zumindest wenig daran gezweifelt werden, dass militärische Hilfe aus Russland in irgendeiner Form in die Ukraine gelangte. Allein die Ausstattung der separatistischen „Armee des Südostens“ mit Waffen im Sommer 2014 kann als indirekter Beweis dafür gelten. Spätestens im Juli 2014 sollen neben Kleinwaffen auch Artillerie, Panzer und Raketenwerfer geliefert worden sein, was später durch ausgebildete Kämpfer und Militärfahrzeuge ergänzt wurde.²²⁴⁸ Auch die wahre Bestimmung der russischen Humanitärkonvois im August 2014 befeuerten entsprechende Spekulationen.²²⁴⁹ Die „verdeckte Kriegsführung“ sollte das Projekt „Noworossija“ des Kreml verwirklichen, doch bleibt eine Frage dabei offen: Weshalb hat Russland nicht „offiziell“ Krieg geführt und die „Volksrepubliken“ DNR und LNR in seine Föderation aufgenommen, wie es bei der Krim der Fall war?²²⁵⁰

sieren.“ 2.02.2015 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-prorussische-separatisten-wollen-zusaetzliche-kaempfer-mobilisieren-1.2331720> (Abgerufen am 20.02.2015).

²²⁴⁴ Zitiert aus: Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 4.

²²⁴⁵ Zitiert aus: Ebd. S. 4.

²²⁴⁶ Ebd.; Федеральная служба безопасности Российской Федерации (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) und Главное разведывательное управление Генерального штаба ВС (ГРУ) (Hauptverwaltung für Aufklärung [beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation]).

²²⁴⁷ Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 4-7.

²²⁴⁸ Ebd. S. 13-15.

²²⁴⁹ Ebd. S. 15; n-tv: „Humanitäre Hilfe für die Ukraine? Russischer Konvoi ist unterwegs“ 12.08.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Russischer-Konvoi-ist-unterwegs-article13405671.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²⁵⁰ Nikolay Mitrokhin verwendet den Begriff „verdeckte Kriegsführung“, um auf die bereits seit Anfang 2013 geplante „Spezialoperation ... in den Nachbarstaaten Russlands“ seitens der russischen Regierung zu verweisen. [Vgl. Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Für das Verhalten Russlands kann es in dieser Konstellation nur eine Erklärung geben – die Gebiete des Donbass waren für sie geopolitisch uninteressant, anders als die Krim. Da es sich bei der Sezession der Gebiete allerdings um größtenteils russischsprachige (obwohl nicht ethnisch russisch besiedelte) Gebiete handelt, konnte Russland aufgrund seiner Doktrin über die Beschützung der „sootchestvenniki“ im nahen Ausland“ nicht untätig bleiben. Eine „offene“ militärische Intervention hätte das Risiko eines Krieges mit dem Westen deutlich erhöht. Mit der Unterstützung des Donbass hat Russland somit sowohl die Solidarität gegenüber der „sootchestvenniki“ bekundet als auch das Ziel der Destabilisierung der Kiewer Regierung verfolgt.²²⁵¹ Gleichzeitig wurde die Abhängigkeit der Ukraine von Russland demonstriert. Dass Russland das darauf folgende Gesuch der nun „unabhängigen“ DNR und LNR in die Russische Föderation aufgenommen zu werden schlicht ignoriert hat, kann man faktisch als eine ideologische Niederlage der Separatisten sehen.²²⁵² Die politische Führung Russlands hat den „Willen des Volkes“ in Donbass zwar „akzeptiert“, jedoch die „Volksrepubliken“ weder offiziell anerkannt noch den Willen gezeigt, diese in die Russische Föderation aufzunehmen.²²⁵³ Ferner hat Russland wiederholt betont, dass der Konflikt zwischen dem ukrainischen Zentralstaat und den beiden Oblasten eine innerstaatliche ukrainische Angelegenheit sei.²²⁵⁴ DNR und LNR blieben damit „nur“ abtrünnige Teile der Ukraine.

Somit bleibt festzuhalten, dass Russland als „Patron-Staat“ die russischsprachigen Gebiete der Ukraine zwar unterstützte, aber nur „verdeckt“ militärische Hilfe leistete. Dabei hielt Russland die Gebiete des Donbass offensichtlich für weniger bedeutend als die Krim, denn eine Annexion bzw. Eingliederung der DNR und LNR stand nicht auf der Tagesordnung. Auch wenn die „Russischsprachigkeit“ der Oblaste nicht als Hauptgrund für den Konflikt betrachtet werden kann, stellt diese Eigenschaft dennoch genug Grundlage für eine „verdeckte“ militärische Unterstützung durch den „Patron-Staat“ Russland dar.

8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Sowohl im Falle der Krim als auch bei den Sezessionen in Donezk und Luhansk gab es keine Zustimmung der Ukraine, weder bei der Abhaltung der Referenden noch bei der *de*

Ukraine. S. 5.] Die Antwort auf die Frage, wie der Konflikt ausgeht, oder welche Absichten die russische Regierung bei der Destabilisierung genau verfolgte, bleibt er schuldig.

²²⁵¹ Vgl. hierzu: Menkiszak, Marek/Sadowski, Rafal/Zochowski, Piotr: Analyse: Die russische Militärintervention in der Ostukraine. Bundeszentrale für politische Bildung 17.09.2014. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191797/analyse-die-russische-militaerintervention-in-der-ostukraine> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁵² Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“.

²²⁵³ Finenews: „У Кремлі передумали: "вибори" терористів не визнають, а „поважають““ 07.11.2014 <http://finenews.info/fajni-novini/rosijska-okupatsiya/item/3393-u-kremli-peredumaly-vybory-terorystiv-ne-vyznayut-a-povazhayut> (Abgerufen am 28.11.2014).

²²⁵⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

facto Sezession. Auch international wurden die Sezessionen nicht anerkannt, bis auf Russland (neben Kasachstan und Venezuela) im Falle der Krim.²²⁵⁵

Doch wie sind die Ereignisse auf der Krim bzw. im Donbass völkerrechtlich einzuordnen? Gibt es eine gemeinsame Position der internationalen Gemeinschaft? Die Beteiligten Staaten bzw. Organisationen fallen dabei in unterschiedliche Interessengruppen: Erstens ist die offizielle Position der unmittelbar beteiligten Staaten Ukraine und Russland zu nennen. Zweitens sind internationale Organisationen wie die EU, die OSZE und die NATO gefordert, hinsichtlich der Legitimation und der Einordnung der Ereignisse Position zu beziehen. Drittens ist die völkerrechtliche Einordnung geboten, vor allem in Bezug auf die Krim. Historisch betrachtet ist anzumerken, dass im Jahr 1991, beim Zusammenbruch der Sowjetunion und der Gründung der unabhängigen Ukraine, die internationale Gemeinschaft, darunter Russland, die Grenzen der Ukraine mitsamt der Krim offiziell anerkannt hat.²²⁵⁶ Die Krim-Bevölkerung entschied sich mit einer knappen Mehrheit von 54% für die Unabhängigkeit der Ukraine. Damit hat sich die Krim offiziell als Teil der Ukraine bekannt.

Die Ukraine

Die offizielle Position der Ukraine bezüglich der Krim-Krise bezeichnete die Ereignisse als Separatismus und Auseinanderbrechen unter militärischen Einfluss der Russischen Föderation. Die Ereignisse würden darauf abzielen, die Unabhängigkeit der Ukraine zu zerstören, so Kiew.²²⁵⁷ Die Territorien der Krim und die Stadt Sewastopol wurden nach dem *de facto* Anschluss an Russland seitens der ukrainischen Regierung zu „temporär okkupierten Territorien“ erklärt, was die Ablehnung der Sezession unterstrichen hat.²²⁵⁸ In der Formulierung ihrer Position berief sich die Ukraine auf internationale Abkommen, allen voran auf das Budapester Memorandum aus dem Jahr 1994, in dem sich die Großmächte darauf geeinigt hatten, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten.²²⁵⁹ Am 24. März 2014 hat die ukrainische Regierung den Rückzug der Truppen von der Krim angeordnet.²²⁶⁰ Die Anerkennung des Krim-Status als einem Teil Russlands lehnte die ukrainische Führung jedoch weiterhin entschieden ab.²²⁶¹ Vor der Abstimmung der UNO-Generalversammlung am 27. März 2014 hat sich der amtierende ukrainische Außenminister, Andrej Deschtschiza, für die Verurteilung Russlands ausgesprochen und

²²⁵⁵ Vgl. hierzu: Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. Osteuropa 5-6. 101-134, S. 129-130.

²²⁵⁶ Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15,

²²⁵⁷ Vesti Ukraina: „Яценюк объявил охоту на сепаратистов по всей стране.“ 16.03.2014 <http://vesti-ukr.com/krym/42715-jacenyuk-objavil-ohotu-na-separatistov-po-vsej-strane> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²⁵⁸ Сегодня.ua: Крым признали временно оккупированной территорией 20.03.2014 <http://www.segodnya.ua/politics/pnews/krym-priznali-vremenno-okkupirovannoy-territoriye-504041.html> (Abgerufen am 24.11.2014); Die Zeit: „Kiew stoppt Finanzierung der Krim-Regierung“ 09.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-krim-finanzierung-russland-truppen> (Abgerufen am 29.11.2014).

²²⁵⁹ Spiegel Online: „Krim-Krise: Ukraine bittet Uno-Sicherheitsrat um Hilfe“ 28.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-ukraine-bittet-uno-sicherheitsrat-um-hilfe-a-956205.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁰ FAZ: „Kiew ordnet Rückzug an“ 24.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krim-krise-kiew-ordnet-rueckzug-an-12862019.html>; Tagesschau.de: „Ukrainische Armee soll Krim sen“ 24.03.2014 <https://www.tagesschau.de/ausland/krim-stuetzpunkt102.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶¹ Till Schwarze: „Eine Armee verschwindet“ Die Zeit 20.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-russland-krim-militaer> (Abgerufen am 30.11.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

das Geschehene auf der Krim als „größte Völkerrechtsverletzung“ bezeichnet.²²⁶² Vor allem die russische Militärpräsenz und die dadurch verursachte „brutale Aggression“ gegen die territoriale Integrität der Ukraine wurden zu den Hauptargumenten der Ukraine im UNO-Sicherheitsrat.²²⁶³

Ende März 2014 warnte die Regierung in Kiew vor weiteren militärischen Aktionen Russlands in der Ukraine. Das ehemalige Mitglied des „Rechten Sektors“, nun Mitglied der „Vaterland“-Partei und Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrij Parubij, sprach von der „Übernahme der gesamten Ukraine“ durch russische Truppen.²²⁶⁴ Trotz der wiederholten offiziellen Position Russlands, es gäbe keine russischen Truppen auf dem ukrainischen Territorium, sprach Kiew stets von der militärischen Invasion Russlands in der Ukraine.²²⁶⁵ Damit begründete Kiew auch die Verstärkung der eigenen Truppen.²²⁶⁶ Trotz wiederholter Waffenruhen von Minsk (Minsk I und II) hat die ukrainische Regierung den Truppeneinsatz im Osten bis heute (Stand: September 2015) nicht beendet, was im Übrigen auch für die Separatisten gilt, obwohl der Abzug schwerer Waffen nach und nach erfolgte.²²⁶⁷

Russland

Die offizielle Position Russlands bezog sich im Zuge der Krim-Ereignisse stets auf die „Selbstbestimmung der Völker“, mit der Begründung, die Bevölkerung der Krim habe das Recht über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.²²⁶⁸ Bereits in seiner Rede vom 18. März 2014 hat Wladimir Putin vom „Wunsch der Bevölkerung der Krim“ gesprochen, die Russland um Schutz ihres Lebens und ihrer Rechte gebeten hätten.²²⁶⁹ Der UNO-Botschafter Russlands Witalij Tschurkin charakterisierte die Krim als „integralen Be-

²²⁶² Die Zeit: „UN-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/un-vollversammlung-krim-resolution> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶³ Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“ FAZ 02.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-am-new-yorker-pranger-12827849.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁴ Christoph von Marschall: „Regierung in Kiew: ‚Putin will die gesamte Ukraine‘“ Der Tagesspiegel 24.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/russland-und-die-krim-krise-regierung-in-kiew-putin-will-die-gesamte-ukraine/9656602.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁵ Tagesschau.de: „Russische Panzer in Ostukraine?“ 07.11.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-815.html>; ЛІГА.net: „Российские диверсанты и сепаратисты подняли мятеж на востоке“ 13.04.2014 http://news.liga.net/articles/politics/1345325-rossijskie_diversanty_i_separatisty_podnyali_myatezh_na_vostoke_.htm (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁶ Spiegel Online: „Ukraine: Poroschenko schickt noch mehr Truppen in den Osten“ 04.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-poroschenko-schickt-weitere-soldaten-a-1001037.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁷ Die Zeit: „Putin hält an Waffenruhe in Ostukraine fest“ 06.12.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/ukraine-waffenruhe-putin-hollande> (Abgerufen am 30.03.2015); FAZ: „Kiew fürchtet russische Winteroffensive“ 28.11.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krise-in-der-ostukraine-kiew-fuerchtet-russische-winteroffensive-13292568.html>; Tagesschau.de: „Ukraine zieht Waffen noch nicht ab“ 23.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-1079.html>; Thomas Gutsche: „Von wegen Waffenruhe“ FAZ 29.03.2015 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukrainekonflikt-von-wegen-waffenruhe-13511725.html> (Jeweils abgerufen am 30.03.2015).

²²⁶⁸ Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-vollversammlung-verurteilt-annexion-der-krim-a-961176.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁶⁹ Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“ 04.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140304/998082399.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

standteil“ von Russland, das mittels einer „willkürlichen Entscheidung der UdSSR“ (gemeint war die „Schenkung“ im Jahr 1954) an die Ukraine übergeben wurde.²²⁷⁰

Bezüglich des Militärs auf der Krim – was in allen Argumentationen die zentrale Rolle spielt – bezeichnete Russland die zunächst „herrenlosen“ Truppen als „Selbstverteidigungskräfte“, die sich im Rahmen des Stationierungsvertrages (ausgehandelt zwischen 1991 und 1997) zwischen der Ukraine und Russland auf der Krim befanden.²²⁷¹ Die Tatsache, dass die Ukraine diesen Vertrag nie denunziert hat, verwendete die russische Führung als Legitimationsgrundlage der gesamten militärischen Operation auf der Krim.²²⁷² Um sein Vorgehen auf der Krim zu begründen, stützte sich Russland neben dem „illegalen“ Machterwerb der neuen Kiewer Führung und der Bedrohung der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung auch die NATO-Erweiterung und die eigene Verteidigung gegen die „Aggression des Westens“.²²⁷³ Die Anschuldigungen über den Militäreinsatz prallten an Russland ab – die Satellitenbilder wurden als „Computerspiele“ bezeichnet und sonstige Beweise wurden als ungenügend bezeichnet.²²⁷⁴

Durch seine Position im UN-Sicherheitsrat konnte Russland alle Versuche, das Krim-Referendum offiziell zu verurteilen, mit einem Veto belegen.²²⁷⁵ Bei der Abstimmung zur Resolution der UNO-Vollversammlung stimmte Russland dagegen, neben zehn weiteren Staaten.²²⁷⁶ Auf die Sanktionen der EU reagierte Russland relativ gelassen, sogar trotzig. So hat Russland seinerseits die Einfuhren für Lebensmittel aus EU-„Sanktionsländern“ im August 2014 eingeschränkt. Weitere Einschränkungen folgten im Winter 2014.²²⁷⁷ Wiederholt warnte der russische Präsident Putin vor neuen Sanktionen des Westens, die das politische und wirtschaftliche Verhältnis weiter belasten würden.²²⁷⁸ Dabei betonte die Moskauer Führung stets die gemeinsamen Interessen auf dem

²²⁷⁰ Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“.

²²⁷¹ Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. Osteuropa 5-6. 61-86, S. 65-66.

²²⁷² Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“

²²⁷³ Diese Argumente verwendet Wladimir Putin in den Interviews am 4. bzw. am 18. März 2014; auch werden sie in folgenden Zeitungsartikeln erwähnt: Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“; Spiegel Online: „Putin zur Krim-Annexion: ‚Eine neuer Kalter Krieg wird nicht eintreten‘“ 24.05.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-russlands-praesident-putin-rechtfertigt-annexion-der-halbinsel-a-971507.html> (Abgerufen am 28.11.2014); Klaus-Helge Donath: „Die Krim als Russlands Tempelberg“ Die Tageszeitung 04.12.2014 <http://www.taz.de/!150719/>; Till Schwarze: „Eine Armee verschwindet“ (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁴ Die Zeit: „Lawrow weist Vorwürfe einer Militäroffensive zurück“ 29.08.2014 <http://www.zeit.de/news/2014-08/29/konflikte-lawrow-weist-vorwuerfe-einer-militaeroffensive-in-die-ukraine-zurueck-29114602>; RIA-Novosti DE: „Kreml-Sprecher: Russland liefert keine Waffen in die Ukraine“ 17.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140817/269316624.html>; Ebd.: „Moskau: Westen liefert keine Beweise für Russlands Teilnahme an Entwicklung in Ukraine“ 14.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140814/269285889.html> (Alle abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁵ FAZ: „Russland legt Veto gegen Krim-Resolution ein“ 15.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-legt-veto-gegen-krim-resolution-ein-12848341.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁶ UN Press: UN General Assembly Adopts Resolution Calling upon States Not to Recognize Changes in Status of Crimea Region. 27.03.2014. GA/11493 <http://www.un.org/press/en/2014/ga11493.doc.htm> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁷ RIA-Novosti DE: „Russland schränkt Fleisch-Einfuhr aus Italien, Ungarn, Deutschland und Montenegro ein“ 03.12.2014 <http://de.ria.ru/politics/20141203/270134370.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁸ Sputnik news: „Putin: Westliche Länder verloren durch ihre Sanktionen russischen Lebensmittelmarkt“ 18.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141118/270029553/Putin-Westliche-Lander-verloren-durch-ihre-Sanktionen-russischen.html>; Sputnik news: „Russlands Gegensanktionen treffen

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

europäischen Kontinent, die durch Krisen nicht zerstört werden dürften.²²⁷⁹ Die Sanktionen der EU und teilweise der USA würden die Beziehungen dauerhaft belasten und seien nicht nur für Russland kontraproduktiv, sondern auch für die globale Wirtschaft, so Putin im November 2014.²²⁸⁰

EU/OSZE/NATO/UNO/USA und andere internationale Foren

Die EU hat gleich zu Beginn der Krise die Anschuldigungen Russlands bezüglich der Unterstützung der Kiewer Demonstrationen zurückgewiesen.²²⁸¹ Zugleich haben die EU-Staaten am 3. März 2014 das russische Vorgehen auf der Krim offiziell als Akt der Aggression verurteilt.²²⁸² Ab dem 17. März 2014 wurden seitens der EU erste diplomatische Sanktionen gegen Russland verhängt, die sukzessive erweitert wurden. Die Maßnahmen teilten sich in fünf Kategorien: diplomatische Maßnahmen, restriktive Maßnahmen (Einfrieren von Vermögen und Visaverbote), Reiseeinschränkungen für die Krim und für Sewastopol, Maßnahmen im Bereich der sektoralen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland.²²⁸³

Die UNO-Vollversammlung hat am 27. März 2014 die Angliederung der Krim an Russland offiziell verurteilt und in einer Resolution die genannte „Annexion der Krim“ für ungültig erklärt.²²⁸⁴ Dabei haben 100 der insgesamt 169 Staaten für die Resolution gestimmt, 11 haben sich dagegen entschieden und weitere 58 Staaten enthielten sich.²²⁸⁵ „Die Resolution fordert die internationale Gemeinschaft auf, keine Veränderung der ukrainischen Grenzen anzuerkennen und eine diplomatische Lösung der Krise zu finden. Russland wird allerdings nicht namentlich genannt“ schrieb dazu „Die Zeit“ am 27. März 2014.²²⁸⁶

Als gemeinsame Offensive gegen das Vorgehen Russlands in der Ukraine luden die G8-Staaten das achte Mitglied Russland aus, so dass das Forum ab Juni 2014 wieder als G7 tagte.²²⁸⁷

Europa hart“ 17.09.2014 <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20140917/269565016/Russlands-Gegensanktionen-treffen-Europa-hart.html> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

²²⁷⁹ RIA-Novosti DE: „Lawrow: Für Kooperation zwischen EU und Russland gibt es keine Alternative – Sanktionen führen in Sackgasse“ 17.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140917/269563966.html>; Ebd.: „Lawrow: Weitere Sanktionen gegen Russland führen zu tieferer Konfrontation in Ukraine“ 17.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140917/269563567.html> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

²²⁸⁰ Diese Äußerungen stammen aus dem Interview, das Wladimir Putin dem deutschen Journalisten Hubert Seipel am 17.11.2014 gegeben hat. Das Interview ist abrufbar unter <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-und-der-russische-Standpunkt,putininterview108.html> und <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-Ukraine,putininterview106.html> (Jeweils abgerufen am 18.11.2014).

²²⁸¹ Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“.

²²⁸² Europäische Union Nachrichten: „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“ http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm (Abgerufen am 01.12.2014).

²²⁸³ Einteilung und Wortlaut mit Einzelheiten zu den Sanktionen unter: Europäische Union Nachrichten: „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“.

²²⁸⁴ Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“.

²²⁸⁵ Die Zeit: „UN-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/un-vollversammlung-krim-resolution> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁸⁶ Ebd.

²²⁸⁷ Spiegel Online: „Sanktionen gegen Russland: G7 sagen G8 ab“ 24.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g7-sagen-g8-gipfel-mit-russland-wegen-ukraine-krise-ab-a-960536.html>; Christoph Schult:

8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die OSZE hat als Vermittler des Friedentreffens zwischen den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, und der Ukraine, Petro Poroschenko, im September 2014 die Verstöße bei der Umsetzung der in Minsk getroffenen Vereinbarungen scharf kritisiert. In erster Linie richtete sich die Kritik gegen die am 2. November 2014 durchgeführten Wahlen in den „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk.²²⁸⁸

Die USA haben relativ rasch das Vorgehen Russlands auf der Krim als „Militärintervention“ bezeichnet, wie es Anfang März im UNO-Sicherheitsrat von der Botschafterin Samantha Power formuliert wurde.²²⁸⁹ Truppenbewegungen an der russisch-ukrainischen Grenze wurden hauptsächlich von der NATO bzw. von den USA beobachtet und sorgten immer wieder für Kontroversen in der Diskussion, ob Russland nun an den Kämpfen in der Ostukraine teilnahm oder nicht.²²⁹⁰ Die Angaben der NATO bezogen sich neben Angaben über russische Truppen in der Ukraine (rund 1 000 im August 2014) auch auf Truppen an der Grenze zur Ukraine auf dem Territorium Russlands (rund 17 000 im Oktober 2014).²²⁹¹

Der Europarat hat im April 2014 den Delegierten Russlands vorläufig das Stimmrecht entzogen, als Reaktion auf die Ereignisse auf der Krim. Zudem wurden 18 Abgeordnete aus Russland vorläufig aus den Führungsgremien der Versammlung ausgeschlossen, wofür es 145 Für-Stimmen, 21 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen gab. Daraufhin hat Russland die Sitzung boykottiert.²²⁹²

Das Völkerrecht

Die russische Aktion auf der Krim spaltete direkt die Meinungen, was die völkerrechtliche Einordnung der Ereignisse angeht. Tatsächlich konnte das Vorgehen bislang weder eindeutig als Völkerrechtsbruch noch eindeutig als rechtmäßige Handlung seitens Russlands definiert werden, obwohl die Mehrheit der Experten dazu neigt, einen Völkerrechtsbruch festzustellen.²²⁹³

Für Verwirrung sorgten mehrere Aspekte und Teilereignisse, die während der Krimkrise zum Vorschein gekommen sind. Die Präsenz des russischen Militärs auf der Halbinsel stellt das erste Problem bei der völkerrechtlichen Bewertung dar. Einerseits, so Russland, wären die Militärs auf Grundlage des Stationierungsabkommens mit der Ukra-

„G7 statt G8: Putin muss draußen bleiben“ Spiegel Online: 25.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-g7-staaten-schliessen-russland-dauerhaft-aus-a-960541.html> (Jeweils abgerufen am 01.12.2014).

²²⁸⁸ Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien.

²²⁸⁹ Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“.

²²⁹⁰ FAZ: „Russland legt Veto gegen Krim-Resolution ein“; Tagesschau.de: „Russische Panzer in Ostukraine?“.

²²⁹¹ Die Zeit: „Nato kann keinen russischen Truppenabzug feststellen“ 15.10.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/russland-truppenabzug-ukraine-nato-bericht> (Abgerufen am ...); Tagesschau.de: „Kiew hofft auf NATO-Waffen“ 29.08.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/nato-ukraine-114.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

²²⁹² FAZ: „Europarat entzieht Russland das Stimmrecht“ 10.04.2014. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-krise-europarat-entzieht-russland-das-stimmrecht-12889490.html> (Abgerufen am 22.11.2014).

²²⁹³ Die Diskussion wird auf Grundlage der Aussagen mehrerer Experten in Interviews und Artikel wiedergegeben.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

ine legal auf der Krim stationiert gewesen. Jedoch haben sie bei der Besetzung der Verwaltungsgebäude, der Militäranlagen und der Infrastruktur mitgewirkt. Zweitens steht das allgemeine Recht auf Sezession einzelner Landesteile zur Debatte, bei dem ohne Zustimmung des Zentralstaates ein Referendum ausgerufen und abgehalten wird. Während Russland im Falle der Krim auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beharrte, wurde die Ukraine bei der Entscheidung vollständig übergangen. Schließlich wurde der eigentliche Akt des Überganges der Krim von der Ukraine zu Russland als „Annexion“ gehandelt, ebenso wie die Legitimität der „Beschützerrolle“ Russlands hinsichtlich der ethnisch russischen Bevölkerung auf der Krim. Andere Punkte, worüber sich Völkerrechtler in Bezug auf die Krimkrise streiten, beziehen sich auf den Vergleich zwischen der Krim und Kosovo.²²⁹⁴ Diese Diskussion wird an dieser Stelle allerdings nicht näher erläutert.

Weitestgehend einig sind sich Völkerrechtler darin, dass das Völkerrecht keine Sezession verbieten kann.²²⁹⁵ Sezessionen gehören nämlich zu innerstaatlichen Angelegenheiten und werden daher vom Völkerrecht neutral behandelt.²²⁹⁶ Allerdings erlaubt das Völkerrecht im Umkehrschluss auch nicht explizit eine Abspaltung auf Grundlage des Volkswillens, zumal nicht ohne Einverständnis des Zentralstaates.²²⁹⁷ Aus diesem Grund, so Prof. Dr. Claus Kreß, durfte die UNO-Vollversammlung das Krim-Referendum auch für „ungültig“ erklären.²²⁹⁸ Ebenso erlaubt eine Unterstützung der Sezession seitens eines anderen Staates mittels bewaffneter Soldaten es der Staatengemeinschaft, die Sezession nicht anzuerkennen, so Prof. Dr. Georg Nolte.²²⁹⁹ Aus dem Grund der Untrennbarkeit der russischen Militäraktion und der Abspaltung der Krim, welche völkerrechtswidrig war, hätte Russland sich auch des Völkerrechtsbruchs schuldig gemacht, argumentiert Prof. Dr. Otto Luchterhandt.²³⁰⁰

Uneinigkeit besteht in Bezug auf die Annexion bzw. Sezession der Krim. Eine Annexion stellt laut Prof. Dr. Reinhard Merkel eine „gewaltsame Aneignung von Land gegen den Willen des Staates, dem es zugehört“ dar, welche wiederum im Rahmen eines „bewaffneten Angriffs“ das zwischenstaatliche Gewaltverbot stört.²³⁰¹ Merkel sieht zwar die militärische Präsenz Russlands auf der Krim als völkerrechtswidrig an, aber weder das Referendum noch die Abspaltung noch die Aufnahme in die Russische Föderation. Schließlich hätten die genannten Aktionen zwar gegen die ukrainische Verfassung, aber nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, so Merkel.²³⁰² Damit sei das Geschehene keine Annexion, sondern eine Sezession, denn der Übergang der Krim zu Russland sei durch

²²⁹⁴ Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“ FAZ 07.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

²²⁹⁵ Ebd.; Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“ 31.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-voelkerrechtler-kress-ueber-bruch-des-voelkerrechts-a-961400.html>; Christoph von Marschall: „Hat die Krim ein Recht auf Abspaltung?“ Der Tagesspiegel 11.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-hat-die-krim-ein-recht-auf-abspaltung/9602184.html> (Alle abgerufen am 28.11.2014).

²²⁹⁶ Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

²²⁹⁷ Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

²²⁹⁸ Ebd.

²²⁹⁹ Christoph von Marschall: „Hat die Krim ein Recht auf Abspaltung?“.

²³⁰⁰ Ebd.

²³⁰¹ Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

²³⁰² Ebd.

8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

ein Beitritts-gesuch und ein Referendum gebilligt worden, wengleich von einer militärischen Aktion begleitet. Letztere hätte das Sezessions-gesuch zwar begleitet, aber nicht herbeigeführt, weswegen keine „gewaltsame Aneignung von Land“ erfolgt sei. Somit schließe die Tatsache, dass es ein Referendum mit vorheriger Unabhängigkeitserklärung und nachfolgendem Beitrittsantrag gegeben hat, eine Annexion per se aus, so Merkel.²³⁰³ Problematisch seien die Missachtung der territorialen Integrität der Ukraine und die überschnelle „Ausnutzung“ der Lage seitens Russlands gewesen, was das Sezessions-gesuch der Krim allerdings nicht völkerrechtswidrig gemacht hätte, so die Argumentation von Reinhard Merkel.²³⁰⁴

Dass es im Falle der Krim tatsächlich zu einem „bewaffneten Angriff“ gekommen ist, ist laut Prof. Dr. Stefan Talmon so lange eine „strittige Frage“, bis man den Konflikt als einen „Grenzzwischenfall“ betrachtet. Da aber Russlands Truppen auf der Krim Infrastruktur und Kommunikationseinrichtungen besetzt haben, kann das Vorgehen als „bewaffneter Angriff“ und damit als ein Verstoß gegen das Völkerrecht gelten. In jedem Fall kann der Schutz nationaler Minderheiten der Volksgruppen nicht als Grund für eine militärische Intervention völkerrechtlich geltend gemacht werden, so Talmon.²³⁰⁵ Damit wäre die Begründung, wonach die russische Bevölkerung auf der Krim beschützt werden sollte, völkerrechtlich nicht akzeptabel. Claus Kreß sieht mehrere Probleme bei Russlands Aktionen und Argumentationen: Auch er bezeichnete Russlands Aktionen als „Akt der Aggression“, da Russlands Militär die Kontrolle über die Krim übernommen hat, wengleich ohne Gegenwehr. Die Argumentation, es seien „lokale Selbstverteidigungskräfte“ gewesen, die das Geschehene überwacht hätten, bezeichnete der Völkerrechtler Kreß im Interview als „zynisch“.²³⁰⁶ Laut Otto Luchterhandt hat sich Russland in seiner Argumentation, wonach die Krim auch ohne entsprechenden Vertrag mit Kiew in die Russische Föderation aufgenommen werden könnte, offensichtlich völkerrechtswidrig verhalten, da die Berufung auf die „Unfähigkeit“ Kiews für die Sicherheit der Bürger zu sorgen kein „vereinfachtes“ Verfahren einer Sezession begründet hätte. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei das Verhalten Russlands als völkerrechtswidrige Annexion zu bezeichnen.²³⁰⁷

In dem Punkt, ob das Referendum und die Unabhängigkeitserklärung aufgrund der Präsenz des russischen Militärs ungültig waren, streiten sich die Völkerrechtler. Obwohl die Präsenz an sich als Völkerrechtsbruch zu bezeichnen ist, nahmen die Soldaten weder auf die Ergebnisse der Abstimmung zur Unabhängigkeit noch des Referendums Einfluss, so Reinhard Merkel.²³⁰⁸ Allerdings, so Claus Kreß, könnte auch das Referendum nicht anerkannt werden, da die Willensäußerung aufgrund der Militärinvasion nicht als „frei“ bezeichnet werden könne und weil das Referendum ohne Zustimmung der Ukraine stattgefunden hat.²³⁰⁹ Darin offenbart sich auch die Rolle der russischen Bevölkerung

²³⁰³ Ebd.

²³⁰⁴ Ebd.

²³⁰⁵ Ralf Pauli: „Völkerrecht ist die Waffe der Schwachen“ Die Zeit 04.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/Ukraine-Krim-Russland-Voelkerrecht-Bruch> (Abgerufen am 28.11.2014).

²³⁰⁶ Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

²³⁰⁷ Vgl. hierzu: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 75-76; 78-79.

²³⁰⁸ Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

²³⁰⁹ Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

in dem Prozess, denn die Fragen des Referendums haben nicht die Interessen der anderen Nationen berücksichtigt: Eine Frage, wonach der *status quo* der Vorkrisenzeit erhalten geblieben wäre, wurde nicht gestellt.²³¹⁰

Der Fall der Gebietsreferenden in den besetzten Gebieten des Donbass – in DNR und LNR – sind insofern anders zu bewerten, als die Sezession einseitig war (nur durch ein Referendum begründet) und hierauf nicht die Aufnahme in die Russische Föderation folgte. Da völkerrechtlich die Sezession nicht verboten werden kann, so die herrschende Meinung, waren die Referenden zwar nicht völkerrechtswidrig, verstießen allerdings gegen die ukrainische Verfassung bzw. gegen die verfassungsrechtliche Bestimmung der Ukraine als Einheitsstaat. Zudem wurden zahlreiche sonstige Verstöße gegen völkerrechtliche Bedingungen für Gebietsreferenden nicht eingehalten, beispielsweise aufgrund mangelnden Zugangs zu offiziellen Wahllisten, durch fehlende Wahllokale oder Mangel an Kontrollen bei der Stimmabgabe.²³¹¹ Doch entscheidend ist, dass hier Russland nie offiziell als Aufnahmeland aufgetreten ist, trotz verbaler Unterstützung, wodurch die hiesige russischsprachige Bevölkerung quasi auf sich selbst gestellt blieb.

8.6 Kontrolle über das Territorium

Das politisch beanspruchte Territorium der AR Krim erstreckte sich über die gesamte Halbinsel Krim. Die Halbinsel ist über einen schmalen Landstrich mit dem ukrainischen Festland verbunden – der Landenge von Perekop im Nordosten der Sywasch-Bucht. Von den restlichen drei Seiten ist die rautenförmige Halbinsel vom Schwarzen bzw. dem Asowschen Meer umgeben, den östlichsten Zipfel der Halbinsel bei Kertsch trennen nur einige Kilometer vom russischen Festland über die Meerenge, „die Straße von Kertsch“ genannt.²³¹² Diese geographische Lage macht die Halbinsel zu einem idealen Ziel für den Fall, dass man diese vom ukrainischen Festland abschneiden wollte. Infolge der russischen Militäroperation auf der Krim Ende Februar 2014 konnte die Grenze zum ukrainischen Festland damit relativ rasch abgeriegelt werden. So konnte eine etwaige militärische Aktion über das Festland vermieden werden. Gleichzeitig nahmen die russischen Militärs die Stationen der Schwarzmeerflotte sowie andere Marinestützpunkte auf der Krim unter ihre Kontrolle. So konnte auch keine Gefahr von der See auf die Halbinsel zukommen. Bis zum Referendum am 16. März 2014 kontrollierte die neue Regierung somit das gesamte Territorium, auf das sie Anspruch erhob.²³¹³

Die geopolitische Lage der abtrünnigen Donbass-Regionen ist weitaus komplizierter. Die von den Aufständischen und späteren Leitfiguren der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk beanspruchten Territorien der gleichnamigen Oblaste der Ukraine konnten

²³¹⁰ Vgl. hierzu auch: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 73-75.

²³¹¹ Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. S. 130.

²³¹² Tagesschau.de: „Die einzigartige Provinz“ 27.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/krim-hintergrund100.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³¹³ Vgl. hierzu: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 66-78.

nicht vollständig unter ihre Kontrolle gebracht werden. Die nördlicher gelegene Oblast Luhansk und die südlichere Oblast Donezk haben, im Gegensatz zur Krim, eine sehr breite Grenze zu Russland. Andererseits sind die Grenzen zur Ukraine, ebenfalls im Gegensatz zur Krim, mindestens ebenso breit. Dies vereinfacht zwar die grenzüberschreitenden Beziehungen zu Russland, erschwert aber eine Abriegelung gegenüber der Ukraine à la Krim. Die Vermutung liegt nahe, dass sich nicht zuletzt aufgrund dieser geographischen Lage die Langwierigkeit der Kriegshandlungen zwischen den Ukrainischen Truppen und den Separatistenführern der LNR und DNR ergeben hat.

Im Frühling 2014 kontrollierten die Anführer der LNR und DNR nur Teile der beiden Oblaste. So erstreckten sich diese kontrollierten Gebiete von der Oblast Donezk ungefähr 100 Kilometer jeweils in den Norden und den Süden von der Hauptstadt Donezk. Außerhalb dieses Bereiches wurden noch die Städte Mariupol im Süden und Slawjansk und Kramatorsk im Norden gehalten. Der südliche und westliche Teil der Oblast widersetzte sich den Aufrufen die Verwaltungsgebäude zu besetzen. Von der Oblast Luhansk kontrollierten die Separatistenführer weder den südöstlichen noch den nördlichen Teil, so dass ebenfalls Landstriche um die Hauptstadt Luhansk als „LNR“ regiert wurden.²³¹⁴ Im Laufe des Militäreinsatzes der Ukrainischen Armee ab April 2014 bis zur ersten Waffenruhe am 5. September 2014 hatten die Truppen der Aufständischen große Gebiete im Norden und Süden der Hauptstadt Donezk sowie die gesamte Stadt Slawjansk verlassen. Die Stadt Luhansk wurde von den Separatisten gehalten zusammen mit einem größeren Gebiet südlich der Stadt mit einem Abschnitt der Ukrainisch-Russischen Grenze. Auch in der Oblast Luhansk hatten Regierungstruppen Gebiete zurückerobert. Die Angaben der Ukrainischen Armee und der Separatisten unterscheiden sich allerdings teilweise deutlich voneinander. So heißt es in der Version der LNR und DNR, die Truppen der Aufständischen würden noch ein großes zusammenhängendes Gebiet um die Städte Donezk und Luhansk mit einem breiten Grenzabschnitt zu Russland kontrollieren.²³¹⁵ In jedem Fall beanspruchten die Anführer der LNR und DNR nach den Minsker Friedensgesprächen im September 2014 ganze Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk.²³¹⁶

8.7 Wirtschaft

Die ökonomische Eigenständigkeit ist für Sezessionsgebiete von entscheidender Bedeutung, denn ohne eine vernünftige sozioökonomische Versorgung der Bevölkerung kann es langfristig auch keine Legitimation der Sezession geben. Nicht anders ist es auf der Krim und in DNR und LNR, obwohl die Situation aufgrund des unterschiedlichen Status verschieden ist. Während auf der Krim die gesamte Wirtschaftsstruktur und die Versorgung

²³¹⁴ Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 8.

²³¹⁵ Material von: RIA-Novosti DE: Karte unter: <http://de.ria.ru/infographiken/20140827/269404108.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³¹⁶ RIA-Novosti DE: „Ost-Ukraine: DVR und LVR beanspruchen ganze Gebiete Donezk und Lugansk“ 09.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140909/269506416.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

seitens Russlands gewährleistet wird, kämpfen die abtrünnigen Gebiete des Donbass mit Versorgungsengpässen, Mangel an Finanzierung und zerstörter Infrastruktur.

Um die Krim vollständig in die Russische Föderation zu integrieren und damit die Übernahme für die Bevölkerung der Krim zu legitimieren, hat Russland ein umfassendes Förderprogramm entwickelt. Im Rahmen dieses Programms sollen bis zum Jahr 2020 Investitionen in Höhe von etwa 20 Milliarden US-Dollar jährlich aus dem föderalen Staatshaushalt in den strukturellen Aufbau der Krim fließen.²³¹⁷ Tourismus, Agrarwirtschaft und Industrie sollen laut des Programms „Sozioökonomische Entwicklung der Krim und der Stadt Sewastopol bis 2020“ die zentralen Wachstumsmotoren sein. Dabei wurden 2014 von der Duma eine Reihe Gesetze verabschiedet, welche die Infrastruktur und das Investitionsklima ankurbeln sollten. Deutlich wurde die Wirtschaftsleistung der Krim auf Russland ausgerichtet, was die Halbinsel auch ökonomisch von der Ukraine entfernen sollte. Dabei lief die Versorgung des Territoriums mit Wasser und Strom anfangs noch von Seite der Ukraine: Im Mai 2014 hat die Ukraine die Wasserversorgung an die Krim gestoppt, die Vorräte reichten noch bis Frühling 2015. Es gibt allerdings keine Alternative zur Wasserversorgung auf der Krim als dieses vom ukrainischen Festland zu beziehen, was eine Kooperation mit der Ukraine künftig unumgänglich macht.²³¹⁸ Auch die Stromversorgung wurde noch bis September 2014 regulär von der Ukraine gewährleistet. Auf die Reduktion des Versorgungsvolumens hin hat Russland angekündigt, die Stromversorgung durch den Bau von Kraftwerken und Stromnetzen zu gewährleisten. Weitere versorgungstechnische Übergänge von der Ukraine zu Russland waren im Bereich der Erdgasversorgung zu verzeichnen, indem der Krim-Versorger „Chernomorneftegaz“ in den russischen Gazprom eingegliedert werden sollte. Aufgrund des fehlenden Landweges zur Halbinsel hat die russische Führung den Bau einer Auto- und Eisenbahnbrücke vom russischen Kertsch bis auf die Krim angekündigt, um eine direkte Verkehrsanbindung zu schaffen. Alle diese Projekte sind allerdings mit erheblichen Kosten für die russische Seite verbunden, welche die Staatsausgaben in die Höhe treiben und Wachstum auf Jahre bremsen könnten. Für die Russland-freundliche Bevölkerung der Krim wird die Legitimation aber vermutlich durch höhere Renten, Löhne und Sozialabgaben neben Programmen wie „Stärkung der Einheit des russischen Volkes“ gewährleistet.²³¹⁹ Aufgrund vieler ungelöster Versorgungsfragen bleibt das Konfliktpotential der Krim zwischen der Ukraine und Russland aber vermutlich auf Jahre bestehen.

Als weitaus schwieriger gestaltete sich die ökonomische Situation in den abtrünnigen Volksrepubliken des Donbass, was sich vielerorts auch in Zweifeln der Bevölkerung bezüglich der Sezession niederschlug. Seit dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes sind etwa 10% der Donbasser Bevölkerung geflüchtet, von den restlichen Einwohnern (etwa 6

²³¹⁷ Kuznir, Julia: Analyse: „Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?“ Bundeszentrale für politische Bildung 13.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195185/analyse-russische-infrastrukturprojekte-fuer-die-krim> (Abgerufen am 30.11.2014).

²³¹⁸ Ebd.

²³¹⁹ Höhere Löhne und Renten waren bedeutende Argumente der Russland-freundlichen Führung der Krim, um die Bevölkerung von der Sezession zu überzeugen. Vgl. hierzu: Bundeszentrale für politische Bildung: Grafik: Durchschnittslohn in einigen Ländern und auf der Krim im Vergleich <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195186/statistik-binnenvertriebene-aus-der-krim-wirtschaftssituation-auf-der-krim> (Abgerufen am 30.11.2014); Kuznir, Julia: Analyse: Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?.

8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Millionen) des Donbass lebte etwa die Hälfte in den von Separatisten kontrollierten Gegenden.²³²⁰ Aufgrund der Kriegstätigkeit und des administrativen Schwebestands machte sich zunehmend Gesetzlosigkeit breit, die durch Mangel an Gesundheits- und Lebensmittelversorgung verschärft wurde. Das Sozialwesen, die finanzielle Versorgung und staatliche Transferleistungen wurden von Kiew ab November 2014 endgültig gekappt.²³²¹ Dies hatte zur Folge, dass Russland für viele Zahlungen eingesprungen ist, solche wie die Finanzierung der Verwaltung, ebenso die Auszahlung von Renten und Sozialtransfers sowie die Übernahme der Kosten der städtischen Dienste, des Nahverkehrs, der Schulen oder der Feuerwehr.²³²² Für die Gegend, die vor dem bewaffneten Konflikt mehr als ein Drittel der landesweiten industriellen Produktion erbrachte und das höchste Pro-Kopf-Einkommen bzw. den höchsten Durchschnittslohn der gesamten Ukraine erwirtschaftete (hinter der Hauptstadt Kiew), bedeutete der Konflikt somit einen wirtschaftlichen Kollaps.²³²³ Doch die Reaktionen der Bevölkerung waren unterschiedlich: Viele machten Kiew für die wirtschaftliche Misere verantwortlich und sahen die Sezessionsbestrebung damit erst recht bestätigt. Auch die finanzielle Hilfe aus Russland bestätigte den Eindruck, dass die hiesige Bevölkerung von Kiew abgestoßen und von Russland unterstützt wurde.²³²⁴ Eines ist allerdings klar: Ohne Unterstützung entweder aus Kiew oder aus Moskau können weder DNR noch LNR eine eigenständige sozioökonomische Existenz aufbauen.

8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

8.8.1 Politische Repräsentation der Nationalitäten auf der Krim – Stärkung der Russen

Die Krimtataren

Außer der russischen Bevölkerung auf der Krim waren auch Krimtataren in die Ereignisse im März 2014 miteinbezogen. Ihre Position war prekär, da sich die meisten von ihnen gegen die Herrschaft Russlands gewandt hatten.

Die Krimtataren hatten eigene repräsentative Organe, die im Zuge der Krise des Jahres 2014 und der Besetzung der Krim durch Russland in Konflikt mit den neuen Macht-

²³²⁰ Etwa 700 000 Personen waren im Jahr 2014 aus den Kriegsgebieten geflüchtet, zuvor wurde die Gesamtbevölkerung in Donezk und Luhansk auf etwa 6 600 000 Personen geschätzt. Vgl. hierzu: Mykhnenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. S. 2.

²³²¹ n-tv: „Ostukrainer ohne Rente. Separatisten schreiben Merkel einen Brief“ 04.04.2015 <http://www.n-tv.de/politik/Separatisten-schreiben-Merkel-einen-Brief-article14840151.html> (Abgerufen am 05.04.2015).

²³²² Konrad Schuller: „Moskau finanziert offenbar ‚Volksrepubliken‘“ FAZ 20.11.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ostukraine-moskau-finanziert-offenbar-volksrepubliken-13277391.html> (Abgerufen am 02.04.2015).

²³²³ Vgl. hierzu: Bundeszentrale für politische Bildung: Statistik: Die Regionen der Ukraine im Vergleich. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/202808/statistik-die-regionen-der-ukraine-im-vergleich> (Abgerufen am 02.04.2015); Mykhnenko, Vlad: Analyse: „Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass“.

²³²⁴ Handelsblatt: „Ein Jahr ‚Volksrepublik Donezk‘. ‚Die EU kann uns nicht dressieren‘“ 14.05.2015 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ein-jahr-volksrepublik-donezk-erinnerungen-an-anfaenge-der-ddr-werden-wach/11773178-2.html> (Abgerufen am 15.05.2015).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

habern geraten sind. Das höchste repräsentative Organ des Krimtatarischen Volkes – wie sie sich offiziell nannten – war der Kurultai des Krimtatarischen Volkes (im Russischen Курултай крымскотатарского народа; auf Krimtatarisch Qırımtatar Milliy Qurultayı).²³²⁵ Mit der Deklaration aus dem Jahr 1991 wurde ebenfalls die Gründung des Medschlis des Krimtatarischen Volkes ausgerufen (im Russischen Меджлис крымскотатарского народа; auf Krimtatarisch Qırımtatar Milliy Meclisi), das als Exekutivorgan des Kurultai fungieren sollte. Die Deklaration stellte die Krim als das historische Territorium der Krimtataren dar und verurteilte dessen Annexion durch Russland im 18. Jahrhundert. Ebenfalls bezeichnet sie die Deportation und Verbannung der Krimtataren während der Jahre 1944 bis 1956 als offenen Genozid.²³²⁶ Der Medschlis verabschiedete im Jahr 1991 nationale Symbole der Krimtataren, Flagge und Hymne und proklamierte die Souveränität des Krimtatarischen Volkes.²³²⁷

Vertreter der Krimtataren waren seit 1991 im Obersten Rat der Krim dank einer festgesetzten Quote von 14 Sitzen repräsentiert.²³²⁸ Die entsprechende Quote wurde mit der Verfassung von 1998 gestrichen und so kandidierten Krimtataren aus dem Medschlis bzw. des Kurultai in den Listen verschiedener Parteien und Wahlblöcke.²³²⁹ Einige Führungspersonen des Medschlis wie Mustafa Dzemilew waren auch in der Werhowna Rada der Ukraine vertreten, meist in national-liberalen Parteien wie Ruch, „Unsere Ukraine“ oder „Vaterland“.²³³⁰ Dies offenbarte gewissermaßen die Abneigung des Medschlis gegenüber russischen bzw. pro-russischen Kräften.²³³¹ Mit autoritären und Russland-freundlichen Präsidenten klappte die Zusammenarbeit der Krimtataren traditionell schlecht. Gleichzeitig konnten sich die Krimtataren unter Leonid Kuchma oder Wiktor Janukowitsch besser als unter westlich gestimmten Präsidenten als eine nationale politische Kraft profilieren.²³³² Außer Medschlis gab es auch alternative Vertretungen der Krimtataren wie „Milli Firka“, die zum Teil auch mit russischen Vertretern kooperierten und beispielsweise in Listen der „Partei der Regionen“ für das regionale Parlament der Krim kandidierten.²³³³

Die Krimtataren hatten stets Schwierigkeiten mit der Anerkennung jeglicher fremden Herrschaft über ihr historisches Territorium. Im Jahre 1991 erkannten sie die wieder gegründete ASSR Krim nicht an und boykottierten das Referendum zur Unabhängigkeit der Ukraine.²³³⁴ Als Grund nannte der im Mai und Juni 1991 gewählte Kurultai die un-

²³²⁵ ДЕКЛАРАЦИЯ о национальном суверенитете крымско-татарского народа № 45-54, Документы Курултая татар Крыма (26-30 июня 1991 г.)

²³²⁶ ДЕКЛАРАЦИЯ о национальном суверенитете крымско-татарского народа № 45-54, Документы Курултая татар Крыма (26-30 июня 1991 г.)

²³²⁷ Borshchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? Ukraine-Analysen 84. 2-5, S. 2-3.

²³²⁸ Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Berichte BIOst 31/1998. S. 23.

²³²⁹ Ebd. S. 22-23.

²³³⁰ Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

²³³¹ Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. S. 23.

²³³² Borshchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? S. 2-3.

²³³³ Ebd.; Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ.“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

²³³⁴ Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. S. 21; 23.

genügende Repräsentation der Interessen der Krimtataren unter der neuen Führung.²³³⁵ Seitdem kämpfte der Kurultai und Medschlis um einen Sonderstatus als Repräsentativorgane des krimtatarischen Volkes.²³³⁶ Offiziell erhielt der Kurultai und Medschlis diesen Status von der Werhowna Rada der Ukraine aber erst am 20. März 2014, bereits nach der Übernahme der Krim durch Russland.²³³⁷ Ebenfalls gewährte die Entscheidung der Rada den Krimtataren Rechte als „korenaja“ – also Titularnation – der Krim.²³³⁸ Der höhere Status spielte allerdings keine Rolle – unter der neuen russischen Führung wurde es für die Krimtataren noch schwieriger, eine Vertretung auf lokaler Ebene zu erhalten. Tatsächlich fingen mit der Übernahme Russlands für die Krimtataren Probleme der Repräsentation an, die darin mündeten, dass Medschlis im September 2014 seinen Sitz in Simferopol unter Haftdrohungen räumen musste.²³³⁹ Zuvor wurden die Führungsfiguren des Medschlis, Mustafa Dzhemilev und Refat Chubarov, an der Einreise auf die Krim gehindert.²³⁴⁰ Vorausgegangen waren Diskussionen um den Status des Medschlis sowie der Rechtmäßigkeit seiner Tätigkeit.²³⁴¹ Auch der Kurultai, der Ende März 2014 außerplanmäßig tagte, wurde von den neuen Machträgern in Simferopol und der russischen Führung mit Skepsis verfolgt.²³⁴² Nach der Verbannung des Medschlis wurde die Repräsentation der Krimtataren auf der Krim faktisch aufgelöst, was die politische Oberhand der Russen weiter stärkte. Zwar hat die russische Führung bzw. die neue Krim-Regierung unter Sergei Aksjonow den Krimtataren sowohl Quoten im Parlament als auch Ministerposten versprochen, faktisch wurde die Vertretung der Krimtataren im Herbst 2014 jedoch von der Repräsentation ausgeschlossen und die Existenz des Medschlis von der neuen pro-russischen Krim-Führung verneint.²³⁴³

²³³⁵ Ebd.

²³³⁶ Ebd. S. 22-23.

²³³⁷ ПОСТАНОВА Верховної Ради України Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантії прав кримськотатарського народу у складі Української Держави (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2014, № 15, ст.581); Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

²³³⁸ ПОСТАНОВА Верховної Ради України Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантії прав кримськотатарського народу у складі Української Держави (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2014, № 15, ст.581)

²³³⁹ Украинская правда: „Меджлис покинул здание в Симферополе“ 23.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/23/7038630/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴⁰ МК.ru: „Полураспад меджлиса: некогда представительный орган крымских татар теряет сторонников“ 02.10.2014 <http://crimea.mk.ru/articles/2014/10/02/poluraspad-medzhlis-a-nekogda-predstavitelnyu-organ-krymskikh-tatar-teryayet-storonnikov.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴¹ Украинская правда: „Власти Крыма потребовали зарегистрировать Меджлис“ 23.09.2014 http://kavpolit.com/articles/aksenov_medzhlis-9661/# ; Украинская правда: „Суд дал Меджлису в Симферополе сутки на выселение“ 17.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/17/7038093/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴² Unian.net: „Курултай крымских татар отказался переименовывать свой народ“ УНИАН, 29.03.2014 <http://www.unian.net/politics/902005-kurultay-krymskikh-tatar-otkazalsya-pereimenovuyivat-svoju-narod.html>; МК.ru: „Курултай постановит создать в Крыму национально-территориальную автономию крымских татар. Ход меджлиса.“ 30.03.2014 МК РУ unter <http://www.mk.ru/politics/article/2014/03/30/1006043-kurultay-postanovit-sozdat-v-kryimu-natsionalnoterritorialnuyu-avtonomiyu-krymskikh-tatar.html> (Abgerufen am 01.12.2014) [Kann es sein, dass das nicht im LitVerz aufgeführt wird?].

²³⁴³ Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014); Герасименко, Олеся/ Галустьян, Артем: „Ни у кого нет четкого плана действий“ Журнал "Коммерсантъ Власть" №37 от 22.09.2014, стр. 16 <http://www.kommersant.ru/doc/2569810> (Abgerufen am 01.12.2014).

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Die Ukrainer

Die Vertretung der Ukrainer auf der Krim war bis zur Krise 2014 politisch und gesellschaftlich nicht einflussreich. Kleinere kulturelle Vereine und Gemeinden, von denen das „Ukrainische Haus“ („Крымский центр делового и культурного сотрудничества „Украинский дом“) das bedeutendste war, förderten hauptsächlich die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukrainer auf der Krim und fungierte damit als eine Art Vertretung. Ungewiss ist allerdings, wie viele Ukrainer auf der Krim das „Ukrainische Haus“ auch tatsächlich als politische oder soziale Vertretung sahen. Weitere gesellschaftliche Organisationen der Ukrainer auf der Krim waren das Taras Schewchenko Wissenschaftszentrum, Krim-Gesellschaft „Prosvita“, benannt nach Taras Schewchenko, sowie die Organisation „Ukrainische Gemeinde der Krim“.²³⁴⁴ Die einzige ukrainischsprachige Schule in Simferopol sowie die im Jahr 1996 gegründete Krim- und Simferopoler Eparchie (Zweig der Ukrainischen Orthodoxen Kirche) dienten den Krim-Ukrainern als ein weiterer kultureller, religiöser und bildungspolitischer Eckstein.²³⁴⁵ Während der Krise 2014 haben das „Ukrainische Haus“ und die „Ukrainische Gemeinde“ (unter dem Vorsitz von Andrej Schekun) einen Appell an die Regierung in Kiew sowie an die UNO und die OSZE gesendet. Zum Grundsatz des Appells wurden Forderungen nach dem Ende der militärischen Aktion sowie nach der Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine.²³⁴⁶ Damit haben die Ukrainer auf der Krim sich gegen die Übernahme durch Russland bekannt.²³⁴⁷ Von einer gewissen Furcht der neuen Befehlshaber vor der Macht der Krim-Ukrainer zeugen Berichte über die Festnahme und Ausweisung der Anführer der ukrainischen Krim-Bewegung im März 2014.²³⁴⁸ Einige Ukrainer haben die Halbinsel als Zeichen von Protest verlassen, was allerdings keine nennenswerten Auswirkungen auf die politischen Ereignisse im Frühling 2014 hatte.²³⁴⁹

Die Russen

Die Russen der Krim hatten seit 1993 eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich „Russische Gemeinde der Krim“ (Русская община Крыма) nannte. Als Mitglieder nahm die Gemeinde Personen auf, die sich entweder für Russen hielten und/oder sich zur russischen Sprache bzw. Kultur bekannten.²³⁵⁰ Unter anderem forderte die Organisation die Verwendung von Russisch als Unterrichtssprache und widersetzte sich der Ukraini-

²³⁴⁴ Парникоза, Иван: „Украинский Симферополь. Часть 2. 2012 – 2014“ Историческая правда <http://www.istpravda.ru/bel/research/9385/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴⁵ Ebd.

²³⁴⁶ Украинская правда: „Украинцы Крыма попросили власть о защите“ 27.02.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/27/7016570/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴⁷ ЛІГА.net: „Українці Криму попросили нову владу зупинити сепаратизм“ 28.02.2014 http://news.liga.net/print/news/politics/991216-ukraintsy_kryma_porposili_novuyu_vlast_ostanovit_separatizm.htm (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴⁸ Центр журналістських розслідувань: „Похищений в Криму активіст Андрій Шекун розповів про спроби електричеством.“ 22.03.2014 unter: <http://investigator.org.ua/news/122836/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁴⁹ Juri Durkot: „Adieu, Krim!“ Die Tageszeitung 15.04.2014 unter <http://www.taz.de/!136796/> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁵⁰ Русская община Крыма: Принципы деятельности Русской общины 04.11.2014 <http://www.ruscime.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

sierung. Eigene Symbolik wie Wappen, Fahne und Hymne waren durch die Satzung zugelassen und geregelt.²³⁵¹ Die Gemeinde wurde von der ukrainischen Zentralregierung mit einem offiziellen Status versehen und agierte als Vertreterin der Interessen der Russen auf der Krim. Die hauptsächlichen Ziele der Organisation waren die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion sowie der Schutz des russischen soziokulturellen Raumes auf der Krim.²³⁵² Während der Jahre 1998 bis 2002 hatte die Organisation aber faktisch keine Vertretung in den Machtstrukturen der Krim.²³⁵³ Als Resultat der Wahlen im Jahr 2003 saßen vier Vertreter der Gemeinde im Parlament der Krim. Im Vorfeld hatte sich die Gemeinde mit der „Russischen Bewegung der Krim“ (Русское движение Крыма) zusammengeschlossen.²³⁵⁴ Im Jahr 2006 hat sich die Gemeinde an der Bildung des Wahlbündnisses „Für Janukowitsch!“ (За Януковича!) beteiligt.²³⁵⁵ Insbesondere von Bedeutung für die Krise 2014 ist die Tatsache, dass der spätere Ministerpräsident der Krim Sergei Aksjonow seit 2010 den stellvertretenden Vorsitz der Organisation innehatte.²³⁵⁶ Daraus wuchs die politische Formation „Russische Einheit“ (Русское единство), die Aksjonow als Führungsfigur leitete und die letztendlich als Hauptakteur der Ereignisse im Frühling 2014 agierte.²³⁵⁷ Obwohl es auch andere Organisationen auf der Krim gab, die ethnische Russen und Russischsprachler vertraten, war die spätere „Russische Einheit“ die größte und politisch die einflussreichste. Dennoch hat sie bei den Lokalwahlen im Jahre 2010 lediglich 4% der Stimmen erzielt. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Interessen der Krim-Russen durch größere politische Parteien, solche wie die „Partei der Regionen“ mit 80 von 100 Sitzen nach der Wahl 2010, vertreten waren.²³⁵⁸ Als PdR nach dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch im Februar 2014 ihre politische Stellung verlor, baute „Russische Einheit“ ihre politische Rolle aus.²³⁵⁹ Letztlich kann resümiert werden, dass die Russen auf der Krim eine weitaus breitere politische Vertretung genossen als die Krimtataren oder die Ukrainer. Obwohl auch ein Teil der Krim-Russen der Übernahme durch Russland nicht zustimmten, wurde diese im März 2014 maßgeblich mit der Zustimmung des russischen Bevölkerungsteils der Halbinsel begründet.²³⁶⁰

²³⁵¹ Русская община Крыма: Устав Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁵² Русская община Крыма: Предпосылки формирования русского, пророссийского движения в Крыму 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁵³ Русская община Крыма: Этапы становления Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁵⁴ Ebd.

²³⁵⁵ Ebd.

²³⁵⁶ Русская община Крыма: Руководящие органы Русской общины Крыма unter: <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> am 04.11.2014 (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁵⁷ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

²³⁵⁸ Borschchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? S. 6.

²³⁵⁹ Raniah Salloum: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“.

²³⁶⁰ Juri Durkot: „Adieu, Krim!“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

8.8.2 Änderung der Machtverhältnisse, regionale Identität und die Krise – wovor fürchtet sich der russischsprachige Südosten?

Die Ereignisse auf dem Kiewer Majdan im Winter der Jahre 2013 und 2014 endeten in einem Machtwechsel und der Absetzung des 2010 gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch am 22. Februar 2014.²³⁶¹ Gleichzeitig verließen massenhaft die Mitglieder der „Partei der Regionen“ die Parlamentsfraktion, so dass sich innerhalb kürzester Zeit die Machtverhältnisse zugunsten der Opposition verändert haben.²³⁶² Damit wurde der Weg für die Ausrufung der Neuwahlen des Präsidenten am 25. Mai 2014 frei. In der Zwischenzeit sollte der neu gewählte Parlamentsvorsitzende Oleksandr Turtschinow von der „Vaterland“-Partei als Stellvertreter des abgesetzten Janukowitsch agieren.²³⁶³ Die Posten, welche bis dahin von Vertretern der „Partei der Regionen“ bekleidet wurden, gingen nun an Vertreter der Opposition, so zum Beispiel den Parlamentsvorsitzenden Wladimir Rybak oder den Außenminister Leonid Koschara.²³⁶⁴ In einer offiziellen Ansprache am 23. Februar hat die Parlamentsfraktion der „Partei der Regionen“ sich offiziell von Wiktor Janukowitsch und seiner Politik distanziert. Dabei bekannte sich die Fraktion zu ihrer Wählerschaft als „normale, hart arbeitende Menschen, die ihr Land, ihr Volk lieben“, doch es wurde dabei nicht explizit auf die regionale Basis der Partei in Südosten der Ukraine eingegangen.²³⁶⁵ Zwar appellierte der stellvertretende Präsident Turtschinow am gleichen Tag an die „Landsleute..., die während der Präsidentschaftswahlen für Janukowitsch gestimmt haben“ die Absetzung nicht als „eigene Niederlage“ zu betrachten.²³⁶⁶ Doch es scheint, als hätten die Ereignisse in Kiew genau das bewirkt. Am 25. Februar hat auch die KPU erklärt von nun an oppositionell zu werden, was gewissermaßen dem Fall der letzten Bastion der Ostukraine in Kiew gleichkam.²³⁶⁷ Die Mitgliedschaft der nationalistischen „Swoboda“ an der neuen Koalition unter dem Namen „Europäische Wahl“ (Европейский выбор) sendete das endgültige Signal, dass der russischsprachige Osten ohne politische Repräsentation geblieben war, selbst wenn eine nationalistische Radikalisierung der Kiewer Führung zu jedem Zeitpunkt unwahr-

²³⁶¹ Tagesschau.de: „Janukowitsch abgesetzt, Timoschenko frei“ 22.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1066.html>; Kahlweit, Cathrin: „Feilschen um Legitimität“ Süddeutsche Zeitung 06.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtfrage-in-der-krim-krise-feilschen-um-legitimitaet-1.1905856> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶² Украинская правда: „Рада собралась на субботнее заседание. Регионалы продолжают покидать фракцию ПР“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015632/> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶³ Tagesschau.de: „Turtschinow ist Interimspräsident“ 23.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1082.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶⁴ Ebd.; Украинская правда: „ВЕРХОВНАЯ РАДА ВИБРАЛА СПИКЕРА“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015677/> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶⁵ Bundeszentrale für politische Bildung: Appell der parlamentarischen Fraktion der „Partei der Regionen“ an die Landsleute, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowitschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Appell des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine, Oleksandr Turtschinow, an das ukrainische Volk, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowitschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁶⁷ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

scheinlich war. „Geholfen“ hat dabei auch die bereits mehrmals erwähnte Entscheidung über das Gesetz der regionalen Sprachen im Februar 2014 – ein weiteres Zeichen in den Händen der Separatisten, dass der russischsprachige Osten von nun an keine Stimme mehr in Kiew hatte.²³⁶⁸ In seinem Artikel vom 3. März 2014 nannte Uwe Klußmann die genannten Aspekte als drei wesentliche Fehler der neuen Kiewer Regierung – die Nicht-einbeziehung der russischsprachigen Regionen in die Übergangsregierung, stattdessen die verstärkte Präsenz der nationalistischen und rechtsextremen Kräfte und schließlich die Versäumnisse der Vereinbarungen, die am 21. Februar zwischen dem damaligen Präsidenten Janukowitsch und der Majdan-Opposition und den Außenministern von Deutschland, Frankreich und Polen getroffen wurden.²³⁶⁹

„Swoboda“ war nicht die einzige und auch nicht die radikalste nationalistische Kraft der Majdan-Ereignisse. An der vordersten Front der Kämpfe im Januar und Februar 2014 in Kiew standen vor allem die neonazistischen Kräfte um die Gruppierung „Rechter Sektor“.²³⁷⁰ „Swoboda“ unterhielt Verbindungen zu Gruppierungen des rechtsextremen Randes, wie „Sitsch 14“ bzw. „Ukrainische Aufstandarmee“, was die Aktivisten der Anti-Majdan Proteste zum Anlass genommen haben, die neue Kiewer Führung als „faschistisch“ zu bezeichnen.²³⁷¹ Der „Rechte Sektor“ war als eine teilweise bewaffnete Truppe um den Vorsitzenden Dmitro Jarosch bekannt, die sich nicht den oppositionellen Parteien wie „Vaterland“ oder „Udar“ oder auch nicht „Swoboda“ unterordneten.²³⁷² Die Vorsitzenden Oleh Tjahnibok („Swoboda“) und Dmitrij Jarosch („Rechter Sektor“) waren für ihre rechtsradikalen Aussagen bekannt, die unter anderem gegen die russische Bevölkerung der Ukraine gerichtet waren.²³⁷³ Zum Leitprinzip der „Swoboda“ gehört die „Nation...als Gemeinschaft verbunden durch Blut und Geist“, zu prominenten Aussagen von Dmitrij Jarosch gehört der Aufruf zu einem „nationalen Befreiungskrieg“ und zur „Entrussifizierung“ der Ukraine.²³⁷⁴ Dass Vertreter aus den Reihen dieser politischen Gruppierungen nun hohe Ämter in der neuen Kiewer Führung bekleideten – „Swoboda“ stellte den Vize-Premier sowie den Generalstaatsanwalt und Jarosch wurde zum

²³⁶⁸ Korrespondent.net: „Закон об официальном двуязычии в регионах отменен“; Salloum, Raniah: „Eskalation in der Ostukraine: Die Wut der Volksmilizen“ Der Spiegel 15.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-wut-auf-kiew-treibt-milizen-auf-die-barrikaden-a-964626.html> (Abgerufen am 02.12.2014).

²³⁶⁹ Bei diesem Treffen wurden zentrale Punkte festgelegt, zu denen die Rückkehr zur Verfassung von 2004 unter gleichzeitiger Beschränkung der Rechte des Präsidenten sowie die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ gehörten. Vgl. hierzu: Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“ Spiegel Online 03.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html> (Abgerufen am 02.12.2014); Raniah Salloum: „Eskalation in der Ostukraine: Die Wut der Volksmilizen“; Spiegel Online: „Krise in Kiew: Regierung und Opposition unterzeichnen Kompromiss“ 21.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-kiew-regierung-und-opposition-unterzeichnen-kompromiss-a-954901.html> (Abgerufen am 02.12.2014).

²³⁷⁰ Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“.

²³⁷¹ Schechowzow Anton/Umland, Andreas (2014): Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr - Vergleichende Betrachtungen zum parteipolitischen Ultrationalismus in der Ukraine. Ukraine-Analysen Nr. 133. 7-11, S. 7.

²³⁷² Simon, Gerhard (2014): Zusammenbruch und Neubeginn. Osteuropa 5-6. 9-40, S. 11; 21.

²³⁷³ Das Erste: „Judenschweine bekämpfen“: Aufruf oder Nacherzählung? Panorama 17.04.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Judenschweine-bekaempfen-Aufruf-oder-Nacherzaehlung,ukraine387.html> (Abgerufen am 03.12.2014); Cathrin Kahlweit: „Wölfe im Schafspelz“ Süddeutsche Zeitung 27.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechter-sektor-in-der-ukraine-woelfe-im-schafspelz-1.1922770> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁷⁴ Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Vize des nationalen Sicherheitsrates berufen – sorgte nicht nur in dem russischsprachigen Osten für Unruhe.²³⁷⁵ Selbst wenn Aussagen von Dmitrij Jarosch, im „Rechten Sektor“ seien keine Russenhasser, diese Angst hätten relativieren können, wusste selbst die neue Koalition in Kiew nicht so recht, wie sie mit den Rechtsradikalen in ihren Reihen umgehen sollte.²³⁷⁶ Die Angst vor den „Kiewer Faschisten“ schürten die Separatisten in den südöstlichen Regionen in den Wochen nach dem Kiewer Umsturz sehr gekonnt, zumal Jarosch im Zuge der Majdan-Proteste stets von der Gefahr der „Partei der Regionen“ und der KPU gesprochen hat.²³⁷⁷

Im April 2014 äußerten sich die Bewohner der südöstlichen Oblaste der Ukraine allerdings vergleichsweise gelassen zu der Gefahr, welche vom „Rechten Sektor“ ausging. Zwar waren die meisten Befragten mit der Aussage einverstanden, dass diese Gruppierung einen nationalistischen Charakter trug, doch fanden auch viele, dass sie keine ernstzunehmende politische Größe darstellte. Allenfalls waren die Meinungen des Südostens bezüglich der Gefahr, die vom „Rechten Sektor“ bzw. von „Swoboda“ ausging, gemischt.²³⁷⁸ Dafür war unter anderem eine Reaktion „aus dem Volk“ verantwortlich: Unmittelbar nach der umstrittenen Aufhebung des Gesetzes zu Regionalsprachen am 23. Februar 2014 bekundeten sowohl Aktivisten im Osten als auch im Westen der Ukraine gegenseitige Solidarität in der Sprachenfrage. Westukrainische Intellektuelle sowie Bürger haben sich bereit erklärt, am 26. Februar 2014 einen Tag lang nur Russisch zu sprechen.²³⁷⁹ Aktivisten in ostukrainischen Oblasten erklärten daraufhin, dass am 26. Februar 2014 im russischsprachigen Osten nur Ukrainisch gesprochen würde.²³⁸⁰ Inwiefern diese Aktionen bei der breiten Öffentlichkeit ankamen, ist ungewiss. Sie zeigen aber, dass zwischen der „rechts- und linksufrigen“ Ukraine auch in umstrittenen Fragen Einigkeit erzielt werden konnte und den Menschen die Bedeutung solcher Fragen durchaus bewusst war.

Die Krise des Jahres 2014 hat zu einer Situation geführt, in der sich regionale Identitäten der südostukrainischen Bevölkerung zwischen ihrer überwiegenden Russischspra-

²³⁷⁵ Das Erste: „Putsch in Kiew: Welche Rolle spielen die Faschisten?“ Panorama 06.03.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Putsch-in-Kiew-Welche-Rolle-spielen-die-Faschisten.ukraine357.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁷⁶ „Der ‚revolutionäre ukrainische Nationalismus‘ sei keine Ideologie des Hasses gegen das russische Volk. ‚Unser Feind ist der russische Imperialismus. Wir sind keine Faschisten, keine Nazis und auch keine Russenhasser.“ Zitat aus: Nesterko, Andrej/Clasen, Bernhard: „Der ‚Rechte Sektor‘ will Macht“ Die Tageszeitung 24.02.2014 <http://www.taz.de/Nationalisten-in-der-Ukraine!/133706/>; Frank Nienhuysen: „Rechte bringen Kiew ins Dilemma“ Süddeutsche Zeitung 11.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/nationalisten-in-der-ukraine-rechte-bringen-kiew-ins-dilemma-1.1909169> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁷⁷ Ann-Dorit Boy: „Die Extremisten vom Majdan“ FAZ 23.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-die-extremisten-vom-majdan-12816972.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

²³⁷⁸ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“ ist abrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=302&page=1>. Die Ergebnisse auf Russisch umfassen mehr Fragen mit Antworten und sind zu finden unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=1> (Abgerufen zwischen 20. und 30.12.2014).

²³⁷⁹ Kulyk, Volodymyr (2014): Einheit und Identität: Sprachenpolitik nach dem Majdan. Osteuropa 5-6. 227-238, S. 227-229.

²³⁸⁰ Korrespondent.net: „В знак солидарности со Львовом донецкие активисты призывают говорить на украинском языке“ 26.02.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3311586-v-znak-solydarnosty-so-lvovom-donetskye-aktivysty-pryzyvauit-hovoryt-na-ukraynskom-yazyke> (Abgerufen am 02.12.2014).

chigkeit und der Verbundenheit zur ukrainischen Nation zu spalten drohten. Selbst innerhalb von Familien brachten die Ereignisse auf der Krim und im Donbass die Loyalitäten und nationale Zugehörigkeiten durcheinander.²³⁸¹ Gleichzeitig wurden Fragen zum Staatsaufbau, welche die Teilung des Landes entlang kultureller bzw. sprachlicher Grenzen geopolitisch verdeutlichen könnten, im Zuge der Krise intensiver diskutiert als zu jedem anderen Zeitpunkt der bisherigen unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit. In diesem Sinne hat die Krise bewirkt, dass die ukrainische Nation sich mit ihrem politischen, kulturellen, sprachlichen und geographischen Wesen beschäftigt. Die Teilnehmer der Demonstrationen gliederten sich im Laufe der Krise zunehmend entsprechend der Kategorien „pro-ukrainisch“ oder „pro-russisch“, obwohl eine klare Unterscheidung angesichts der gemischten Identitäten der Bewohner des Südostens (bzw. auch des Zentrums der Ukraine) nicht möglich ist. Dabei waren „pro-russische“ Demonstranten anfangs nicht explizit für Russland, sondern verwendeten russische Symbolik (hauptsächlich Flaggen) als Gegensymbol zu ukrainischen Fahnen und dem Dreizack-Wappen, die nun die neue Macht in Kiew repräsentierten. Dabei wollte sich die Bevölkerung entschlossen und handlungsfähig präsentieren. Die unter der Egide „pro-russisch“ gesammelten Forderungen waren diffus föderalistisch, separatistisch, Russland-freundlich oder auch einfach „Anti-Kiew“ oder „Anti-Majdan“.²³⁸² Unter anderem sollte mit den Protesten gegen die neue Kiewer Führung ihre politische Inkompetenz und mangelnde Problemlösungsfähigkeit vorgeführt werden. Die ostukrainische Bevölkerung fühlte sich durch die neuen Eliten weder ausreichend repräsentiert noch geschützt.²³⁸³

In der Positionierung der ostukrainischen Bevölkerung spielten nicht zuletzt die Oligarchen der östlichen Oblaste eine entscheidende Rolle – als Ernährer des Landes und Hochburg der industriellen Arbeiterklasse sollte sich der Osten unter der Führung der Donezker Machtelite präsentieren. In diesem regionalen Patriotismus sollte der Osten der Ukraine vom Westen respektiert und nicht bevormundet oder gar unterdrückt werden, mittels Ukrainisierung „nach galizischer Manier“, so die vermittelte Basis für Protestaktionen.²³⁸⁴ Die besondere regionale Identität des Donbass, welche die Gesamtheit aller ethnisch-nationalen und sprachlichen Gruppen umfasst, sollte demnach nicht zerstört werden.²³⁸⁵ Deswegen rief der Oligarch Rinat Achmetow im Frühling des Jahres 2014 den Rest des Landes zum Respekt gegenüber der „Stimme des Donbass“ auf. Dennoch, und das aus den bereits erwähnten machtpolitischen Gründen, rief Achmetow (neben anderen Oligarchen) entschieden gegen Separatismus und Sezession auf.²³⁸⁶

Im Zuge der Krise haben sich in den Krisengebieten des Südostens eigene Gruppierungen und parteiähnliche Formationen herausgebildet, welche die Interessenvertretung

²³⁸¹ Лисняк, Лариса: „Донецкий сепаратизм: ненависть, страх, разбитые семьи“ 112.ua 06.11.2014 <http://112.ua/mnenie/doneckiy-separatizm-nenavist-strah-razbitye-semi-141446.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

²³⁸² Korrespondent.net: „Восточную Украину охватила ‚война флагов““ 03.03.2014 <http://korrespondent.net/world/worldabus/3313979-vostochnuu-ukraynu-okhvatyla-voyna-flahov-kommersant> (Abgerufen am 02.12.2014).

²³⁸³ Zimmer, Kerstin: Kommentar: „Die Stimme des Donbass“ Bundeszentrale für politische Bildung 03.06.2014. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185619/kommentar-die-stimme-des-donbass> (Abgerufen am 02.12.2014).

²³⁸⁴ Ebd.

²³⁸⁵ Ebd.

²³⁸⁶ Ebd.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Bevölkerung im Südosten für sich beanspruchten. Einige von ihnen waren in der Vergangenheit bereits verboten, andere formierten sich neu. Zum Beispiel die Partei „Russische Einheit“ (Русское единство) auf der Krim, die bereits im Jahr 2008 auf Initiative von Moskau gegründet wurde. Deren Mitglieder hatten bereits im Jahr 2011 Probleme mit der ukrainischen Justiz aufgrund der Beschuldigung die territoriale Gesamtheit der Ukraine zu gefährden.²³⁸⁷ Ebenfalls die „Volksrepublik Donezk“ (Донецкая республика), die als gesellschaftliche Organisation bereits im Jahr 2007 für den Sonderstatus der ostukrainischen Gebiete demonstrierte und die verboten wurde.²³⁸⁸ Weitere Proteste im Donbass wurden vom „Russischen Block“ (Русский блок) veranstaltet, der ebenfalls in der Vergangenheit Probleme mit dem Gesetz hatte. Weitere Gruppierungen sind zum Beispiel „Oplot“ in Charkiw, die als gesellschaftliche Organisation für das historische Erbe des Zweiten Weltkriegs auftrat, die neonazistische „Russische Nationale Einheit“ (Русское национальное единство, РНЕ) und „Ukrainische Front“ (Украинский фронт) als Gegenbewegung im Osten zum Majdan. Diese Gruppierungen und gesellschaftlichen Organisationen agierten parallel zu den „legalen“ politischen Kräften, solchen wie „Partei der Regionen“ oder KPU.²³⁸⁹ Letztlich bildete die paramilitärische „Volksmiliz“ (народное ополчение) im Osten der Ukraine eine der Kräfte, die die Abspaltung von Donezk und Luhansk vorangetrieben haben. Diese bildete auch Medienberichten zufolge eine Sammelstelle für Kämpfer aus Russland und stellte somit eine Schnittstelle zwischen den Aufständischen in der Ostukraine und der militärischen Unterstützung aus Russland dar.²³⁹⁰

8.8.3 Umfragen zur Krise im Jahr 2014 – Umfrageergebnisse als Zeichen der gesellschaftlichen Teilung

Während des Jahres 2014 wurde eine Reihe gesellschaftlicher Umfragen erhoben, die sich mit unterschiedlichen Fragen beschäftigten und im regionalen Schnitt der Ukraine durchgeführt wurden.²³⁹¹ Einige Umfragen stammen vom Meinungsforschungsinstitut Gallup und wurden im Frühjahr und im Herbst 2014 unter dem Namen „Public Opinion Survey Residents of Ukraine“ erhoben.²³⁹² Weitere interessante Ergebnisse lieferten

²³⁸⁷ Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014)

²³⁸⁸ Ebd.

²³⁸⁹ Ebd.

²³⁹⁰ Florian Hasse: „Der Mann hinter der Schreckensherrschaft“ Süddeutsche Zeitung 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/igor-strelkow-kommandeur-in-der-ostukraine-der-mann-hinter-der-schreckensherrschaft-1.1958675>; Ulrich Krökel: „Russlands Aggression ist belegbar“.

²³⁹¹ Folgende Probleme wurden hierbei sichtbar: Statistische Erhebungen in Krisen- oder gar Kriegsgebieten konnten nicht garantieren, dass tatsächlich alle Gebiete umfasst werden konnten. Zweitens musste sichergestellt werden, dass die Objektivität der Institutionen gewährleistet war. Drittens waren etwaige Motive der Auftraggeber der Umfragen von Bedeutung, die unter Umständen einschlägige Ergebnisse vorlegen konnten. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte werden im Folgenden Umfrageergebnisse präsentiert, deren relative Objektivität durch ihr Erscheinen auf bestimmten Webseiten und Publikationen (z.B. der Bundeszentrale für politische Bildung bzw. der Ukraine-Analysen) angenommen werden kann.

²³⁹² The Gallup Organization ist ein amerikanisches Markt- und Meinungsforschungsinstitut. Zum Kernbereich der Arbeit des Instituts gehört das „Gallup Poll“, das weltweit Umfragen zu politischen und

8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS).²³⁹³ Auch das Razumkow-Zentrum in Kiew, zusammen mit dem Fonds demokratischer Initiativen (DIF) der Ukraine (u.a.) hat mehrere Umfragen zur Krise 2014 durchgeführt.²³⁹⁴ Die Ergebnisse – ob objektiv oder subjektiv – können bisweilen wichtige Einblicke in die Lage der ukrainischen Gesellschaft im Zuge der Krise 2014 liefern.

Die Befragten im Südosten der Ukraine zeigten sich im Frühling 2014 mit der Führung in Kiew nicht zufrieden, ebenso wie weniger als 30% von ihnen eine West-Integration der Ukraine unterstützten.²³⁹⁵ Vernichtend fiel im April 2014 das Umfrageergebnis im Südosten für die neue Kiewer Spitze, bestehend aus Olexandr Turtschinow und Arsenij Jazenjuk aus.²³⁹⁶ Beide Amtsinhaber waren in den Augen der Mehrheit der Befragten im Südosten nicht rechtmäßig zu ihrem jeweiligen Amt gekommen. Die Werhowna Rada kam dabei besser weg, zumindest waren die Meinungen bezüglich ihrer Legitimation im Südosten geteilt.

Die Unterstützung der NATO bzw. der Wiederaufnahme des EU-Assoziationsabkommens war im Frühling 2014 im Südosten gering, was umgekehrt für den Westen galt.²³⁹⁷ Einer Zollunion mit Russland hätten gleichzeitig 60% des Ostens zugestimmt.²³⁹⁸ Dabei zeigte sich der Südosten geschlossen einig, als nach der Beteiligung anderer Kräfte oder Staaten (z.B. Russland, EU oder die USA) an Entscheidungen zur ukrainischen Verfassung, Sprache oder regionalen Aufteilung gefragt wurde. Hierbei haben alle Ob-

gesellschaftlichen Themen erhebt bzw. in Auftrag gibt (<http://www.gallup.com/home.aspx>). Die Umfragen in der Ukraine wurden im März, April und September 2014 erhoben. Als Auftraggeber dieser hat sich das amerikanische „International Republican Institute“ verpflichtet (<http://www.iri.org/>). In den Umfragen wurde nicht immer konsequent zwischen den Regionen und Oblasten der Ukraine unterschieden, was einen zeitlichen und regionalen Vergleich erschwert. In den meisten Umfragen wurde die Ukraine geographisch in vier Regionen gespalten: Westen, Zentrum, Süden und Osten. In der März-Umfrage gehörten die AR Krim und die Stadt Sewastopol noch zur Region „Süden“, ab der April-Umfrage wurden diese nicht mehr miteinbezogen. Bei einigen Fragen wurde auch die Unterscheidung zwischen „Ethnic Ukrainian“ und „Ethnic Russian“ bzw. „Ukrainian-speaking citizens“ und „Russian-speaking citizens“ gemacht. Die Aufteilung nach Oblaste (zitiert aus den jeweiligen Umfragen in Englisch) verläuft nach dem folgenden Muster (Transliteration übernehmen): West (Chernivetska, Ivano-Frankivska, Khmelnytska, Lvivska, Rivnenska, Ternopilska, Transcarpathian, Volynska); Center (Cherkaska, Chernihivska, Kirovogradska, Kyivska, Poltavska, Sumska, Vinnytska, Zhytomirska, city of Kyiv); South (AR of Crimea, Khersonska, Mykolaivska, Odeska, Sevastopol, Zaporizka); East (Dnipropetrovska, Donetska, Kharkivska, Luhanska)

²³⁹³ Teilweise lieferte eine Umfrage des KIIS vom April 2014 „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“ abweichende Ergebnisse von den Gallup-Umfragen im gleichen Zeitraum. Bei der Umfrage des KIIS wurden 3.232 Personen nur im Südosten der Ukraine interviewt und mindestens 400 Interviews in jeder Oblast des Südostens abgehalten.

²³⁹⁴ Das „Razumkow-Zentrum“ ist eine NGO mit dem Sitz in Kiew, die seit 1994 Analysen unterschiedlicher Bereiche des ukrainischen Staatsgeschehens anfertigt (<http://www.razumkov.org.ua/eng/>). Der Fonds „Democratic Initiative Foundation“ ist ebenfalls eine NGO in Kiew, zu dessen Arbeit Analysen und Umfragen gehören (http://www.dif.org.ua/en/pro-nas/about_dif.htm). Die Ergebnisse vieler Umfragen rund um die Krise in der Ukraine sind im Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung ersichtlich.

²³⁹⁵ Bidder, Benjamin: „Das ist Putins Neurussland“; Schuller, Konrad: „Ist das der Beginn einer neuen Annexion?“ 07.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/assen/unnruhen-in-der-ostukraine-ist-das-der-beginn-einer-neuen-annexion-12884432.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

²³⁹⁶ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

²³⁹⁷ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014. International Republican Institute <http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20April%205%20IRI%20Public%20Opinion%20Survey%20of%20Ukraine,%20March%2014-26,%202014.pdf> (Abgerufen zwischen 20. Und 30.12.2014).

²³⁹⁸ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

laste mit über 80% für die Option „die Ukraine selbst“ gestimmt.²³⁹⁹ Dieses Ergebnis zeigt, dass auch der Südosten die Ukraine als ein Land, das seine Entscheidungen selbst zu treffen hat, und nicht etwa als ein zerfallendes Staatsgebilde gesehen hat.

Bei der Frage nach der Art der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland antworteten 78% der Befragten des Ostens und 46% der Befragten des Südens „...unabhängige, aber einander freundlich gesonnene Staaten, mit offenen Grenzen ohne Visa- und Zollkontrollen“.²⁴⁰⁰ Dagegen entschieden sich 57% der Befragten im Zentrum und 71% der Befragten im Westen für die Option „...mit geschlossenen Grenzen, Visa- und Zollkontrollen“.²⁴⁰¹

Dass Russland für die Krise nicht verantwortlich war, glaubten im September 2014 ganze 63% der befragten Donbasser.²⁴⁰² Eher wurde im Donbass die Verantwortung auf der Seite der Kiewer Führung gesehen.²⁴⁰³ Während der Rest des Südostens in der Schuldzuweisung zwischen den zwei Seiten geteilter Meinung war, gaben das Zentrum und der Westen der Ukraine klar Russland die Schuld an der Eskalation.²⁴⁰⁴ Die Mehrheit der Befragten in der gesamten Ukraine glaubte, dass Russland die „prorussischen Kräfte“ im Donbass unterstütze.²⁴⁰⁵

Auf die Frage, ob Russland das Recht habe die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zu beschützen, antworteten etwa 40% „ethnische Russen“ mit „dafür“ und weitere 40% mit „dagegen“. „Ethnische Ukrainer“ waren mit 80% „dagegen“. Generell haben sich aber „russischsprachige Ukrainer“ eher gegen die Beschützerfunktion Russlands ausgesprochen.²⁴⁰⁶ Von März bis September hat sich insgesamt ein immer größerer Anteil (72% im März bis 79% im September) der Befragten in der gesamten Ukraine gegen den Einsatz russischer Truppen zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine ausgesprochen („Do you support the decision of the Russian Federation to send its army to protect Russian speaking citizens of Ukraine?“).²⁴⁰⁷ Die regionale Aufteilung zeigte allerdings, dass noch im Frühling 2014 etwa 30% des Südostens diese Frage mit „stark dafür“ oder „eher dafür“ beantwortet hatten. Die größten Anteile der Befürworter kamen aus den Oblasten Donezk (47%) und Luhansk (44,2%).²⁴⁰⁸ „Stark dagegen“ waren im September 2014 über 90% der Befragten im Zentrum und im Westen

²³⁹⁹ Ebd.

²⁴⁰⁰ KIIS-Umfrage (September 2014): Die Umfrage fand am 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=404&page=4> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193335/umfrage-ukrainisch-russische-beziehungen-in-umfragen>

²⁴⁰¹ Ebd.

²⁴⁰² Ebd.

²⁴⁰³ Razumkov-Umfrage: Die Umfrage fand am 5.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>

²⁴⁰⁴ KIIS-Umfrage (September 2014).

²⁴⁰⁵ Ebd.

²⁴⁰⁶ Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014; Gallup (September 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. September 3-12, 2014. International Republican Institute.

<http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20October%2014%20Survey%20of%20Residents%20of%20Ukraine,%20September%2012-25,%202014.pdf> (Abgerufen zwischen 20. und 30.12.2014).

²⁴⁰⁷ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine.

²⁴⁰⁸ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

sowie etwa 60% der Befragten im Südosten. Allein die Befragten des Donbass votierten auch im Herbst 2014 zu 51% „dafür“.²⁴⁰⁹

Die allgemeine Einstellung der südöstlichen Oblaste gegenüber Russland war eher „warm“ oder „neutral“, während diese im Zentrum und Westen als „kalt“ eingestuft wurde.²⁴¹⁰ Im April 2014 haben Befragte in den südwestlichen Oblasten Gründe genannt, weshalb Russland sie anziehen würde. Dabei war insgesamt die häufigste Antwort „nichts“, allerdings nicht überall: Donezk, Luhansk und Charkiw gaben wirtschaftliche Faktoren als Gründe der Sympathie an – teils die allgemeine Stabilität und teils konkret höhere Renten und Gehälter. Je weiter weg von der Grenze Russlands, umso weniger Sympathie für Russland empfanden die Befragten.²⁴¹¹

Geteilt waren die Meinungen des Südostens im April 2014 über die hypothetische Möglichkeit des realen Truppeneinsatzes seitens Russlands. Hier haben alle Oblaste relativ gleichmäßig zwischen „ja“ und „nein“ geschwankt. Unterstützt wurde ein bewaffneter Konflikt aber nicht. Bei der Frage „Im Falle eines Eindringens russischer Streitkräfte in der Südostukraine, wie würden Sie reagieren?“ haben sich die Befragten aller südöstlichen Oblaste mit relativer Mehrheit für die Antwort „Zuhause bleiben und mich nicht einmischen“ gestimmt, obwohl es auch die Variante „Die Stationierung russischer Truppen begrüßen“ und „In die russische Armee eintreten“ gegeben hätte. In manchen Regionen hat etwa ein Viertel der Befragten die Antwort „Die Waffen gegen den Aggressor ergreifen“ gewählt, wofür es allerdings in Donezk und Luhansk im Vergleich zu den anderen Regionen die geringste Zustimmung gab.

Die Unterstützung derjenigen, die die Verwaltungsgebäude in der jeweiligen Region mit Waffengewalt übernommen hatten, hielt sich im gesamten Südosten, selbst in Donezk und in Luhansk, in Grenzen. Allerdings waren die Befragten in Luhansk mit 24% noch am ehesten für die „Lokalrevolutionen“. Ebenfalls glaubten die meisten Befragten in Donezk, Luhansk und Charkiw nicht daran, dass die Organisation der Sezession im Südosten aus Russland gelenkt wurde. Generell haben viele im Südosten bei dieser Frage mit „schwer zu sagen“ gestimmt.²⁴¹²

Was die Bewertung des bewaffneten Konfliktes im Südosten der Ukraine angeht, so bewerteten die Befragten in der gesamten Ukraine diesen als Krieg zwischen Russland und Ukraine, während er im Donbass teils als Bürgerkrieg, teils als Protestaktion gesehen wurde.²⁴¹³ Allerdings glaubte auch nur ein Teil der Befragten im restlichen Südosten, dass Russland aktiv einen „Anschluss der Ukraine“ betrieb.²⁴¹⁴

²⁴⁰⁹ KIIS-Umfrage (September 2014).

²⁴¹⁰ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey.

²⁴¹¹ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“

²⁴¹² KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

²⁴¹³ DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/stavlenne-opituvannja.htm auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>; Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand am 5.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

²⁴¹⁴ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Interessant sind hierbei die Tendenzen bei der Frage nach den Gründen für den ost-ukrainischen Separatismus im September 2014. Die Mehrheit der Befragten im Zentrum und im Westen sowie etwa die Hälfte der Befragten im Osten stimmten für die Option „Provokationen und subversive Tätigkeiten Russlands“. Ebenfalls fanden viele, dass die „prussische Stimmung eines beträchtlichen Anteils der Bevölkerung dieser Region“ der Grund für den Separatismus war. Je weiter östlich, umso mehr Stimmen bekamen die Varianten „Fehler der neuen ukrainischen Regierung“ und „Machtwechsel im Februar 2014“, wovon die letztere die populärste im Donbass war. Daran zeigt sich die unterschiedliche Wahrnehmung der Verantwortung und der Ursachen der Krise. Entsprechend unterschiedlich fielen auch die Lösungsvorschläge in den verschiedenen Teilen des Landes aus: Während 64% der Befragten im Donbass und etwa 40% des restlichen Südostens sich dafür ausgesprochen haben, die Anti-Terror-Operation zu beenden und mit den Vertretern der „Volksrepubliken“ zu verhandeln, haben sich die zentralen und westlichen Regionen für Handlungen „den Umständen entsprechend“ bzw. für die Weiterführung der Militäroperation bis „...die bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen oder vernichtet werden“ ausgesprochen.²⁴¹⁵

Bis September 2014 haben 32% der Befragten im Donbass sich für eine Abspaltung und die Gründung eines unabhängigen Staates ausgesprochen, etwa 23% wollten einen Anschluss an einen anderen Staat und etwa 30% waren sich nicht sicher. Alle anderen Regionen sprachen sich bereits im Frühling 2014 deutlich gegen eine Abspaltung aus, was sich bis September nicht wesentlich veränderte.²⁴¹⁶

Im September 2014 votierten 45,5% der gesamten Ukraine „...als Teil der Ukraine zu den gleichen Konditionen wie bisher“, als es um den künftigen Status des Donbass ging. Allerdings votierte nur im Westen eine deutliche Mehrheit von über 70% der Befragten für die besagte Option. Im Süden und im Osten gab es für die Möglichkeit, dem Donbass mehr Unabhängigkeit von Kiew zu gewähren, weitaus mehr Zuspruch.²⁴¹⁷ Generell zeigten sich die Ukrainer regional gespalten, wenn es um die Föderalisierung des Landes ging: Etwa 80% der Befragten im Westen waren noch im April 2014 für die Beibehaltung eines zentralstaatlichen Modells, während der Osten zu etwa 40% für eine Föderalisierung auftrat.²⁴¹⁸ Bis September 2014 hat sich allerdings im gesamten Land die Option durchgesetzt, wonach den Oblasten mehr Kompetenzen zugesprochen werden sollten. Im Donbass hat es allerdings nach wie vor eine relative Mehrheit für eine „echte“ Föderalisierung gegeben.²⁴¹⁹ So lässt sich sagen, dass die Ukrainer in allen Teilen des Landes nach Monaten der Krise einem dezentralisierten Modell aufgeschlossener waren als noch vier Monate zuvor.

²⁴¹⁵ Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand vom 05.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

²⁴¹⁶ DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 16.-30. März 2014 statt und umfasste 2010 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/chivlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm; DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.

²⁴¹⁷ Ebd.

²⁴¹⁸ Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014.

²⁴¹⁹ DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.

8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Als im März 2014 nach der Bedrohung der russischsprachigen Bürger der Ukraine gefragt wurde („Do you feel that Russian-speaking citizens of Ukraine are under pressure of threat because of their language?“), haben 49% der ethnischen Russen mit „definitiv nein“ und weitere 17% mit „eher nein“ geantwortet.²⁴²⁰ Auch die regionale Aufteilung zeigte, dass die Mehrheit im Süden und Osten keinen Druck auf die russischsprachigen Bürger verspürte. Tatsächlich schien sich der russischsprachige Südosten zu keinem Zeitpunkt in ihrer „Russischsprachigkeit“ diskriminiert gefühlt zu haben.

Zum Status der russischen Sprache haben die Befragten im Donbass mit überwiegender Mehrheit von 75% für die Variante gestimmt, wonach Russisch offiziell als zweite Staatssprache etabliert werden sollte. Im Rest des Südostens votierten zwischen 30% und 40% der Befragten für diese Option. Im Westen und im Zentrum war die Variante, wonach der Status inoffiziell bleiben sollte, weitaus populärer.²⁴²¹ Was die Beibehaltung des Status des Russischen als Regionalsprache angeht, erhielt diese Option fast überall im Land zwischen 20% und 30% der Stimmen. Einzige Ausreißer waren Charkiw mit der Mehrheit von 56% für diese Option und Donbass mit lediglich 17% der Sympathisanten.²⁴²²

Im September 2014, bereits nach dem offiziell vereinbarten Waffenstillstand von Minsk, stand die Frage zur Debatte, wie der Frieden am besten erreicht werden könnte. Etwa gleiche Anteile von rund 25% aus der Gesamtheit der Befragten entschieden sich zwischen dem Frieden um jeden Preis, dem Frieden mit Gewährung bedeutender, aber nicht aller Kompromisse oder dem Frieden mit einigen Kompromissen. Kurzum, es gab keine eindeutige Tendenz, weder in Richtung „Frieden um jeden Preis“ noch in Richtung „keine Kompromisse“. Im regionalen Bild konnte bei dieser Frage eine beinahe ideale Querlinie durch die Antwortmöglichkeiten beobachtet werden: Im Donbass votierte die Mehrheit der Befragten mit 55% für den Frieden um jeden Preis, wohingegen der Westen um Lwiw mit einer vergleichbaren Mehrheit entweder wenige oder gar keine Kompromisse eingehen wollte. Diese Optionen beinhalteten in erster Linie den Abzug der ukrainischen Armee (Donbass) bzw. die Weiterführung der „Anti-Terror-Operation“. Die anderen Oblaste siedelten sich mit ihren Antworten irgendwo dazwischen an.²⁴²³

Relativ eindeutig waren die regionalen Diskrepanzen bezüglich der Antworten auf die folgende Frage: „Existieren Ihrer Meinung nach zwischen den westlichen und den östlichen Regionen der Ukraine so umfassende politische Widersprüche, sprachliche und kulturelle Unterschiede oder wirtschaftliche Ungleichgewichte, dass sie sich auf lange Sicht voneinander trennen werden, eigene Staaten gründen oder sich anderen Staaten anschließen könnten?“²⁴²⁴ Im Kontext des gesamten Landes haben 52% der Befragten mit „nein“ gestimmt – lediglich, muss man hierbei wohl sagen. Im Donbass

²⁴²⁰ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

²⁴²¹ KIIS-Umfrage (Mai 2014) Die Umfrage fand vom 8.-13. Mai 2014 statt und umfasste 2067 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=330&page=8> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185498/umfragen-einheitsstaat-vs-foederaler-staat-sprachsituation-die-ansichten-der-buerger-in-der-suedost-ukraine>

²⁴²² Ebd.

²⁴²³ DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.

²⁴²⁴ DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 16.-30. März 2014 statt und umfasste 2010 Befragte in allen Regionen.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

und im restlichen Südosten des Landes haben entsprechend nur 26% und 38% der Befragten mit „nein“ geantwortet. Im Donbass haben zudem 26% mit „schwer zu sagen“ geantwortet – mehr als in jeder anderen Oblast. In allen anderen Oblasten sahen die Befragten nicht genügend Gründe für eine Abspaltung.

Im März 2014 wurden die Befragten gebeten die Ereignisse auf der Krim zu bewerten. Im Landesdurchschnitt befanden 68% der Befragten das Krim-Referendum für einen Versuch, die Ukraine zu spalten und gleichzeitig für eine Bedrohung der ukrainischen Unabhängigkeit („An attempt to break Ukraine into several parts and threat to its independence“). Im Südosten waren aber weniger als 50% der Befragten dieser Meinung, wobei etwa der gleiche Anteil das Referendum für ein legitimes Recht der Krim-Bewohner über die Zukunft der Krim zu entscheiden („A legitimate right of the residents of Crimea to express their opinion about the future of Crimea“) hielt.²⁴²⁵ Die Befragten in Donezk und Luhansk hielten das Krim-Referendum zu 60% für eine legitime Willensbildung. Die regionale Spaltung ging noch tiefer, als es um den künftigen Status der Krim ging. Lediglich 42% des Südens und 31% des Ostens stimmten für den Status als Autonome Republik in der Ukraine. Krim als Teil der Russischen Föderation befürworteten 31% des Südens und 20% des Ostens – im Westen lag der Zuspruch für diese Option bei 0% und im Zentrum bei 3%.²⁴²⁶ Kurioserweise fand bei der Frage nach den Zielen Russlands in Bezug auf die Krim im April 2014 in allen Regionen die Antwort „Invasion und Okkupation der unabhängigen Ukraine“ („Invasion and occupation of independent Ukraine“) den meisten Zuspruch, auch wenn die Mehrheiten im Westen und Zentrum bei über 70% und im Süden und Osten bei 30% bis 37% lagen. Die zweithäufigste Wahl in den letztgenannten Regionen fiel auf die Erklärung, dass Russland die russischsprachigen Bürger der Ukraine beschützen wollte (22% bis 31%).²⁴²⁷ Als die Ukrainer im April 2014 gefragt wurden, wer am Verlust der Krim Schuld sei – zur Erinnerung, der Südosten war zu etwa 40% der Meinung, dass das Referendum legitim war – antwortete die Überwiegende Mehrheit der Befragten im Südosten, die neue Kiewer Führung trage die Verantwortung.²⁴²⁸ Dies zeigt, dass obwohl die Abspaltung der Krim im Südosten nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, die Ereignisse dennoch Grund zur Kritik an der neuen Kiewer Führung lieferten.

Im März 2014 lag die Unterstützung des „Euromajdan“ bei 32% der Befragten im Süden und 24% der Befragten im Osten. In den westlichen Oblasten lag die Unterstützung dagegen bei weit über 60% der Befragten. Umgekehrt haben über 60% der Befragten im Südosten angegeben, den „Euromajdan“ explizit nicht zu unterstützen.²⁴²⁹ Damit waren die Einstellungen gegenüber den Kiewer Ereignissen im Südosten der Ukraine das komplette Gegenteil der Einstellungen im Zentrum und im Westen. Beispielsweise haben die Interviewten im Westen und Zentrum die Majdan-Proteste vorwiegend als eine Bewegung zur Wiedervereinigung mit Europa („This is a movement for rapprochement with Europe“) bzw. als Revolution bewertet, während sie im Osten und Süden dagegen als

²⁴²⁵ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

²⁴²⁶ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

²⁴²⁷ Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014.

²⁴²⁸ Ebd.

²⁴²⁹ Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

politischer Staatsstreich, Durcheinander und Chaos oder als Konflikt der politischen Elite betrachtet wurden.²⁴³⁰ Etwa 40% der Befragten im Südosten fanden dabei, dass die Majdan-Ereignisse in erster Linie als Protest gegen das korrupte Regime von Wiktor Janukowitsch zu werten waren. Andererseits fanden weitere 40% der Befragten, dass „Euromajdan“ ein oppositioneller Staatsstreich mit Unterstützung des Westens gewesen ist. Die Befragten in Donezk und in Luhansk stimmten mehrheitlich für die zweite Interpretation der Majdan-Ereignisse.²⁴³¹ Entsprechend gemischt waren auch die Meinungen der Befragten im Südosten bezüglich der Verantwortung für den blutigen Verlauf des „Euromajdan“. Diese wurde zwar mit einer relativen Mehrheit von 44% Wiktor Janukowitsch zugeschrieben, doch viele sahen auch die Opposition oder auch die westlichen Staaten in der Verantwortung. Erneut stimmten Donezk und Luhansk für die zweite Variante. Als gefragt wurde, ob die Menschen im Südosten als Wähler Janukowitschs für die Zeit seiner Machtinhabung sich selbst in der Verantwortung sehen, stimmten die meisten entschieden mit „nein“.²⁴³² Interessante Einsichten boten sich in einer vergleichenden Umfrage zum „Euromajdan“ und der Orangen Revolution im Oktober 2014: Dabei wurden die Befragten aller Regionen gebeten die Ereignisse der beiden Aktionen entweder als Staatsstreich (unterstützt vom Westen bzw. seitens der Opposition) oder als bewussten bzw. spontanen Bürgerprotest zu kategorisieren. Die Ergebnisse verblüffen: Während die westlichen Oblaste beide Aktionen als bewussten Bürgerprotest bezeichneten, sah der Donbass sowohl die Orange Revolution als auch den „Euromajdan“ klar als einen Staatsstreich.²⁴³³

8.9 Zusammenfassung

Was trieb die Menschen in der Ukraine in den Krieg? Offenkundig waren die Bewohner der westlichen und östlichen Regionen der Ukraine miteinander solidarisch, wenn es um die sprachliche und kulturelle Beschaffenheit der ukrainischen Gesellschaft ging. Folgende allgemeine Spekulation stellte die Ereignisse in der Ukraine 2014 wahrscheinlich am besten infrage: Was wäre wenn? Hätte Wiktor Janukowitsch sein Amt niedergelegt, wenn es zu keinen Protesten gekommen wäre? Wie hätten die ost- und südukrainischen Oblaste dann reagiert? Wäre es im Falle einer lange vorbereiteten und völkerrechtlich legitimierten Abstimmung ebenfalls zur Sezession auf der Krim gekommen? Als eine Abfolge ungünstiger Ereignisse könnte die Ukraine-Krise von 2014 allenfalls hingestellt werden, wenn man davon ausginge, dass das Geschehene unerwartet gekommen ist. Doch im Grunde sind hierbei zwei Aspekte zu beachten: Die Russischsprachigkeit der Südost-Ukraine und die Geschichte der Sezessionsbestrebungen auf der Krim und im Donbass. Was die Sprache angeht, so fühlte sich die eine oder die andere Seite in ihrer

²⁴³⁰ Ebd.

²⁴³¹ KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

²⁴³² Ebd.

²⁴³³ Die deutsche Version dieser Umfrage ist zu finden unter: Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand vom 05.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

kulturellen und sprachlichen Beschaffenheit immer irgendwie benachteiligt, weswegen es auch immer wieder zu Spannungen gekommen ist.²⁴³⁴ Auch die territorial-nationalen Gegebenheiten und Machtansprüche der Ukraine konnten wohl noch nie so richtig in gegenseitige Übereinstimmung gebracht werden, was auch wiederholt zu Konflikten führte. Deswegen kann die Krise des Jahres 2014 zwar als eine tragische und mehrfach überspitzte, aber keinesfalls als unerwartete Entwicklung dargestellt werden.

Die Krise hat bereits Ende 2013 angefangen und spaltete die Bevölkerung der Ukraine hinsichtlich der außenpolitischen Ausrichtung des Landes. Noch Anfang 2014 konnte keiner ahnen, dass sich die Proteste des „Euromajdan“ zu einem Krieg im Donbass entwickeln, bei vorheriger Annexion der Krim durch Russland. Eine bunte Masse an Faktoren und Ereignissen spielen in der Krise eine Rolle, nicht zuletzt die Ängste der russischsprachigen Oblaste im Südosten der Ukraine angesichts der veränderten Machtverhältnisse in Kiew. Die Extremfälle bilden die Krim und der Donbass mit den abtrünnigen „Volksrepubliken“ DNR und LNR, welche teils ähnliche und teils unterschiedliche Voraussetzungen für das „Überleben“ der Sezession und die Existenz als *de facto* Staat zeigen.

Sowohl auf der Krim als auch im Donbass gab es immer wieder Bewegungen, welche die Eigenständigkeit bzw. höhere Autonomie herbeizuführen versuchten. Meistens fielen diese zeitlich mit Änderungen der Machtverhältnisse in Kiew zusammen – sobald pro-westliche Parteien bzw. Führungsfiguren an die Macht kamen, protestierte der Südosten. Dass es 2014 auf der Krim schließlich zu einer „echten“ Sezession gekommen ist, kann der militärischen und außenpolitischen Unterstützung des Patron-Staates Russland zugeschrieben werden. Nachdem der Sezessions-Stein ins Rollen gebracht wurde, erfolgten wenig später ähnliche Bewegungen in Donezk und Luhansk, allerdings ohne offene Unterstützung seitens des Patron-Staates Russland. Dies stellt den wesentlichen Unterschied zwischen der Krim und DNR/LNR dar, denn die Krim hat mithilfe Russlands einen *de facto* –Status als einseitig anerkanntes Territorium, was nicht zuletzt wirtschaftliche Vorteile bringt. Entsprechend wurde die Krim in die Wirtschaftsstruktur Russlands integriert, wohingegen die beiden „Volksrepubliken“ ohne offene militärische Hilfe und sogar ohne offizielle Anerkennung seitens des Patron-Staates blieben. Wirtschaftlich wurden die abtrünnigen Gebiete von der ökonomischen Versorgung des ehemaligen Zentralstaates Ukraine abgeschnitten, und verfügen ohne Patronage aus Russland nicht über genügend Kapazitäten, um eigenständig zu wirtschaften. Das, und die Tatsache, dass der ehemalige Zentralstaat Ukraine Krieg gegen die Gebiete führt, lassen das Überleben der „Volksrepubliken“ als *de facto* –Staaten sehr fraglich erscheinen.

Institutionell haben sowohl die Krim als auch der Donbass mittels gewaltsamer Übernahme bestimmte Verwaltungsstrukturen gesichert. Als Legitimationsgrundlage der Sezession dienten abgehaltene Referenden. Dass die internationale Gemeinschaft die Referenden sowie die Unabhängigkeit nicht anerkannt hat, ist in beiden Fällen ein weiteres Zeichen des *de facto* –Status. Völkerrechtlich kann vor allem das Einmischen Russlands auf der Krim verurteilt werden – was dem Patron-Staat auch erhebliche Schwie-

²⁴³⁴ Vgl. hierzu: Kulyk, Volodymyr (2014): Einheit und Identität: Sprachenpolitik nach dem Majdan. S. 232-237.

rigkeiten auf der internationalen Bühne eingebracht hat. Dennoch scheint das Festhalten an der Krim und weitere „verdeckte“ Unterstützung der DNR und LNR für Russland bedeutend genug zu sein, um den internationalen Ruf zu riskieren. Auch die Bevölkerung scheint in ihrer Unterstützung nicht sicher zu sein, zumindest sofern vorhandenen Erhebungen Glauben geschenkt werden darf. Von einem nationalen Zusammenhalt kann demnach in Hinblick auf die „Russischsprachigkeit“ und der Ablehnung des „Euromajdan“ und der Kiewer Führung die Rede sein. Die russische Bevölkerung der Krim scheint mit der Situation auf der Krim zufrieden zu sein, was allerdings keinesfalls mit Sicherheit von den Krimtataren oder den Krim-Ukrainern behauptet werden kann. Die Bevölkerung der DNR und LNR wird von der Kriegstätigkeit geprägt, ihre Unterstützung gegenüber der Sezession kann nicht mit Sicherheit belegt werden. In jedem Fall verursachte die „Anti-Terror-Operation“ bei vielen eine weitere Ablehnung der Kiewer Führung.

Auch für die Bevölkerung der gesamten Ukraine lässt sich sagen, dass die Meinungen bezüglich der Krise stark geteilt sind. In den meisten Sachfragen zur Krise zeigt sich eine deutliche Ost-West-Teilung, sowohl was die Verantwortung als auch was die Lösungsvorschläge angeht. Ohne die Berücksichtigung „beider“ Seiten bzw. solange die Frage der Koexistenz des Russischen und des Ukrainischen unter dem Zeichen „Entweder-oder“ aufrechterhalten wird, kann es für die Ukraine keine dauerhaft friedliche Lösung geben.